Nummer 6 | Stuttgart, 10. Februar 1906 | 24. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röteſtraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespaltenen Kolonelzeile 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von 277500 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die zweite Hälfte des Januar brachte verstärkte Erscheinungen einer Hochkonjunktur. Not an Rohmaterialien und Waggons, obwohl die Eisenbahndirektion Essen am 20. Januar einen Rekkord erzielte, indem sie 30000 Wagen stellte, davon 23478 für Kohlen, Koks und Briketts, Ziffern, die noch nicht dagewesen. Und die Rheinisch-Westfälische Zeitung beginnt ihren letzten Marktbericht mit den Worten: „Die Werke können den an sie herantretenden Lieferungsansprüchen schon mehrfach nicht mehr gerecht werden. Bis Ende Juni ausverkauft und für 10 bis 12 Wochen Spezifikationen, dabei Knappheit in den Rohstoffen, das ist in kurzen Worten das Gepräge des Marktes, der damit eigentlich für ein halbes Jahr und länger festgelegt ist.“ Nun, praktisch gelten nur die 10 bis 12 Wochen, denn wenn eine Krise ausbricht, so nützt das „Ausverkauftsein“ nichts, da zur Beschäftigung der Werke die Spezifikationen der Kunden notwendig sind und mit Spezifikationen, die auf Grund der Schlußbriefe erzwungen werden, wäre die Konjunktur nicht zu halten. Im übrigen bewahrt der Berichterstatter des genannten Blattes ziemliche Objektivität, indem er weiter schreibt: „Die Rohstoffknappheit ist übrigens eine Erscheinung jeder einsetzenden Hochkonjunktur und sie dürfte durch die Verbraucher noch etwas künstlich gesteigert werden. Es ist eine alte Erfahrung, daß man in guten Zeiten nicht genug Kohlen, Roheisen, Halbzeug, bekommen kann, selbst wenn man auf drei bis vier Wochen Vorrat hat, während man umgekehrt in schlechten Zeiten nie mehr wünscht, als man gerade nötig hat. Die Furcht schon, man könnte für die in den Lieferungsbüchern gebuchten großen Aufträge nicht genügend Rohstoff bekommen, läßt manches verbrauchende Werk Ansprüche stellen, die seitens der liefernden Werke garnicht zu erfüllen sind.“ Das ist in der Tat eine treffliche Kennzeichnung der Planlosigkeit der Unternehmer. Aber für 10 bis 12 Wochen sind wir wohl der guten Konjunktur sicher und vielleicht erst im Herbst wird der Umschlag kommen.

Zu den „knappen“ Rohmaterialien gehören in erster Linie Kohle und Eisenerz. Die Kohlennot drückt sich in der gesteigerten Einfuhr englischer Kohle aus, der Mangel an Eisenerz, der eigentlich international ist, dank der Konjunktur in den Vereinigten Staaten und England, in einer fieberhaften Tätigkeit der deutschen Erzbergwerke, besonders in Lothringen. Eine Folge der Erznot sind auch viele nachdenkliche Zeitungsartikel, die sich mit der Frage der Erzversorgung Deutschlands beschäftigen, speziell mit den Schwierigkeiten, die im Bezug russischer Manganerze seit dem Ausbruch der Revolution entstanden sind. An dritter Stelle ist die Knappheit an Roheisen zu nennen, derzufolge jene Preiserhöhung um 10 Mk. per Tonne vom Syndikat verfügt wurde, über die wir kürzlich berichteten. Selbst die Rheinisch-Westfälische Zeitung kann nicht umhin, diesen Preisaufschlag nicht „maßvoll“ zu finden. Die Konjunktur ist so, daß selbst den neuerdings aufgetauchten Gerüchten, die junge Freundschaft zwischen dem Syndikat und dem Eisenwerk Kraft gehe bereits in die Brüche, keine besondere Bedeutung beigelegt wird. Denn das genannte Werk hat schon den größten Teil seiner Produktion im Jahre 1906 verkauft, so daß es in keinem Fall viel Konkurrenz machen kann. An vierter Stelle steht der Stahl und die Marktlage in diesem Artikel wird durch die Meldung gekennzeichnet, daß der Stahlwerksverband seine Halbzeugverkäufe nach dem Auslande sistieren müsse, um mit dem Inland fertigzuwerden. Im letzten Drittel des Januar erhöhte der Stahlwerksverband „mit Rücksicht auf den außerordentlich starken Bedarf“ die Beteiligungsziffern der Werke für Stabeisen und Bleche um 5 Prozent, für Walzdraht um 10 Prozent. In der Tat war schon im Dezember eine die Beteiligungsziffern weit übersteigende Produktion eingetreten, die trotz der vielen Feiertage die höchste Monatsproduktion des abgelaufenen Jahres (Oktober mit 466000 Tonnen) um 10400 Tonnen überstieg. Der Gesamtversand April-Dezember des Verbandes übertraf den Versand im Jahre 1904 in Halbzeug um fast 22 Prozent, in Eisenbahnmaterial um mehr als 20 Prozent und in Formeisen um mehr als 13 Prozent.

Ebenso steht es mit der Roheisenproduktion. Nach den jetzt vorliegenden Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Gesamterzeugung an Roheisen in Deutschland und Luxemburg im Monat Dezember 1029084 Tonnen gegen 988000 Tonnen im November und 871194 Tonnen im Dezember 1904. Die Zunahme gegen den Vormonat erstreckt sich auf alle Sorten. Die Gesamterzeugung an Roheisen im Jahre 1905 betrug 10987623 Tonnen gegen 10108941 Tonnen im Jahre 1904 und 5788798 Tonnen im Jahre 1905.

Die Lage der verarbeitenden Industrie wird gekennzeichnet durch eine neuerliche Preiserhöhung in der elektrotechnischen Industrie. Im August war von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und den Siemens-Schuckert-Werken ein zehnprozentiger Preisaufschlag für Dynamos, Elektromotoren, Anlaß- und Regulierapparate verfügt worden. Dieser Preisaufschlag ist jetzt im Januar auf 15 Prozent erhöht worden. Ein schöner Wechsel der Lage innerhalb eines halben Jahres! Und dabei ist das nur die offizielle Notierung, um wieviel teurer der Bau einer ganzen Anlage geworden ist, läßt sich darnach nur vermuten. Es wird unter solchen Umständen bald nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch der Reiz, neue Anlagen zu errichten, verschwinden, und dann kommt die Krise. Übrigens muß verzeichnet werden, daß im Januar auch ein die Gespanntheit der Situation verringerndes Moment eintrat. Die Reichsbank setzte den Zinsfuß um ein Prozent herab, so daß der Kapital-Leihmarkt erleichtert ist.

Die Lage des Ausfuhrmarktes wird andauernd als gut geschildert. Besonders Materialien für den Schiffbau, Artikel für die Mineindustrie Südafrikas nnd die Eisenbahnen Südamerikas werden viel gekauft. Die Preise werden lohnend genannt.

Die Bergisch-Märkische Kleineisenindustrie verkauft ebenfalls zu erhöhten Preisen. Folglich muß es ihr die Konjunktur jedenfalls gestatten, und sie kann Lohnerhöhungen vertragen. Der Export nach Rußland sieht freilich traurig aus, und es ist zweifelhaft, ob die letzten Wochen des niedrigen Zolltarifs noch gehörig werden ausgenützt können. „Alles in allem“, sagt die Rheinisch-Westfälische Zeitung, „ist ein ziemlich guter Jahresanfang zu verzeichnen, der günstige Zukunftshoffnungen erweckt“. Das ist ein wenig vorsichtig ausgedrückt.

Ein Kartell der deutschen Herdfabriken ist in Gründung begriffen. Der Berichte über Bilanzen rc. sind noch immer nicht viele.

Aus der Maschinenindustrie Hannovers liegen einige interessante Nachrichten vor. Das Eisenwerk Wülfel in Wülfel vor Hannover, das sich großenteils oder ausschließlich mit dem Bau von Transmissionen beschäftigt, kommt mit einem einigermaßen verspäteten Geschäftsbericht über das Jahr 1904/05. Im Vergleich mit dem vorangegangenen Jahre stiegen die Aufträge um mehr als 35 Prozent, die Umsatzsumme für abgelieferte Fabrikate um reichlich 22 Prozent, trotzdem die russische Filiale infolge des Kriegs und der nachfolgenden beklagenswerten Zustände im russischen Reiche in ihrer Entwicklung natürlich nicht nur gehemmt war, sondern einen erheblichen Ausfall im Umsatz ergab. Wenn das Unternehmen an dem allgemeinen Aufschwung auf allen Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit betreffs des Beschäftigungsgrades in erfreulicher Weise teilnahm, so sei doch zu konstatieren, daß, während alle Rohmaterialien in successiver Aufbesserung der Preise sich befanden, die Verkaufspreise für die Fabrikate während des ersten Semesters (das zweite von 1904!) auf der unzureichenden Basis der letzten Jahre verharrten und erst im zweiten Semester begonnen haben, sich in langsamem Tempo und in sehr bescheidener Weise zu bessern. Nach 502220 Mk. Gesamtunkosten verbleibt ein Bruttogewinn von 400906 Mk. (im Vorjahr 233737 Mk.), von denen zu Abschreibungen 128338 Mk., Tilgung des Disagiokontos und für zurückerworbene Aktienvorzugsrechte 45245 Mk. verwendet werden sollen. Aus dem verbleibenden Reingewinn werden dem Reservefonds 38400 Mk. zugewiesen. Die Tantiemen erfordern 57632 Mk. und die in Vorschlag gebrachte Dividende von 9 Prozent auf 1158000 Mk. Vorzugsaktien 104220 Mk. Der in das laufende Geschäftsjahr übernommene Bestand an Aufträgen ist über doppelt so groß (120 Prozent) als im Vorjahr.

Die Hannoverschen Automobil- und Eisenwerke Hattendorf haben sich für zahlungsunfähig erklärt.

Eine im Vorjahr gegründete neuartige Unternehmung, die Deutschen Sauggas-Lokomobilwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, hat ihren Sitz in Hannover. Sie will demnächst ihr Kapital auf eine Million erhöhen und den Betrieb aufnehmen. Alle Maschinenteile, mit Ausnahme der Motoren, sollen auf Grund eines fünf- oder zehnjährigen Pacht- und Fabrikationsvertrags von der Aktiengesellschaft Gebrüder Bohner in Magdeburg-Neustadt hergestellt werden, wegen eines ähnlichen Vertrags, die Motoren betreffend, schweben Verhandlungen mit der Gasmotorenfabrik Aktiengesellschaft in Köln-Ehrenfeld.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

In der in Nr. 2 erwähnten Festzeitung unserer Bielefelder Kollegen ist unter obigem Titel ein Artikel des Genossen Karl Hoffmann enthalten, den wir unter Weglassung der Stellen, die nur für Bielefeld in Betracht kommen, hier folgen lassen:

Und als die Zeit erfüllet war! Das ist nämlich die notwendige Bedingung dafür, daß fleißige Arbeit, und mag sie noch so gewissenhaft ausgeführt werden, auch von Erfolg begleitet wird. Dieser Satz ist so in jeder Beziehung richtig, daß man ihn auch umdrehen und sagen kann, wenn die fleißige Arbeit in der Weltgeschichte von Erfolg begleitet wird, dann ist die Zeit erfüllet. Dagegen trifft nicht immer zu, daß auch fleißige Arbeit geleistet wird, wenn die Zeit dazu gekommen ist, und nur zu zahlreiche Beispiele aus der Weltgeschichte ließen sich anführen, wo die große Zeit ein kleines oder richtiger träges Geschlecht fand und als Folge davon die Größe der Zeit fruchtlos vorüberrauschte.

Diesen Fall brauchen wir bei unserer Betrachtung der modernen deutschen Arbeiterbewegung nicht weiter ins Auge zu fassen. Bis zur Stunde wenigstens kann ein Vorwurf, die Aufgaben der Zeit nicht begriffen und dafür nicht die nötige Tätigkeit entfaltet zu haben, den deutschen Arbeitern nicht gemacht werden. Nicht daß hier und da auch wohl nach mehr hätte geschehen können und nicht in manchen Dingen und an manchen Orten etwas vernachlässigt worden wäre, im allgemeinen aber konnte man eher im Gegenteil behaupten, daß der Geist der deutschen Arbeiterschaft der Zeit vorausgeeilt war und sich an Aufgaben heranmachte, für deren Vollbringung der wirtschaftlichen Entwicklung noch die Reife mangelte, so daß von dieser nachgeholt werden mußte, was jener im Vorwärtsstürmen sie hinter sich hatte liegen lassen.

Die letzten zehn Jahre der Arbeiterbewegung in Deutschland, recht treffend auch als Jahrzehnt der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet, hatten als hauptsächlichen Inhalt ein solches Nachholen. Es waren mehrere Momente zusammengetroffen, die dieses Nachholen nötig machten. Aber die Hauptursache hierfür bildete die wissenschaftliche Form, in der die moderne Arbeiterbewegung in Deutschland auf den politischen Kampfplatz getreten war. Sie kam zu dieser auf dem Wege, den die Entwicklung des deutschen Bürgertums genommen hatte. Nicht auf der wirtschaftlichen, noch weniger auf der politischen Machtentwicklung beruht die gewaltige Bedeutung des deutschen Bürgertums in der Weltgeschichte; jene ist erst als nachgeborenes Kind zur Welt gekommen, diese auch so noch nicht einmal. Es ist vielmehr die Entwicklung der klassischen Philosophie und ihre künstlerische Ausarbeitung, worin seine geschichtliche Bedeutung besteht, und wodurch es sich, trotz des gleichzeitigen politischen und wirtschaftlichen Jammers in Deutschland, dennoch seinen Platz in der Unsterblichkeit gesichert hat. Die deutsche Arbeiterschaft trat nun auf den Plan als Erbe der Politik des deutschen Bürgertums überhaupt nicht, als der Erbe seiner wirtschaftlichen Machtentfaltung erst bedeutend später, sondern zunächst und allererst sich in den Besitz seines geistigen Erbes setzend und den ersten gewaltigen Stoß gegen die kapitalistische Gesellschaft auf dem Gebiet der Vernunft, nämlich gegen deren Unvernunft führend. So wurde vor der Macht- die Vernunftfrage aufgeworfen. So faßte die Bewegung in fast allen Schichten des Volkes Wurzel, auch in solchen, die durch ihre Klassenlage nicht unmittelbar zu Kämpfern für sie berufen waren.

Als dann in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts das deutsche Bürgertum seine wirtschaftliche Entwicklung mit Riesenschritten nachholte, da wäre es ja wohl auch für die Arbeiterschaft an der Zeit gewesen, das von der deutschen Industrie bereitete Kampffeld zur ausgiebigsten wirtschaftlichen Machtentfaltung in Angriff zu nehmen, und in der Tat ging sie auch unverzüglich an die Arbeit, wie sie denn auch von Anfang an die gewerkschaftliche Organisation, sobald von Reichswegen den Arbeitern Koalitionsfreiheit geworden war, gepflegt hatte. Da aber kam das Sozialistengesetz dazwischen, das nicht nur alle schon vorhandenen Ansätze und Keime brutal vernichtete, sondern auch während der Dauer seines Bestehens jede größere wirtschaftliche Organisation der Arbeiter einfach unmöglich machte. So konnte also erst nach dem Falle dieser gesetzlichen Gesetzlosigkeit in den neunziger Jahren das Versäumte nachgeholt werden, und in den inzwischen verlaufenen zwanzig Jahren hatte die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Bürgertums so gewaltige Fortschritte gemacht, so großartige Dimensionen angenommen, daß es hohe Zeit für den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation geworden war, da überall in der Arbeiterbewegung deren Fehlen als wirklicher Fehler sich empfindlich bemerkbar machte. Und es ist in dem letzten Jahrzehnt nachgeholt worden, mit der Energie, die die deutsche Arbeiterbewegung bisher noch stets bei Erfüllung ihrer Aufgaben entwickelt hat. Die deutschen Arbeiter besitzen jetzt eine gewerkschaftliche Organisation, die ja noch immer im Wachsen begriffen ist und des Wachstums auch noch dringend bedarf, sich aber auch so schon vor keiner anderen in der Welt zu verstecken braucht.

Bei diesem Nachholen ist es nicht ohne Reibungen abgegangen zwischen den beiden Bewegungen, der politischen und der wirtschaftlichen, Sozialdemokratie und Gewerkschaft. War das in der Sache selbst begründet? Gewiß nicht. Die Bewegungen selbst, Partei und Gewerkschaft, gehören so innig zu einander, daß Reibungen nur durch das zufällig Persönliche, das das Sachliche zu vertreten hatte, entstanden sein können. Ein Gewerkschaftler, der selbst Sozialdemokrat ist, kann darüber gar nicht im Zweifel sein. Er ist Sozialdemokrat in dem Klassenbewußtsein, das nur durch das Endziel der Sozialdemokratie das Ende aller Klassenherrschaft und Klassenknechtschaft erreicht werden kann. Für ihn ist die Erfüllung der programmatischen Forderung der Sozialdemokratie auf Vergesellschaftung aller Produktionsmittel unumgängliche Bedingung für das Ende jeglicher Ausbeutung, Unterdrückung und Knechtschaft, für die Befreiung der Arbeit und der Arbeiter aus den Ketten, die seiner Überzeugung nach in dem sogenannten freien Arbeitsvertrag des Arbeiters mit dem kapitalistischen Unternehmer vorhanden sind. Diese sozialdemokratische Forderung auf Abschaffung alles Privateigentums an den Produktionsmitteln ist ihm also keine zufällige, deren Fehlen an dem Charakter der Sozialdemokratie als Arbeiterpartei nichts wesentliches ändern würde, sondern es ist ihm der Programmpunkt, in dessen Aufstellung das Wesen der Sozialdemokratie als Arbeiterpartei, ja als der Arbeiterpartei, neben der es gar keine andere gibt und geben kann, begründet liegt.

Hieraus läßt sich nun auch das theoretische Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie innerhalb der modernen Arbeiterbewegung leicht erkennen. In der Gewerkschaft kämpft der Arbeiter gegen die Größe und Schwere der Ausbeutung, deren Last er sich vom Kapital muß auferlegen lassen, in der Sozialdemokratie ist sein Endziel die vollständige Befreiung von der Ausbeutung. Wenn aber in der Gewerkschaft die Arbeiter auch nur um die Verminderung, aber nicht Beseitigung der Ausbeutung kämpfen, so bildet dieser Kampf doch aus die Klarheit des Klassenbewußtseins und die Erkenntnis von der Notwendigkeit und Gerechtigkeit des Klassenkampfes. Zwar ist von hier bis zur Anerkennung der Forderung, alle Ausbeutung und Knechtschaft abzuschaffen, noch ein Schritt, der auf gewerkschaftlichem Boden nicht getan werden kann, und es gibt wirklich Gewerkschafter, die ihn nicht getan haben. Doch sind dies nur Ausnahmen. Denn der Schritt liegt ganz in der Richtung des in der Gewerkschaft dahinführenden Weges, nur daß er über die Grenzen der Gewerkschaft hinausreicht. Wovor aber Männer mit lebendigem Gerechtigkeitsgefühl und einigem Selbstbewußtsein nicht zurückschrecken werden.

Die Richtigkeit dieser Theorie des Klassenkampfes hat die Praxis bestätigt, besonders auch in der Hinsicht, daß es keine andere Partei außer der Sozialdemokratie gibt, die ohne jeden Hintergedanken für die Forderungen der Gewerkschaft eintritt, und daß ebenso es nur die sozialdemokratische Presse ist, die in Lohnkämpfen sich rückhaltlos auf die Seite der kämpfenden Arbeiter stellt. Mag der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter den besten Willen haben, Anhänger der Zentrums- oder nationalliberalen Partei zu bleiben, an den zahllosen Beispielen der Praxis wird ihm ja die Arbeiterfeindlichkeit dieser Partei immer und immer wieder zu klar vor Augen geführt, als daß nicht endlich die Erkenntnis über ihn kommen sollte, zu welcher Partei er als Arbeiter eigentlich gehört. Und mit der Presse ist es nicht anders. Wohl wirkt dort auch noch verlock-

auf ihn die sogenannte parteilose Generalanzeigerpresse. Allein auch da wird er eines Tages erkennen, wie bei einem besonders wichtigen, entscheidungsschweren Lohnkampf sein Leib- und Magenblatt, der „unparteiische" Generalanzeiger, plötzlich Partei zu nehmen versteht, und zwar gegen ihn, den treuen Abonnenten, und für die Partei der Unternehmer und des Kapitals. Woran sich dann, früher oder später, je nachdem die Beschaffenheit des geduldigen Schafes ist, die Absage an den „Unparteiischen" anschließt und weiter das Abonnement auf die Zeitung der Sozialdemokratie.

Und wenn wir so das in Jahren fleißigster, angestrengtester Arbeit Erreichte überblicken und immer noch nicht damit zufrieden sind, weil wir hungern und dürsten nach dem großen Moment, der dem Proletariat die Erfüllung seines Sehnens und Hoffens bringt, dann kommen wir wieder zu dem Satz: Und als die Zeit erfüllet war.

Wir haben, was an uns lag, alles getan, um das Proletariat in seinen beiden Richtungen, Partei und Gewerkschaften, auszurüsten für den großen Moment, der ihm den letzten Kampf um die Freiheit bringen wird. Wer kann wissen, wie plötzlich er kommen wird? Es geht ein Ahnen und Mahnen durch die Weltgeschichte, als bereiteten sich neue und unerhörte Dinge vor. Wir aber wollen auch für die Zukunft so handeln, daß wir auf alles vorbereitet sind, und wenn wir morgen schon vor die letzte Entscheidung gestellt werden.

Gesundheitsgefahren für Metallarbeiter.

-r Die Metallarbeiter aller Branchen sind beständig von schweren Gefahren für die Gesundheit bedroht, und zwar in der Gestalt der verschiedensten Unfälle wie zahlreicher Krankheiten, so daß sie denn auch in der Unfall- und Krankenstatistik immer mit in erster Linie stehen.

Die schweizerischen Fabrikinspektoren haben vor einiger Zeit eine Zusammenstellung der in der Metall- und Maschinenindustrie verwendeten **gesundheitsgefährlichen Stoffe** veröffentlicht und dabei auch das numerische Verhältnis der damit in Berührung kommenden Arbeiter dargestellt. Diese Übersicht zeigt folgendes Bild:

	Arbeiter		Arbeiter
1. Mennige	109	11. Bleilegierungen	11
2. Bleiweiß	60	12. Salmiak	9
3. Antimon	51	13. Schwefeldioxyd	8
4. Salzsäure	44	14. Zinkoxyd	6
5. Antimonlegierungen	43	15. Silbernitrat	3
6. Bleiglätte	38	16. Cyanverbindung	3
7. Zink	38	17. Ammoniak	2
8. Blei	29	18. Schwefelsäure, Salpeter- und salpetrige Säure je	1
9. Benzin	21		
10. Zinn	14		

In einem von demselben Aufsichtsbeamten ausgearbeiteten Merkblatt wird festgestellt, daß die Beschäftigung mit Blei und seinen Verbindungen gesundheitsschädlich ist, weil sie giftig sind. Das Blei gelangt in den Körper durch Mund, Nase und Haut des Arbeiters. Allerdings werden nicht alle Arbeiter von der Bleikrankheit befallen, „weil nicht alle Arbeiter unvorsichtig sind" und auch nicht alle gleich empfindlich gegen Blei, jüngere Leute weniger als alte.

Die ersten Anzeichen der Bleivergiftung äußern sich in Mangel an Appetit, Druck in der Magengegend und Verstopfung. Im weiteren Verlauf treten meist kolikartige Leibschmerzen auf, woher auch der Name Bleikolik. Das Zahnfleisch von Bleikranken zeigt da, wo es an die Zähne grenzt, einen schiefergrauen Belag, den sogenannten Bleisaum. Dem Munde entströmt ein übler Geruch, die Gesichtsfarbe wird graufahl. Bei langer fortgesetzter Vergiftung mit Blei treten Gliederschmerzen auf und Lähmungen, die namentlich die Hände und Vorderarme betreffen. Die Empfindung kann verloren gehen. Anfälle von Atemnot können eintreten, auch die Augen und die Nieren können schwere Schädigung erleiden.

Vor der Bleierkrankung, meint das Merkblatt, kann man sich schützen durch peinliche Reinlichkeit, jedenfalls ist aber das beste das gänzliche Verbot der Verwendung von Blei, Bleiverbindungen und anderen giftigen Stoffen und ihre Ersetzung durch unschädliche Materialien. In bezug auf die Reinlichkeitspflege wird empfohlen, nie mit beschmutzten Händen zu essen, zu trinken oder andere Gegenstände, an denen Bleistaub haftet, in den Mund zu bringen, wie Pfeifen, Zigarren und dergleichen. Nase und Mund sollen oft gereinigt, letzterer mit Lösung von Karlsbader Salz ausgespült werden, da der eindringende Staub zum größten Teil von den Schleimhäuten zurückgehalten wird. Der Schleim soll daher auch nicht verschluckt werden. Von dem Karlsbader Salzwasser kann nach der Ausspülung auch ein Schluck genommen werden. Unerläßlich ist das Tragen besonderer Werk- oder gut deckender Überkleider, die aber allwöchentlich gewechselt oder frisch gewaschen werden müssen.

Besonderen Vergiftungsgefahren sind von den Metallarbeitern ausgesetzt die **Installateure** von Gas- und Wasserleitungen, die zum Teil Bleirohre verwenden oder die Verbindungsstellen der Leitungsröhren mit stark bleihaltigem Kitt dicht machen; **Arbeiter in Akkumulatorenfabriken, Edelsteinschleifer, Feilenhauer,** wenn sie Bleiunterlagen benützen, dann die **Schriftgießer,** auch die **Büchsenmacher und Mechaniker,** weil sie beim Anschmirgeln von Bohrungen meist Bleikolben verwenden.

Eine große Summe von Beiträgen über die gesundheitsschädlichen Einflüsse in Fabriken und Werkstätten auf die Metallarbeiter ist in den Berichten der **deutschen Fabrikinspektoren** aufgehäuft. Davon möchten wir einiges wenige und wichtige unseren Lesern zu Nutz und Frommen mitteilen, uns dabei jedoch auf die letzten Fabrikinspektorenberichte beschränken.

Der Stuttgarter Aufsichtsbeamte berichtet über die Feststellung in einer Metallwarenfabrik, daß einzelne **Arbeiterinnen,** die an den **Vernickelungsbädern** beschäftigt waren, an den Armen und teilweise auch im Gesicht Ausschläge bekamen. Die unter Zuziehung des Oberamtsphysikus angestellten Erhebungen haben ergeben, daß diese Ausschläge ihre Ursache in den Zusatzmitteln des Entfettungsbades, verbunden mit der hohen Temperatur, unter welcher dieses angewandt wird, haben mußten, da in anderen ähnlichen Betrieben solche Ausschläge weniger beobachtet wurden; auch wurde bemerkt, daß einzelne Arbeiterinnen mehr, die anderen weniger und andere gar nicht unter den schlimmen Einflüssen dieser Bäder litten. Die schlimme Wirkung zeigte sich bei einer Arbeiterin schon nach wenigen Tagen, ging aber sofort zurück, als sie anderweitig beschäftigt wurde. „Dem Arbeitgeber wurde zur Auflage gemacht, für eine anderweitige Zusammensetzung des Entfettungsbades zu sorgen und solche Arbeiterinnen, bei denen sich trotzdem ein Ausschlag zeigt, dauernd von der Beschäftigung am Entfettungsbad auszuschließen; wir hoffen, daß die erwähnte Erkrankungsgefahr seitdem beseitigt ist, werden aber ein scharfes Auge auf derartige Vorkommnisse in Vernickelereien halten."

Im zweiten württembergischen Aufsichtsbezirk verschleppte die Leitung einer bedeutenden **Eisenwarenfabrik** die Erfüllung ausgesprochener Schutzforderungen jahrelang in raffiniert-böswilligster Weise, und als sie endlich einbauen mußte, beschränkte sie sich auf Ausführung des allernötigsten. Zutreffend bemerkt dazu der Aufsichtsbeamte: „Derartige Vorkommnisse drängen zu dem Schlusse, daß manche Arbeitgeber den Gewerbeaufsichtsbeamten gegenüber sich den Anschein großer Bereitwilligkeit zu geben suchen, um sich nach Möglichkeit selbst den notwendigsten Anforderungen des Arbeiterschutzes zu entziehen."

Die Leitung einer anderen **Eisenwarenfabrik** wurde zu 25 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil sie die oberamtliche Verfügung betreffend die vom Gewerbeinspektor beantragte Staubabsaugung an Schleif- und Poliermaschinen nicht befolgte.

In einer **mechanischen Werkstätte** mußte wiederholt beanstandet werden, daß die **Abgase** eines im Hauptarbeitsraum stehenden Ofens mittels einer Klappe im Ofenrohr in einen Nebenraum geleitet wurden, um dort als „warme Luft" die Heizung zu ersetzen, anstatt ins Kamin abgeführt zu werden.

Mangelhafte Heizung wurde in einer **Eisengießerei** gefunden, in deren großen Räumen an kalten Tagen die vorhandenen Heizeinrichtungen nicht ausreichten, um eine erträgliche Temperatur herzustellen.

In einer **Fabrik chirurgischer Instrumente** werden die den Härtnereiraum erfüllenden gesundheitsschädlichen Dünste und Gase, die beim Härten im Öl entstehen und deren Beseitigung verlangt werden mußte, nunmehr mittels einer die verschiedenen Härteöfen mit dem 60 Meter hohen Dampfkesselschornstein verbindenden Rohrleitung in wirksamer Weise abgesaugt.

Dem Schutze der in **Metallbeizereien** beschäftigten Arbeiter wird seit Jahren besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Das Beizen der Metallgegenstände erfolgt durch Eintauchen derselben in Säuremischungen, die hauptsächlich Salpetersäure enthalten und nachheriges Abspülen in mehreren Wasserbädern. Infolge Zersetzung der beim Beizen das Metall berührenden Salpetersäure entstehen salpeterige (nitrose) Gase; dieselben treten vornehmlich beim Herausnehmen der gebeizten Gegenstände aus dem Säurebad und beim ersten Abspülen auf und sind an ihrer rotbraunen Farbe leicht erkennbar. Das Einatmen der salpeterigen Gase ist in hohem Grade gesundheitsschädlich. Der Aufenthalt in Räumen, in welchen sie in größerer Menge entstehen, kann, wie das einem Arbeiter in der Nitrierabteilung einer Pulverfabrik passierte, raschen Tod herbeiführen. In den Metallbeizereien, vornehmlich derjenigen großer Betriebe, in denen täglich mehrere Stunden oder den ganzen Tag gebeizt wird, müssen deshalb besondere Vorkehrungen getroffen werden, durch welche die salpeterigen Gase derart abgeführt werden, daß ihre Einatmung durch die Arbeiter ausgeschlossen ist. In manchen Betrieben suchte man dies dadurch zu erreichen, daß diese Gase unter einem hölzernen Dunstabzug aufgefangen und an der höchsten Stelle desselben mittels einer Rohrleitung in ein Kamin eingeleitet wurden, aus welchem sie unmittelbar ins Freie entweichen sollten. Da die nitrosen Gase schwerer als atmosphärische Luft sind, so ist Hauptbedingung für diese Anordnung, daß das Kamin gut zieht; es können daher diesem Zwecke nur Kamine dienen, die während des Beizens die Rauchgase von genügend starken Feuerungen (in der Regel also von größeren Dampfkesselfeuerungen) abführen. Die Firma Vereinigte Uhrenfabriken von Gebrüder Junghans & Haller hat in der Metallbeizerei ihrer Schwenninger Fabrik eine Einrichtung getroffen, welche die gesundheitsschädliche Verschlechterung der Luft verhindert.

In einer anderen Fabrik derselben Art ist der Nerven angreifende Lärm, der an automatischen Maschinen bei der Bearbeitung langer, in schnelle Drehung versetzter Eisen- und Stahlstangen dadurch entsteht, daß dieselben in freiliegenden Gasröhren geführt werden, durch zweckentsprechende Vorrichtungen beseitigt worden.

In **Bijouteriefabriken** treten bei den an Silberbädern beschäftigten Personen ähnliche gesundheitsschädliche Erscheinungen zutage wie in der Vernickelerei. Die kleinste Hautverletzung an Körperstellen, welche mit dem Silberbad in Berührung kommen, kann die Ursache sein, um an der verletzten Stelle eine Entzündung und Eiterung bis auf die Knochen hervorzurufen. Ist die Wunde geheilt, so verbleibt eine Vertiefung an deren Stelle. In solchen Fällen sollte nicht ohne Gummihandschuhe gearbeitet werden.

Einen schädlichen Einfluß übt die Arbeit an den in Bijouterie-, Metallwaren- und anderen Fabriken benutzten Stanzen, Poliermaschinen, kleineren Pressen auf die Arbeiterinnen in gewissen Zeiten aus. Eine bei der Revision befragte Arbeiterin gab die Antwort, daß sie es in der angedeuteten Zeit kaum aushalte, sich aber geniere, dem Meister etwas zu sagen. Die Beamtin verständigte sich daraufhin mit dem Unternehmer und dem Saalmeister und erhielt die Zusicherung, daß die betreffende Arbeiterin in diesen Tagen, sobald sie eine andere Arbeit verlange, eine solche zugewiesen bekomme, ohne durch Fragen nach den Gründen behelligt zu werden.

(Schluß folgt)

Die Heimarbeit in der Blechwarenbranche.

Die Heimarbeit in der Blechwarenbranche ist hauptsächlich in den obererzgebirgischen Dörfern **Bernsbach, Beierfeld, Sachsenfeld** und seit einiger Zeit auch in **Neuwelt** vertreten. Man unterscheidet Weiß- und Schwarzblechklempner. Erstere fertigen besonders Küchengeräte, während letztere die Gegenstände für die Emaillierwerke bis zum Emaillieren vorarbeiten. Diese Art Heimarbeit ist aber immermehr in der Abnahme begriffen. Sie wird wohl fast ausschließlich nur noch in **Lauter** und in **Niederzwönitz** ausgeübt. Es wird hier aber auch Teilarbeit verrichtet, zum Beispiel das Annieten der Henkel an Trichter, Töpfe und Krüge. Die Form der Heimarbeit in der Weißblechbranche, wo der Heimarbeiter nur mit seinen Familienangehörigen arbeitet, trifft man nur noch vereinzelt. Überwiegend ist die Form, daß der Heimarbeiter mit fremden Personen arbeitet, und die Zahl dieser ist mitunter so groß, und der Betrieb so umfangreich, daß man wohl von einer kleinen Fabrik sprechen kann. Es ist aber nichtsdestoweniger ein Heimarbeitsbetrieb, denn der Heimarbeiter, den wir hier als „Meisterheimarbeiter" bezeichnen wollen, arbeitet nicht auf eigene Rechnung, sondern führt nur die Aufträge aus, die ihm von hiesigen und auswärtigen Fabrikanten, Händlern und Grossisten übertragen werden. Diese bestimmen in der Hauptsache auch die Preise für die Waren.

Die Fabrikanten der hiesigen Gegend könnten aber durch entsprechende Vergrößerung ihrer Betriebe die Waren selbst anfertigen lassen. Sie tun es aber nicht, weil sie so billiger dazu kommen. Natürlich geschieht dies in erster Linie auf Kosten der bei dem „Meisterheimarbeiter" beschäftigten Gesellen. Der Meisterheimarbeiter richtet die Preise für seine Gesellen schon so ein, daß er immer noch auf seine Rechnung kommt. Früher erhielt der Heimarbeiter das Rohmaterial zugeschnitten, zum Teile auch schon vorgearbeitet von der Fabrik, so daß er fast gar keine Hilfsmaschinen brauchte. Er besorgte lediglich das Zusammenlöten, und ist dies die Erklärung dafür, daß es früher mehr kleine Heimarbeitsbetriebe gab. Jetzt muß der Meisterheimarbeiter das gesamte Material selbst stellen und den Gegenstand von Anfang bis zu Ende anfertigen. Er braucht dazu mindestens fünf Hilfsmaschinen, und zwar je eine Rund-, Abkant- und Sickenmaschine, eine Tafel- und eine Kreisschere, mitunter auch noch eine Stanze, verschiedene kleinere Werkzeuge und Biegevorrichtungen.

Die Preise, die der Meisterheimarbeiter von seinem Auftraggeber erhält, sind natürlich bedeutend niedriger als die Engrospreise, die dieser wieder erhält. Der Meisterheimarbeiter ist also nur **Zwischenmeister.** Diese Form der Heimarbeit ist hier als ganz besondere Erscheinung in der Blechwarenbranche vorhanden.

Die Lage der kleinen Heimarbeiter ist durchaus keine beneidenswerte. Die Preise sind äußerst gedrückt, was zum Teile eine Folge der Konkurrenz ist, die diese sich unter einander machen. Und was der Heimarbeiter infolge niedriger Bezahlung nicht erreichen kann, sucht er durch lange Arbeitszeit und durch eine grauenhafte Kinderausbeutung und Lehrlingszüchterei wett zu machen. Die durchschnittliche Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter beträgt 11 bis 13 Stunden täglich, bei dringender Arbeit bis zu 16 und noch mehr Stunden. Die Kinder arbeiten trotz Kinderschutzgesetz — die meisten Betriebe sind der Gewerbeinspektion unterstellt — 5 bis 6 Stunden täglich und erhalten für die Stunde 5 Pf. Schutzvorrichtungen an den Maschinen fehlen in den meisten Fällen. Die im Lohne beschäftigten jüngeren Gesellen, die alle eine mindestens dreijährige Lehrzeit hinter sich haben, erhalten 9 bis 12 Mk. die Woche; die älteren und leistungsfähigeren 14 bis 17 Mk. bei elfstündiger Arbeitszeit. Überstunden werden extra bezahlt.

Über den Verdienst des Meisterheimarbeiters kann man leider so gut wie nichts erfahren. Die Leute sind äußerst mißtrauisch; besonders Fremden gegenüber rücken sie mit der Sprache nicht heraus, weil sie stets Konkurrenz wittern und fürchten, daß sie durch Herausgabe von Einzelteilen oder Bekanntgabe der Preise der auswärtigen Konkurrenz Anhaltspunkte geben. Wenn auch die Lebenshaltung besonders der kleinen Heimarbeiter eine äußerst bescheidene ist, so hängen sie doch mit allen Fasern ihres Herzens an ihrer sogenannten Selbständigkeit und fürchten das Arbeitsverhältnis in der Fabrik. Der Verdienst der kleinen Heimarbeiter ist ein sehr schmaler, denn trotz der niedrigen Preise, die sie für die Anfertigung der Gegenstände erhalten, haben sie bedeutende Ausgaben für Anschaffung und Instandhaltung der Maschinen und Werkzeuge, für Mieten, Steuern und die Beiträge zur Arbeiterversicherung. Die größeren stellen sich natürlich bedeutend besser. Diese arbeiten selbst wenig oder garnicht mit, sondern halten sich noch einen Vorarbeiter und Schreiber.

Die beim Meisterheimarbeiter beschäftigten verheirateten Gesellen pflegen aber die eigentliche Heimarbeit noch ganz besonders. Sie nehmen sehr oft Teile der Gegenstände, die sie beim Meister anfertigen, mit nach Hause, um dort von Frau und Kindern verschiedene Teilarbeiten ausführen zu lassen. Auch bei den Fabriken ist dies üblich. Auf diese Weise ermöglichen es die Arbeiter, ihre Löhne im Betrieb etwas höher zu gestalten.

In den Wohnräumen selbst wird bei den Meisterheimarbeitern nicht gearbeitet. Die Arbeitsräume, besonders bei den kleineren Meistern sind jedoch meistens ungenügend. Eine Ventilation ist gar nicht vorhanden und deshalb herrscht darin eine gerade unerträgliche Atmosphäre. Die durch das Löten entstehenden Gas- und sonstigen Dünste erfüllen den Arbeitsraum so, daß es jedem Besucher fast den Atem benimmt. Und in solchen Räumen arbeiten Kinder im zarten Alter von 6 bis 10 Jahren. Auch kleinere Kinder halten sich in diesen Räumen hauptsächlich auf, da ja die Mutter, die „Pflegerin" der Kinder, in vielen Fällen den ganzen Tag über mitarbeitet.

Die Qualität der Waren wird allgemein als „Bazarware" bezeichnet. Viel und billig ist die Devise, damit dem Grossisten ein gehöriger Happen Profit bei möglichst wenig Bemühung verbleibt.

Was die Zahl der hier in der Heimindustrie bestehenden Betriebe und die in diesen beschäftigten Gesellen, Lehrlinge und Kinder betrifft, so dürfte diese gegen früher eher zu- als abgenommen haben und es wird im allgemeinen noch das zutreffend sein, was Kollege Haack in dieser Beziehung vor zirka 2 Jahren geschrieben, nämlich, daß bei zirka 100 Zwischenmeistern etwa 220 Gesellen, ziemlich 260 Lehrlinge und 35 Arbeiterinnen beschäftigt werden. Die Zahl der beschäftigten Kinder ist nicht festzustellen, doch ist diese sehr hoch.

Aue i. S. A. H.

Die deutsche Arbeitgeber-Zeitung

hat sich in ihrer Nr. 4 fast selbst übertroffen. Sie bringt einen Artikel mit der Überschrift: „Die Hypnotisierten", der sogar bei diesem Scharfmacherblatte einen außergewöhnlichen Rekord von Egoismus, Borniertheit, Unverstand und Haß gegen die Arbeiterklasse und von Feindschaft gegen die modernen Verkehrsmittel darstellt. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien, sagt das Blatt, seien „von dem Reichstagswahlrecht derartig hypnotisiert worden, daß sie alles nur noch aus dem Gesichtswinkel beurteilen, wie das Wohlwollen der großen Masse zu gewinnen ist". Das höchste Mißfallen des Blattes erregt es, daß die bürgerlichen Parteien des Reichstags den Vorschlag der verbündeten Regierungen in Sachen der Einführung einer **Reichserbschaftssteuer** „mit Lammesgeduld hingenommen haben". Den Reichstag erklärt das Blatt wegen seiner Wahlordnung als ein **Klassenparlament,** in welchem „die Vertreter der numerisch stärksten Bevölkerungsklasse den größten Einfluß haben und demgemäß auch nicht zögern werden, die Erbschaftssteuer nach und nach bis zur **Expropriation der Besitzenden** hinaufzuschrauben." Das ist schnöder Undank des Scharfmacherblattes, denn die verbündeten Regierungen und das **Klassenparlament der Besitzenden** haben für diese letzteren schon mehr als genug getan. Daß die Regierungen mit der Erbschaftssteuer eine ganze Speisekarte voll anderer indirekter Steuern in Vorschlag brachten, das verschweigt das Blatt wohlweislich, mit einem Saltomortale springt es über diese Tatsache hinweg. Natürlich ist die Arbeitgeber-Zeitung dafür, daß der Regierung neue Mittel zum Verpulvern in unproduktiven Flottenrüstungen zur Verfügung gestellt werden. Dabei kommt sie nun zu Vorschlägen, die unsere eingangs gemachte Charakteristik des Artikels rechtfertigen. Sie sagt, „**das Geld liege dem Reiche vor den Füßen — es wolle es nur nicht aufheben**" und fährt dann fort:

„Da ist zum Beispiel der Reichszuschuß **zu der Alters- und Invalidenversicherung,** der bei der Errichtung dieser Versicherungsanstalten sicherlich am Platze war, weil die Arbeiter eben nicht gewöhnt waren, derartige Rücklagen zu machen. Jetzt aber, nachdem die Eingewöhnung eingetreten ist, nachdem die Arbeiter nicht nur das Zahlen von Beiträgen, sondern auch das Zahlen der Renten sehen, und nachdem es sich gezeigt hat, daß die Arbeiter ungleich größere Beiträge **an die Gewerkschaftskassen** zu leisten imstande sind und daneben noch Geld zur Unterstützung der **russischen Revolutionäre** übrig haben, ist die Gewährung von **Geschenken** aus der Reichskasse an sie ein bitteres Unrecht gegen alle Volksgenossen mit geringen Einkommen, die nicht das Glück haben, wegen ihrer wirtschaftlichen Unselbständigkeit der Versicherungspflicht zu unterliegen: bitteres Unrecht gegen den gesamten **unteren Mittelstand,** für den es keine Reichsversicherung und keine Reichsgeschenke gibt. Darum können die Reichszuschüsse zur Invalidenversicherung **ohne weiteres fallen.** Denn die Arbeiter sind, wie es aus den angeführten Gründen hervorgeht, zweifelsohne in ihrem **Wohlstande** weit genug fortgeschritten, um den Ausfall aus ihrer Tasche decken und so **für ihr Alter selbst sorgen zu können.** Glaubt man das Gewerkschaftswesen offiziell protegieren zu sollen, so verbinde man mit dieser Protektion auch das Verlangen, daß die Gewerkschaften ihre Wirksamkeit nicht bloß auf das Gebiet der Erzwingung von Lohnerhöhungen und dergleichen mit Hilfe des Streikterrorismus, sondern auch auf dasjenige aktiver Teilnahme an der Förderung des Arbeiterwohls im Sinne der für die Einführung der Arbeiterversicherung maßgebend gewesenen Erwägungen erstrecken. Wo einzelne Klassen der Bevölkerung sich in der Tat nicht selbst helfen können, möge das Reich aufs neue einschreiten. So ist es unter anderem vollständig zu billigen, wenn der geplanten Witwen- und Waisenversicherung von Reichs wegen tatkräftige Unterstützung zuteil wird. Aber es ist **unmoralisch,** an Leute weiterhin Reichsgelder zu

verschenken, die durch Zuwendungen an die gewerkschaftlichen Kampforganisationen zur Genüge dartun, daß sie der Hilfe gar nicht benötigt sind."

Die Arbeitgeber-Zeitung hat bereits in früheren Nummern viel Aufhebens von den Leistungen der Arbeiterversicherung gemacht, wofür die Arbeiter nicht genug danken könnten. Ihr neuer Vorschlag zeugt aber von einem solchen Tiefstand der Gesinnung, daß er sich selbst richtet. Dank verdient das Blatt jedoch zweifellos dafür, daß es die Ansichten seiner Interessentenkreise so unverhüllt zu Tage fördert. Von giftigem Haß sind diese Kreise gegen die Gewerkschaften erfüllt, die es den Arbeitern ermöglichen, sich gegen die fortwährenden Verschlechterungen ihrer Lebenslage zu wehren. Wenn die Arbeiter einmal so herabgedrückt wären, daß sie die Gewerkschaftsbeiträge nicht mehr entrichten könnten, dann wäre das ideale Zeitalter der Arbeitgeber-Zeitung da. Unverschämt ist das Gerede von den „Schenkungen" an die Arbeiter. Denn, wer schafft denn das Gold zu Tage? Das Mitleid mit dem Mittelstand, das die Arbeitgeber-Zeitung heuchelt, wird in die rechte Beleuchtung gerückt durch die Tatsache, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Reichstag seinerzeit die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt haben, wonach die Hausgewerbetreibenden und alle Unternehmer bis zu einem Jahreseinkommen von 2000 Mk. der Versicherungspflicht unterworfen werden sollten!

Die Arbeitgeber-Zeitung ist nicht nur lüstern auf die „Geschenke" an die Arbeiter, sie hat noch eine weitere geniale Idee ausgeheckt. Wir stehen bekanntlich unter dem Zeichen des Verkehrs. Die Betriebsverwaltungen des Reiches, besonders die Post, sollen nun neue Einnahmen für das Reich herbeischaffen. Die Arbeitgeber-Zeitung will dies aber nicht etwa erreichen durch Hebung des Verkehrs, sondern durch seine — Einschränkung! Man verlange von der Post,

„daß sie einige hundert Millionen Überschüsse zu liefern hat, so wird sie es ohne Zweifel tun können. Das internationale Porto zu erhöhen, ist schwierig, aber auch unnötig. Dagegen können wir im inländischen Betrieb die Gebühren nach Belieben erhöhen. Und ebenso können wir die Leistungen nach Belieben heruntersetzen. Es ist nicht nötig, für die Erhaltung unserer Wirtschaftslage und unserer Kultur, daß der Postbote tagsüber so häufig bei uns erscheint, wie es gegenwärtig der Fall ist . . ."

Mit einem solchen Vorschlag kann man sich heutzutage doch nur blamieren. Aber die Arbeitgeberzeitung riskiert die Blamage, um auch bei dieser Gelegenheit ihrem tiefen Unwillen gegen das jetzige Reichstagswahlrecht Ausdruck geben zu können. Das ist ihr alles Übels Grund, sie befürchtet, daß durch dieses Recht das Reich schließlich an die Sozialdemokratie ausgeliefert werde. Damit das verhindert werde, müsse das Bürgertum selbst Hand ans Werk zu seiner Rettung legen. Der Anfang sei damit zu machen, der Regierung die Gefolgschaft zu versagen, wenn sie sich auf gefährliche Bahnen begibt. Man wird sich also in nächster Zeit auf schreckliche Dinge gefaßt machen dürfen, denn die Arbeitgeber-Zeitung sieht schon die Auslieferung der Erbschaftssteuer an den Reichstag als einen Vorgang an, bei dem eine Umkehr einzusetzen habe. Vielleicht erläßt sie dann gar einen Aufruf an die Unternehmer im Sinne der seinerzeitigen Drohung der Kölnischen Zeitung zur Revidierung der monarchischen Gesinnung. Doch Scherz bei Seite. Den herrschenden Klassen ist kein Mittel zu schlecht, die Arbeiter zu entrechten und sie zu Heloten herabzuwürdigen.

Welche Gesinnung man in jenen Kreisen gegen die Arbeiter hegt, dafür ist auch ein Artikel des „Lynkeus" der Arbeitgeber-Zeitung Beweis, in dem dieser Soldknecht in einer Betrachtung über das Wahlrecht schreibt: „Wer die Massen richtig beobachtet, wird zu dem unzweideutigen Ergebnis gelangen, daß diesen nichts ferner liegt, als wählen zu wollen. Die Masse will nichts weiter, als die Befriedigung ihrer natürlichen Instinkte." Und zum Schlusse des Artikels: „Die letzten Wochen und Tage tragen den Stempel ausgesprochener Demagogie, und in solchen Zeitläufen ist es die ernsteste Pflicht der Regierungen, die Augen offen zu halten, den Schein von der Wirklichkeit zu trennen und mit allem Nachdruck gegen diejenigen Elemente vorzugehen, deren Treiben eine Gefahr für den Bestand der nationalen Wohlfahrt bedeutet."

Es ist doch das verächtlichste Handwerk — diese Soldschreiberei für das Kapital!

* * *

Es lohnt sich manchmal auch, den Inseratenteil der Arbeitgeber-Zeitung durchzusehen. So enthält die Nr. 2 folgende Bekanntmachung:

„Industrieförderung in Kunnersdorf bei Zwickau in Böhmen. Die Neuregelung der handelspolitischen Verhältnisse wird zahlreiche Industrien des Deutschen Reiches veranlassen, Ansiedelungen in Österreich zu suchen; die Gemeinde Kunnersdorf ist zu solchen Niederlassungen ganz besonders geeignet. 1. Kunnersdorf hat günstige Bahn- und Postverbindung und ist zwei Stunden von der sächsischen Grenze entfernt. 2. Kunnersdorf besitzt ausgiebige Wasserkräfte; auch ist eine Fabrikanlage mit Wasserkraft zu verkaufen. 3. Kunnersdorf besitzt ausgiebige und große Moorlager. 4. Kunnersdorf verkauft billige Baugründe in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs von 30 Heller pro Quadratmeter aufwärts. 5. Kunnersdorf hat billige und gute Arbeitskräfte. 6. Kunnersdorf sichert jede mögliche Förderung zu und bietet angenehmen und bequemen Aufenthalt. Nähere Auskunft erteilt: Der Gemeindevorstand."

Der Gemeindevorstand in Kunnersdorf schätzt die deutschen patriotischen Unternehmer ganz richtig ein. Es sei aber hier auch daran erinnert, daß, als bei den Zollkämpfen im Jahre 1902 von den Vertretern der Arbeiterklasse vorausgesagt wurde, daß ein Teil der Industrie auswandern werde, man ihnen erwiderte: Verdrehung, demagogische Kunststücke, die nur den Zweck haben, die Masse gegen die berechtigten Pläne der Regierung, dem heimischen Herd und deutschen Nationalwohlstand verstärkten Schutz zu gewähren, aufzuhetzen u. s. w.

Wir sind unseren böhmischen Arbeitsbrüdern durchaus nicht gram darüber, daß sie auf den Märkten „ihres" Landes den Kapitalisten eines anderen Vaterlandes zum Kauf angeboten werden. Um wieviel aber, verehrte Arbeitgeber-Zeitung, wird sich durch den Kauf billiger ausländischer Arbeitskräfte der Patriotismus der deutschen Unternehmer heben, vorausgesetzt, daß diese Eigenschaft bei ihnen noch steigerungsfähig ist?

Stand der Aussperrung in Rostock.

In der letzten Zeit versuchte die Direktion der Neptunwerft durch einen ihrer Meister, Arbeitswillige aus den Reihen der Schiffbauer zu bekommen, natürlich ohne jeden Erfolg. Es kursierten überdies in der Stadt allerlei Gerüchte über eine Beilegung des Kampfes, die daran scheitern solle, daß die Führer der Arbeiter nicht verhandeln wollten. Daraufhin hat das Zentralstreikkomitee den einstimmigen Beschluß gefaßt, die Bezirksleiter der drei am meisten beteiligten Organisationen mit der Anbahnung von Verhandlungen zu beauftragen. Es wurde ein Brief nachstehenden Inhaltes an die Direktion gerichtet:

Rostock, den 28. Januar 1906.

Sehr geehrte Direktion!

Da in letzter Zeit einige Schiffbauer von einem Ihrer Meister aufgefordert wurden, die Arbeit wieder aufzunehmen, glauben wir annehmen zu dürfen, daß es Ihnen nicht unangebracht erscheinen kann, in Verhandlungen wegen der Wiederaufnahme der Arbeit zu treten. Es ist aber außerdem noch das Gerücht verbreitet, daß die Arbeiter oder deren Vertreter nicht verhandeln wollen.

Aus diesen Gründen teilen wir Ihnen mit, daß wir noch nach wie vor zu Verhandlungen jederzeit bereit sind, und bedarf es nur Ihrer gefälligen Antwort, um dieselben einzuleiten. Diese Mitteilungen läßt der Unterzeichnete Ihnen zugehen mit der Erklärung, daß dies im Einverständnis mit Herrn Schrader vom Verband der Schmiede und Herrn Falkenberg vom Verband der Holzarbeiter geschieht.

Die Antwort wollen Sie eventuell nach Rostock, Warnowhalle, richten.

Hochachtungsvoll

Hermann Rohrlack.

Noch am selben Tage lief die Antwort ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

Rostock, den 29. Januar 1906.

Herrn Hermann Rohrlack, zurzeit in Rostock, Warnowhalle.

Wir haben Ihr wertes Schreiben vom 28. cr. erhalten und müssen unserer Verwunderung Ausdruck geben, daß Sie mit uns über die Wiederaufnahme der Arbeit in Unterhandlungen treten wollen, die wir für vollständig überflüssig halten, da — wie Ihnen bekannt sein dürfte — wir bereits vor längerer Zeit in verschiedenen Annoncen Schiffbauer, Schlosser und andere Leute unserer Branche gesucht haben. Es steht daher jedem Arbeiter frei, bezüglich Arbeit bei uns anzufragen, doch bemerken wir, daß es sich zunächst um die Einstellung von Eisenschiffbauern handelt.

Hochachtungsvoll

gez. G. Bark. F. Schinkel.

Wenn auch die Direktion in ihrer Antwort eine gewisse Stärke ihrer Position zu zeigen sich bemüht, so hat sie doch sofort sich selbst widerlegt, indem sie zur selben Stunde, in der sie den Brief schrieb, auch zwei Schiffbauer ersuchen ließ, ins Bureau zu kommen und mit diesen unterhandelte! Es wurde den beiden Leuten erklärt, daß sie gerufen wurden, um ihnen Kenntnis zu geben davon, daß der Bezirksleiter Rohrlack an die Betriebsleitung geschrieben, und daß die Betriebsleitung auch sofort eine Antwort erteilt habe. Brief und Antwort (wie oben stehend) wurden den beiden Kollegen vorgelesen. Der Herr Direktor Bark erklärte dann, daß diese Kenntnis den beiden Kollegen deshalb gegeben würde, weil die Bezirksleiter den Arbeitern doch nicht die volle Wahrheit sagen! Also, Mißtrauen wollte die Direktion zwischen die Arbeiter und ihre Führer säen!

Außerdem aber sagten die Herren Direktoren, daß die Schiffbauer ja ruhig wieder arbeiten könnten, es würden eben nur die Gemaßregelten nicht wieder eingestellt. Es sei außerdem für die Direktion eine Kleinigkeit, 100 Leute aus dem Ausland zu bekommen, wenn sie sie nur haben wollte. Sie könnte es aber ruhig noch ein Jahr lang mitansehen. Das Ausstellen der Streikposten sei Kinderspiel, die Annoncen nach Schlossern u. s. w. hätten sie aus Mitleid mit den Arbeitern erlassen, die keine Unterstützung erhielten!

Die beiden Kollegen haben, wie sich das von selbst versteht, der Direktion einfach erklärt, daß sie zu Unterhandlungen nicht kompetent seien, also auch keine Zusicherung irgend welcher Art geben könnten. Aus dieser ganzen Unterredung, in Verbindung mit dem Inhalt des Briefes an den Bezirksleiter Rohrlack, geht klar hervor, daß die Stärke der Position der Direktion mehr in der Einbildung liegt als in der Wirklichkeit. Das wird übrigens am besten durch folgende Tatsachen bewiesen: Begonnen hat der Kampf mit dem Streik der Schiffbauer wegen des Tarifbruchs durch die Direktion, der Preise für die Kohlenbunker, und der Maßregelungen. Von den 53 Eisenschiffbauern, die einmütig die Arbeit niedergelegt haben, ist noch nicht einer abtrünnig geworden. Es arbeiten als Schiffbauer nur fünf bis sechs Lehrlinge und Meister! Ohne Schiffbauer aber kann der Betrieb nicht arbeiten, das ist jedem Kenner der Dinge klar. Was sollen die Kessel, die Maschinen, was die innere Einrichtung, wenn das Schiff, der Rumpf, nicht gebaut werden kann! Eben deshalb sucht ja auch die Betriebsleitung Schiffbauer. Glücklicher Weise vergebens! Bis heute hat sich von Schiffbauern auch von außerhalb noch kein einziger Streikbrecher gefunden. Diese Tatsache kennzeichnet die Situation besser, als es noch ein halbes Dutzend Briefe und tausend schöne Worte, an ein paar Schiffbauer gerichtet, tun werden. Und eben deswegen ist die Aussperrung auch erfolgt, weil ohne die Schiffbauerarbeiten alles andere entbehrt werden kann, mit Ausnahme von einigen Reparaturen, Aufräumungsarbeiten, und Arbeiten für den eigenen Betrieb. Wie flott die Arbeit von statten geht, dafür dient als Beweis die Tatsache, daß ein Dampfer, der am 18. Dezember abgeliefert werden sollte, bis jetzt noch nicht fertig ist.

Von den Ausgesperrten haben sich bis jetzt auch nur die Unorganisierten wieder um Arbeit gemeldet; der Zuzug ist derartig fern gehalten worden, daß Fremde so gut wie gar nicht beschäftigt sind. Es ist also auch keine Gefahr, daß bei vollständiger Wiederaufnahme des Betriebs viele Opfer auf der Straße bleiben könnten. Nach dieser Sachlage konnten die Schiffbauer gar nicht anders handeln als zu erklären, daß sie nur geschlossen, wie sie aus dem Betrieb gegangen sind, wieder hineingehen werden. Mit dieser Erklärung der Schiffbauer sind die Ausgesperrten durchaus einverstanden, das ergab die letzte in dieser Sache abgehaltene Versammlung.

Es handelt sich jetzt nach wie vor darum, den Zuzug nach Rostock fernzuhalten. Insbesondere darf kein Schiffbauer dahin kommen.

Hirsch-Dunckeriana.

Gleichauf vor Gericht. Die Hirsch-Dunckerschen Blätter — allen voran der Regulator — fassen ihre Pflicht, die Gewerkvereinler „aufzuklären", bekanntlich so auf, daß sie in erster Linie ihnen Märchen erzählen über allerlei Moritaten, die von Mitgliedern der „sozialdemokratischen" Gewerkschaften gegen die — ach, so harmlosen, immer unschuldigen Hirsche verübt werden. Wenn man der Sache auf den Grund geht, sieht sie gewöhnlich ganz anders aus, als sie von den Hirsch-Dunckerschen dargestellt wird. Die Fränkische Tagespost teilt in ihrer Nr. 25 unter der Überschrift: „Hirsch-Dunckersche Schauergeschichten" folgendes mit:

„Am 11. August 1905 hatte das Organ der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler, der Regulator, über eine schier unglaubliche, aber „wahre" Begebenheit berichtet, die sich in dem bösen Nürnberg abgespielt habe. War da eine Werkstätte, in der von 35 Arbeitern einer (!) dem Gewerkverein und blos 34 dem Metallarbeiter-Verband angehörten. Der Einsiedler habe viel unter den Sticheleien seiner Kollegen leiden müssen; doch mit ruhiger Verachtung ging er über derartige „Bubereien" hinweg. Da nahte das Verhängnis in Gestalt eines Gewerkschaftlers, der gelegentlich eines Streites den einen Gewerkvereinler trotz seiner ruhigen Verachtung aushieb. Die Folge war die Entlassung des Missetäters. Statt daß nun der Metallarbeiter-Verband über ihn den großen Bann verhängt und ihn womöglich gesotten und gebraten hätte, schlich, den Dolch im Gewande, der „Musterbeamte" Müller (der Kassierer der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes) zu dem Unternehmer. Schon habe dieser dem freisinnigen Märtyrer nahegelegt, zu kündigen, da er sonst befürchten müßte, von hinten durch einen Steinwurf verletzt zu werden. Und wohlwollend und arglos hatte der Regulator beigefügt: Die Arbeiter haben schwere Steine, auf denen sie arbeiten. Huhu! Voll schwarzer Hinterlist habe der schwarze Müller die sofortige Entlassung des geschlagenen Opferlammes verlangt und dem Arbeitgeber vorgehalten, er solle sehen, wie er den Mann sofort herausbringe. Selbstverständlich ist jedes Wort der Kritik über diese Handlungsweise eines „Verbändlers" und eines solchen „Musterbeamten" überflüssig. Der Artikel schließt mit der Bitte an die Hirsch-Dunckerschen Dulder, ähnliches der Redaktion mitzuteilen, damit solche „Halunkenstreiche" in die Öffentlichkeit gebracht werden können. Statt nun den Regulator um Verzeihung zu bitten, erhob der „Verbändler" Müller Beleidigungsklage, die in der vergangenen Woche vor dem hiesigen Amtsgericht zum Austrag kam. Der Kläger war vertreten durch Rechtsanwalt Süßheim, der beklagte Redakteur Gleichauf, der eigens von Berlin hierher geeilt war, durch Rechtsanwalt Lust. Und was ergab nun die Verhandlung? Allerdings war Müller bei dem Fabrikanten gewesen; aber nur um eine gleichmäßige Behandlung der beiden Arbeiter zu erreichen und die Sache in Güte zu regeln. Das gelang auch vollständig, indem beide Arbeiter — der Hirsch-Dunckersche hatte bereits vorher gekündigt — noch 14 Tage weiterarbeiten sollten. Von der Möglichkeit eines hinterlistigen Überfalls durch Gewerkschaftler war keine Rede. Nach Müller war auch eine Hirsch-Dunckersche Kommission auf dem Schauspiel der Missetat erschienen, Herr Gleichauf aus Berlin und Herr — Käser aus Nürnberg. Sie erhielten von dem Unternehmer über alles eingehend Aufschluß und die Folge war nicht eine Anerkennung des loyalen Verhaltens Müllers, sondern der beleidigende Artikel des Beklagten Gleichauf. Es wurde zeugeneidlich festgestellt, daß gerade Müller es gewesen war, der bei vorausgehenden Zwistigkeiten zwischen dem Gewerkvereinler und den übrigen Arbeitern einer gütlichen Erledigung das Wort geredet hatte, um zu vermeiden, daß man behaupte, es sei gegen den Gewerkvereinler ein Zwang ausgeübt worden. Es wurde weiter festgestellt, daß die Hirsch-Dunckersche Angst, man könne ihnen den einen Mann auch noch wegnehmen, gänzlich unbegründet ist. Denn der Hirsch-Dunckersche Solist war selbst jahrelang Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gewesen, bis er — ausgeschlossen worden war. Unter diesen Umständen blieb trotz der persönlichen Anwesenheit des Herrn Gleichauf und trotz der Vernehmung des Herrn Käser nicht anderes übrig, als den Beklagten zu 50 Mk. Geldstrafe zu verurteilen. Gleichzeitig erhielt Müller, weil er vor 1¾ Jahren den Beklagten in öffentlicher Versammlung in Schwabach einen Streikbrecherzüchter genannt haben soll, 25 Mk. Geldstrafe. Was aber die Hauptsache ist: auch das neueste Schauermärchen der bedauernswerten Hirschen ist nunmehr aufgedeckt worden. Welche Moritat jetzt zum Vortrag gelangen wird?"

Der Hirsch-Dunckersche Führer beim Kardinal. Der Redakteur des Regulator W. Gleichauf (Berlin) ist von Mitgliedern seines Gewerkvereins befragt worden, ob die Veröffentlichung, wonach er beim Kardinal Fischer in Köln eine Audienz erbeten und erhalten habe, zutreffend sei. Herr Gleichauf antwortete, daß er allerdings die Audienz nachgesucht habe. Er sei aber gar nicht bis zum Herrn Erzbischof vorgedrungen, sondern von dem Geheimsekretär auf das höflichste — hinauskomplimentiert worden. Er wolle aber nochmals den Versuch machen, den Erzbischof selbst zu sprechen; über den Ausgang werde er im „Regulator" ausführlich berichten. Der Bericht im „Regulator" ist allerdings noch nicht erschienen, ob er überhaupt erscheint, bleibe dahingestellt. Wie man uns mitteilt, ist Herr Gleichauf beim zweitenmale noch schlimmer abgeschwimmelt worden, als das erstemal. Der Herr Sekretarius soll danach dem Herrn Gleichauf bedeutet haben, Seine Eminenz könne ihn nicht empfangen. Es würden sich an die Worte, die Seine Eminenz mit ihm dann wechsele, Erörterungen in der Öffentlichkeit knüpfen, und das wünsche Seine Eminenz nicht. Man verwies dann den Freisinnsmann an den Generalsekretär der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, Herrn Dr. Pieper in M.-Gladbach. Dort wird Gleichauf jedenfalls nicht hingehen. Es wäre doch vergeblich. Im übrigen würde Herr Gleichauf einem Handlungs-Reisenden Ehre machen: auch deren Kunst ist es, dort, wo sie „hinauskomplimentiert" worden sind, frohen Mutes immer wieder von neuem vorzusprechen.

Herr Gleichauf reiste im katholischen Rheinland herum und machte den katholischen Arbeitervereinlern — „Zugeständnisse". Die katholische „Westdeutsche Arbeiterzeitung" berichtet das folgende:

„Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine und katholische Arbeiter. In einer vom Gewerkverein in Stolberg einberufenen öffentlichen Versammlung behandelte Redakteur Gleichauf (Berlin) das Thema: „Sind die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine religionsfeindlich?" Im Anschluß an die Eschweiler und Paderborner Beschlüsse, die die Nichtaufnahme Hirsch-Dunckerscher Gewerkvereinler in die katholischen Arbeitervereine verfügen, kam er zur Verneinung seiner Frage. Ihm gegenüber führte Herr Arbeiterpräses Kaplan Sassen aus, daß keiner behauptet habe, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine seien religionsfeindlich, er stelle die präzisere Frage: Ist die religiöse Stellung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, wie sie sich in ihren Organen und Taten ausspricht, so, daß ein katholischer Arbeiter ohne eine Gefährdung seines Glaubenslebens darin Mitglied sein kann? Auf reiches Material, dem letzten Jahre den Gewerkvereinsorganen entnommen und den Taten (Wahlen u. s. w.) sich stützend, kam der Herr Redner zu der Antwort: Die Mitgliedschaft ist tatsächlich für katholische Männer gefährdend. Herr Gleichauf machte dann eine Reihe von Zugeständnissen, er versprach, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß das religiöse Gefühl der Katholiken nicht mehr verletzt werde, gab zu, daß er sich in einem von ihm selbst geschriebenen Artikel Nr. 1 Regulator 1906 so unglücklich ausgedrückt habe, daß er klassenkämpferisch laute, daß der Generalrat bei gewissen Entgleisungen (Simultanschule, Oster- und Pfingstartikel u. s. w.) vom christlichen Standpunkte aus betrachtet, nicht auf seinem Posten gewesen sei. Nach diesen weitgehenden Zugeständnissen steht zu hoffen, daß „Wahrheit und Klarheit" bei den Hirsch-Dunckerschen Mitgliedern Platz greifen wird und ein weiteres Vorkommen von Fehlern vermieden wird. Eine Resolution wurde mit 400 gegen 30 Stimmen im Sinne der Ausführungen des Herrn Kaplan Sassen angenommen. Ein ähnliches Resultat hatte eine Versammlung in Eschweiler."

In der Angst um die katholischen Mitgliederbestände bauchrutscht man vor den Zentrumsarbeitervereinen! Echt Hirsch-Dunckerisch.

Flunkerei. Der Zentralrat der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine gibt seit 1. Januar 1906 ein wöchentlich dreimal erscheinendes Korrespondenzblatt heraus, das von seinen Gründern wohl als Vorläufer einer künftigen Tageszeitung angesehen wird. In diesem Blatte wird nun eine Weisheit verzapft, die der des Regulator in nichts nachsteht. Zum Beispiel wird in Nr. 13 in einem Artikel, überschrieben: „Ein offenes Wort" unter anderem gesagt, daß die Mitglieder der Gewerkvereine durch verhältnismäßig geringe Beiträge etwas verwöhnt seien. „Dadurch, daß bei uns die gewonnenen Mittel einzig und allein für die Mitglieder Verwendung finden, während beispielsweise in den sogenannten freien Gewerkschaften erhebliche Summen lediglich für die Agitation oder gar für politische Zwecke abgeführt werden, sind wir imstande, einen umfangreicheren Schutz und zum Teil größere Unterstützungen zu gewähren als die Konkurrenzorganisationen mit erheblich höheren Beitragssätzen."

Diese Wichtigtuerei ist lächerlich. Was leisten die Hirsch-Dunckerschen an Unterstützung, was haben sie bisher geleistet? Mit Worten werden den Gewerkvereinsmitgliedern Nebelbilder vorgeführt. Wenn die Gewerkvereine ihren Mitgliedern „höhere Leistungen" vorrechnen, dann müssen sie schon ein selbsterfundenes Einmaleins dazu benützen. Was haben sie besonders für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse getan und welche Opfer haben sie dafür gebracht? Sie haben sich bis in die letzten Jahre hinein direkt ablehnend dagegen verhalten und den freien Gewerkschaften den Kampf dafür nicht nur allein überlassen, sondern ihnen diesen durch direkte Parteinahme für die Unternehmer erschwert und ihn teilweise unwirksam gemacht. Den in letzter Zeit gemachten Versicherungen, daß sie nun an diesen Kämpfen teilnehmen wollten, ist direktes Mißtrauen entgegenzusetzen. Nur der Trieb der Selbsterhaltung ist das Motiv zu dieser — Heuchelei. In Wirklichkeit denken die Hirsch-Dunckerschen Führer ihr altes Handwerk der Arbeiterzersplitterung fortzusetzen. Sie wollen einfach deshalb „überall dabei" sein, um desto besser die Geschäfte der bürgerlichen Parteien besorgen und die freie Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie verdächtigen zu können. Es ist den meisten nicht über den Weg zu trauen. Schon die obige Probe aus dem Hirsch-Dunckerschen Blatt kennzeichnet diese Gesellschaft.

Weil einige Mitgliedſchaften freier Gewerkſchaftsverbände aus lokalen Mitteln Beiträge für den ſozialdemokratiſchen Wahlfonds und zur Unterſtützung der ſozialdemokratiſchen Arbeiterpreſſe leiſteten, verdrehen dieſe Phariſäer die Augen. Und nun gar die Anſpielung auf die Ausgaben der freien Verbände für die Agitation. Wir haben ſchon früher nachgewieſen, daß der Gewerkverein der Maſchinenbauer pro Mitglied weit mehr für Agitation ausgegeben hat als der Metallarbeiter-Verband. Und in Zukunft wird er uns darin noch mehr über ſein, da er ja jetzt auch beſoldete Agitationsleiter beſitzt. Die Mitglieder des Gewerkvereins haben deshalb aber auch die „Leiſtung" empfangen, daß ſie dafür allein wöchentlich 5 Pf. mehr zahlen dürfen und daß ihnen die Unterſtützung verkürzt worden iſt. — Nachdem die Gegner verkleinert und über die Achſel angeſehen, platzt der gewerkvereinliche „Journaliſt" mit dem Geſtändnis heraus, daß die Gewerkvereine für die Agitation noch mehr Mittel zur Verfügung ſtellen müſſen! Aber trotzdem ſind die freien Gewerkſchaften „Räuber und Mörder"! Auf dieſe Weiſe werden den Hirſch-Dunckerſchen Mitgliedern die Sinne zu umnebeln geſucht.

In den Hirſch-Dunckerſchen Blättern wird jetzt überhaupt viel von den „großen" Fortſchritten der Gewerkvereine geredet. Wir bemerkten aber bis jetzt nichts davon als die Blähungen einiger Führer. In der Nr. 13 des Hirſch-Dunckerſchen Korreſpondenzblattes iſt eine ſolche Blähung enthalten. Es wird berichtet, daß in Oberſchönweide (Berlin) zwei Verſammlungen abgehalten worden ſeien, in denen Auseinanderſetzungen zwiſchen dem Metallarbeiter-Verband und dem Gewerkverein der Maſchinenbauer ſtattfanden. „Dieſe Verſammlungen ſollten die Wirkung haben, daß der Maſſenflucht aus dem Metallarbeiter-Verband Einhalt getan werde. Dieſer Zweck iſt natürlich nur in beſcheidenem Umfang erreicht worden. Trotz allem Krakeel haben die Gewerkvereine gerade in Oberſchönweide einen ſtarken Zufluß von neuen Mitgliedern zu verzeichnen."

Ähnliche Notizen kann man in den Hirſch-Dunckerſchen Blättern jede Woche mehrere finden. Danach müßte die Mitgliederzahl der Gewerkvereine aber doch viel größer ſein wie ſie wirklich iſt. Was aber die Veranlaſſung der Verſammlungen in Oberſchönweide betrifft, ſo ſind die Hirſch-Dunckerſchen Behauptungen Schwindel. Nicht um einer Mitgliederflucht in den Gewerkverein vorzubeugen, wurden die Verſammlungen einberufen, ſondern um die in Oberſchönweide bis dahin Unorganiſierten für den Metallarbeiter-Verband zu gewinnen. Und das iſt erfreulicherweiſe in überraſchender Weiſe gelungen. Es hat eine wahre Maſſenflucht in den Metallarbeiter-Verband ſtattgefunden, mehr als **1000** neue Mitglieder wurden für uns gewonnen. Dieſe Tatſache können die Hirſche durch die ſchönſten Lügen nicht wett machen.

Gewerbegerichtliches.

Wird der Arbeitsvertrag durch den Arbeitsnachweis als Bevollmächtigten beider Parteien geſchloſſen? Oder iſt er nur Vermittler?

(Urteil des Gewerbegerichtes Charlottenburg vom 26. Januar 1904.)

Tatbeſtand. Der Beklagte hatte bei dem paritätiſchen Facharbeitsnachweis für das Dachdecker- und Leitergerüſtbaugewerbe zu Berlin, Gormannſtraße 13, am 31. Oktober 1903 Dachdeckergeſellen beſtellt. Am 3. November wurde ihm vom Nachweis der Kläger zugeſchickt. Dieſer meldete ſich beim Beklagten vormittags zwiſchen 11 und 12 Uhr, traf Beklagten jedoch nicht an und meldete ſich dann nochmals gegen 4 Uhr nachmittags. Nunmehr erklärte ihm der Beklagte, er habe keinen Bedarf mehr an Dachdeckergeſellen, da er bereits am Tage vorher drei eingeſtellt habe. Darauf beanſpruchte der Kläger Entſchädigung für die ihm verloren gegangene Arbeitszeit, welche jedoch vom Beklagten verweigert wurde. Darauf verſah der Beklagte den ihm vom Kläger vorgelegten Kontrollſchein des Arbeitsnachweiſes mit dem Vermerk: „Ich konnte bis dato nicht warten, denn ich habe am Montag bereits drei Mann eingeſtellt. Ich bitte, mir vorläufig niemand mehr zu ſtellen da alles beſetzt iſt."

Der Kläger beanſprucht nun mit der Behauptung, daß der Arbeitsvertrag durch die Zuweiſung ſeitens des Arbeitsnachweiſes zuſtande gekommen ſei, wegen ſeiner Nichteinſtellung eine Entſchädigung von 5,40 Mk. und beantragt, den Beklagten zur Zahlung dieſes Betrags zu verurteilen. Zum Beweiſe ſeiner Forderung hat er den erwähnten Kontrollſchein mit dem Vermerk des Beklagten und eine Geſchäftsordnung des Facharbeitsnachweiſes für das Dachdecker- und Leitergerüſtbaugewerbe zu den Akten überreicht (Blatt 9 ff.), auf welche hiermit Bezug genommen wird.

Der Beklagte bittet um Klageabweiſung mit der Begründung, daß er per Telephon und Poſtkarte in den erſten Tagen des Oktober 1903 wiederholt drei bis vier Dachdeckergeſellen beſtellt, aber keine zugeſandt erhalten habe, die Beſtellung ſei ſtets mit dem Vermerk „ſofort" erfolgt, er habe aber innerhalb fünf Wochen trotz eifriger Beſtellung keine Leute erhalten und daher durch anderweitige Vermittlung Leute eingeſtellt, da er nicht mehr annehmen konnte, daß vom paritätiſchen Arbeitsnachweis Arbeiter geſchickt werden würden. Außerdem ſei dem Kläger bei ſeinem Erſcheinen ſofort mitgeteilt worden, daß keine Leute mehr eingeſtellt würden, ſo daß derſelbe nicht nötig gehabt hätte, bis nachmittag auf ihn zu warten. —

Gründe. Es handelt ſich um die Frage, ob der Arbeitsnachweis als Bevollmächtigter beider Parteien, des Arbeitgebers wie des Arbeiters, den Arbeitsvertrag abſchließt oder ob er nur dem Arbeitſuchenden eine Stelle nachweiſt, wo er um Arbeit anfragen kann, ohne daß erſt durch die Nachfrage zwiſchen Arbeitſuchenden und Arbeitgeber und die dabei erfolgende Einigung über das Arbeitsverhältnis der Arbeitsvertrag zuſtande kommt.

In der Regel iſt davon auszugehen, daß der Arbeitsnachweis nur das iſt, was ſein Name beſagt, nämlich ein Ort, wo ſich Angebot und Nachfrage begegnen und wo dem Arbeitſuchenden diejenigen Stellen nachgewieſen werden, wo er ſich um Arbeit bemühen kann. Die Frage, ob abweichend von dieſer Regel der Nachweis den Arbeitsvertrag für beide Parteien abſchließt, iſt in jedem einzelnen Fall nach der Geſchäftsordnung und den übrigen Verhältniſſen des Nachweiſes zu entſcheiden.

Wenn ein Arbeitsnachweis mit dem Abſchluß des Arbeitsvertrags beauftragt wäre, ſo würde der Vertrag gemäß § 122 der Gewerbeordnung auf 14 Tage abgeſchloſſen ſein und es hätte nunmehr der Arbeitgeber nicht die Möglichkeit, vor Ablauf von 14 Tagen mit dem Arbeiter eine andere Kündigungsfriſt zu vereinbaren und der Arbeiter hätte bei Verweigerung der Einſtellung Anſpruch auf Zahlung des Lohnes für 14 Tage, und ebenſo hätte der Arbeitgeber, wenn dem Arbeiter die Arbeitsverhältniſſe oder ſeine Mitarbeiter nicht gefallen und er die Arbeit nicht antreten, mindeſtens Anſpruch auf den ortsüblichen Taglohn für eine Woche. Das würde zu ganz unhaltbaren Zuſtänden führen und ergibt ſich daraus, daß es eines beſonderen Auftrags in jedem Falle oder einer diesbezüglichen Feſtſetzung in dem Statut oder der Geſchäftsordnung eines Nachweiſes bedarf, um ihn zum Abſchluß der Arbeitsverträge zu bevollmächtigen.

Im vorliegenden Falle iſt zunächſt die vom Kläger überreichte Geſchäftsordnung des paritätiſchen Arbeitsnachweiſes maßgebend. Dieſelbe ſagt in Nr. 5:

„Hat ein Arbeitsloſer die ausgeſchriebene Stelle angetreten, dann iſt der Nachweis mittels eines vom Nachweis geſtellten Formulars davon zu benachrichtigen, um die Streichung aus der Liſte der Arbeitsloſen vorzunehmen."

Dieſe Beſtimmung ergibt, daß der Arbeitsvertrag erſt durch die Rückſprache des Arbeiters mit dem Arbeitgeber geſchloſſen wird. Denn ſonſt bedürfte es einer Mitteilung an den Nachweis über die erfolgte Einſtellung nicht mehr, weil ja durch die Mitteilung an den Arbeiter, daß der ihm benannte Arbeitgeber einen Arbeiter des betreffenden Gewerbes braucht, ſchon zuſtande gekommen wäre. Daß dieſe Anſicht auch bei der Feſtſetzung der Geſchäftsordnung ſeitens der beteiligten Kreiſe vorgelegen hat, ergibt ferner die Nr. 10, in welcher es heißt:

„Die Arbeitgeber übernehmen die Verpflichtung, ihren Bedarf an Kräften nur durch Vermittlung des Nachweiſes anzumelden . . ."

Wäre der Nachweis zum Abſchluß des Arbeitsvertrags bevollmächtigt, ſo hätte dieſe Nr. 10 dahin lauten müſſen, daß die Arbeitgeber die Annahme von Arbeitern dem Arbeitsnachweis übertragen beziehungsweiſe daß ſie ihn zum Abſchluß ihrer Arbeitsverträge bevollmächtigen.

Somit iſt auch im vorliegenden Falle zwiſchen den Parteien ein Arbeitsvertrag überhaupt nicht zuſtande gekommen und kann daher der Kläger auf Grund dieſer ſeiner Behauptung die Bezahlung für einen Tag nicht verlangen.

Ebenſowenig kann er Schadenerſatz wegen ſeiner Nichteinſtellung verlangen, denn da der Beklagte nicht verpflichtet war ihn einzuſtellen, iſt auch ein Schaden durch die Schuld des Beklagten nicht entſtanden. (Reichs-Arbeitsblatt.)

Deutſcher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleiſtung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt daß mit Sonntag dem 11. Februar der **7.** Wochenbeitrag für die Zeit vom **11.** bis **17. Februar** 1906 fällig iſt.

* *

Nachdem von den meiſten größeren Verwaltungsſtellen **Jahresberichte** herausgegeben werden, erſuchen wir alle dieſe Verwaltungsſtellen — ſoweit dies nicht ſchon geſchehen iſt — um Einſendung von je drei Exemplaren ihrer Berichte. (Auch die Redaktion erſucht um je 1 Expl.)

* *

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abſ. 3 des Verbandsſtatuts geſtattet:

Der Verwaltungsſtelle **Quedlinburg** 5 Pf. pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieſer Extrabeiträge hat Entziehung ſtatutariſcher Rechte zur Folge.

* *

Ausgeſchloſſen aus dem Verband werden, nach § 3 Abſ. 8 a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsſtelle in Sonderburg:

Der Schloſſer **Hermann Lauriſch**, geb. am 18. Auguſt 1860 zu Forſt, Buch-Nr. 539422, wegen Unterſchlagung von Verbandsgeldern.

* *

Nicht wieder aufgenommen werden darf:

Auf Antrag der Verwaltungsſtelle in Schwenningen:

Der Metalldrucker **Georg Lutz**, geb. am 4. Oktober 1866 zu Ulm, Buch-Nr. 578380, wegen Streikbrecherei.

* *

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsſtelle in Eſſen:

Der Schloſſer **Wilhelm Hamm**.

* *

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, ſich wegen der gegen ſie beim Vorſtand erhobenen Beſchuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erſcheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausſchluß aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsſtelle in Guben:

Der Former **Hermann Schulz**, geb. am 31. Auguſt 1880 zu Werſenwerder, Buch-Nr. 716127, wegen Logisſchwindeleien.

Auf Antrag der Verwaltungsſtelle in Mülheim a. Ruhr:

Der Schloſſer **Hans Friede**, geb. am 18. Dezember 1884 zu Hamburg, Buch-Nr. 894977, wegen Unterſchlagung von Beitragsmarken.

* *

Alle für den Verband beſtimmten Geldſendungen ſind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16b

zu richten, und iſt auf dem Poſtabſchnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt iſt.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorſtand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Januar 1906 bei der Hauptkaſſe eingegangenen Verbandsgelder.

Von: Altenburg Mk. 1200. Altwaſſer 112,60. Amberg 390. Altona 67,45. [illegible] 22,50. Annaberg 70. Apolda 590. Arnſtadt 94. Artern 100. Aſchaffenburg 400. Aue 700. Auerbach 100. Augsburg 2270. [illegible] 250. Bamberg 600. Bayreuth 250. Bergedorf 900. Bernburg 300. Bitterfeld 500. Blankenburg 209,70. Bocholt 100. Brake 99,58. Braunſchweig 3000. Bremerhaven 800. Breslau 1500. Bretten 80. Brieg 160. Bromberg 200. Brunsbüttelhafen 141,50. Bunzlau 150. Burgſtädt 450. Celle 196,02. Chemnitz 10,000. Crimmitſchau 600. Cuxhaven 200. Darmſtadt 1000. Detmold 66,50. Dieteſheim 320,14. [illegible] 400. Dinklage 53,72. Döbeln 400. Dortmund 1300. Dresden 6200. Düſſeldorf 6000. Duisburg 800. Eberbach 333,50. Eberſtadt 150. Eberswalde 400. Eiſenach 900. Elbing 400. Elmshorn 100. Elſterwerda 150. Emmendingen 158. Eſſen 3000. Eßlingen 1000. Erbach 160. [illegible] 60. Feuerbach 500. Finſterwalde 500. Flensburg 3200. Forchheim 45,70. Forſt 100. Frankenthal 1000. Freiburg i. Schl. 400. Freiberg 200. Friedland 100. Fürſtenwalde 500. Fürth 1000. Furtwangen 150. Gaggenau 259,80. Gaſſen 115. Geeſthacht 180. Gelſenkirchen 250. Gera 2000. Gevelsberg 2000. Glogau 200. [illegible] 100. Goldlauter 200. Göſnitz 200. Gotha 600. Graudenz 100. Greiz 200. Grimma 154. [illegible] 440. Großſchönau 205,32. [illegible] 300. Grünberg 150. Guben 200. Güſtrow 300. Hagen 700. Halberſtadt 500. Halle 1000. Hameln 100. Hamm 200. Hanau 3000. Hannover 8000. Harburg 800. Harzgerode 400. Haynau 60. Heidelberg 400. Heidenheim 500. Heilbronn 800. Herford 344,20. Hildesheim 1000. Hirſchberg 150. Höchſt 200. Hohenſtein-Ernſtthal 157,62. Homburg v. d. H. 155,50. Ichtershauſen 500. Ilmenau 73,94. Iſerlohn 400. Itzehoe 160. Jena, Allgemeine 700, Mechaniker 888. Kamenz 50,25. Karlsruhe 2400. Kaufbeuren 50. Kempten 150. Köln 2539,57. Königsberg 1300. [illegible] 490. Köthen 650. Krefeld 200. Kronenberg, Einzelmitglieder 125,55, Schleifer 150. Küppersteg 125. [illegible] 100. [illegible] 203. Landsberg 150. Lampertheim 114,30. Leipzig 10700. [illegible] 103,70. Limbach 350. Linden 100. Lippſtadt 100. [illegible] 500. Lübeck 1600. Lüdenſcheid 300. Ludwigsburg 310. Ludwigshafen 1000. Lüneburg 390,44. Mainz 2000. Mannheim 4000. Meißen 1000. Meinerzhagen 91,12. Metz 500. [illegible] 60. Meuſelwitz 500. Minden 195. Mittweida 100. Mülheim a. Rh. 1745,52. Mülheim a. Ruhr 1200. München 40. München-Gladbach 712. [illegible] 250. [illegible] 424,50. Neumarkt 40. Neuſalz 42,04. Neuſtadt a. Haardt 284,14. Neuſtrelitz 250. Neuburg 150. [illegible] 100. Nordhauſen 400. Noſſen 60. Nowawes-Neuendorf 450. Nürnberg 1000. [illegible] 869,21. Oberſtein 60. Oederan 151,90. Oeynhauſen 165. Offenbach 2600. Oggersheim 300. Oſchersleben 150. Oſterholz-Scharmbeck 200. Oranienburg 80,40. Paſewalk 80. Paſſau 102,70. Pegnitz 972,65. Peine 200. Pforzheim 1500. Pinneberg 100. Pirmaſens 196,99. Plauen 300. Plettenberg 100. Pößneck 90. Quedlinburg 600. Radeberg 450. Rade v. Wald 530,49. [illegible] 150. Raſtatt 120. Rathenow 600. Ratingen 150. Regensburg 500. Reichenbach 200. Remſcheid 1400. Reutlingen 370. Rieſa 200. Roſenheim 200. Roßlau 200. Ruhla 300. Saalfeld 1600. Salzungen 50. Sangerhauſen 250. Sankt Georgen 167,20. Schwäbiſch Gmünd 732,40. Selb 85. Singen 370. Soeſt 38,20. Sömmerda 243. Sorau 200. Speyer 350. Suhl und Umgegend 720. Schildeſche 491,50. Schleiz 166,42. Schmalkalden 200. Schmiedeberg i. Erzgebirge 400. Schöningen 600. Schweinfurt 950. Schwenningen 600. Schwerin 300. Schmiedeberg, Bezirk Halle 100. Stargard 100. Staßfurt 875,22. Stettin 1500. Straubing 800. Stuttgart 1800. Stolp 98,14. Tönning 200. Torgelow 300. Trier 107. Ueckermünde 100. Uerdingen 100. Urberach 354,22. Varel 50. Vegeſack 800. Velbert 1500. Waiblingen 249,50. Wehbach 13,20. Weimar 200. Weinheim 200. Wetzlar 914,94. Wilhelmshaven 800. Wismar 200. Wolfenbüttel 515,70. Worms 300. Würzburg 300. Wurzen 150. Zeitz 400. Zeulenroda 400. Zirndorf 274,22. Zittau 800. Zorge 400. Zweibrücken 300. Zwickau 1000. Zwötzen 48,72. Einzelmitglieder der Hauptkaſſe 440. Für Erſatzbücher 50,80. Zurückbezahlte Schuld von Merker, Ohrdruff 9. Görnitz, Roßwein 28,30. Müller, Schwelm 39,30. Münderlein, Schwelm 9. W. Birsner, Konſtanz 5. Sonſtige Einnahmen 506,40.

Die Verwaltungsſtellen, Bevollmächtigten und ſonſtigen Einſender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorſtehende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Anſtände ſofort an uns zu berichten.

Der Vorſtand.

Zur Beachtung.

Zuzug iſt fernzuhalten:

von **Drahtziehern** nach Sinn bei Wetzlar (Neuhoffnungshütte) D.;

von **Drehern** nach Düſſeldorf (Rhein. Metall- und Maſchinenfabrik Ehrhardt) R.;

von **Drehern, Drückern, Gießern, Gürtlern, Monteuren, Schleifern** und **Ziſeleuren** nach Turg-Vogelſang, Kanton Argau, Schweiz (Firma Egloff & Cie.) D.;

von **Drehern, Gießern, Gürtlern, Polierern, Schleifern** und **Ziſeleuren** nach Zürich und Hochdorf, Schweiz (Firma Stranich) M.;

von **Formern, Eiſengießereiarbeitern** und **Kernmachern** nach Kaiſerslautern (Firma Pfeiffer) D.; nach Neuenbürg bei Pforzheim (Bügeleiſenfabrik Waldbauer) Mi.; nach Osnabrück (H. W. Ortmann); nach Ronsdorf bei Remſcheid (Firma W. Thönig) St.; nach Stettin; nach Tangermünde (Hermann Benſing & Co.) St.;

von **Graveuren** nach Stuttgart (Vereinszeichen und Prägeanſtalt Schwerdt, Inh. W. Volk) D.;

von **Gürtlern, Drückern, Schleifern** und **Stanzern** nach Erfurt-Ilversgehofen (Lampenfabrik Töbelmann & Grimm) Mi.;

von **Klempnern, Blechemballagearbeitern** und **-Arbeiterinnen** nach Braunſchweig (Unger u. S. & Runge) M.; nach Stuttgart (Gasmeſſerfabrik Braun & Co.) St.;

von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Bautzen (Firma Butter); nach Baſel, Schweiz St.; nach Bielefeld (Buxbaum) A.; nach Brandenburg a. H. (Firma Reichſtein) A.; nach Brugg, Kanton Aarau, Schweiz (Maſchinenfabrik Müller & Co.); nach Darmſtadt (Eckert & Haßlinger) M.; nach Finſterwalde (Niederlauſitzer Fahrradfabrik von Prochnow) St.; nach Kaſſel (Evens & Piſtor, chirurg. Inſtrumentenfabrik) Str.; nach Rellinghauſen b. Eſſen (Firma R. W. Dinnendahl, Aktiengeſellſchaft) M.; nach Roſtock (Neptunwerft); nach Schwenningen (Reinhard & Maier, Maſchinenfabrik) D.; nach Solingen; nach St. Blaiſe, Schweiz, (Automobilfabrik A.-G. vormals Martini & Co.); nach Töß bei Winterthur (Maſchinenfabrik Rieter & Co.); nach Werdau D.;

von **Schlägereiarbeitern** nach Solingen St.;

von **Schloſſern** nach Zürich (Firmen Kaſſen-Bauer, Kaſſen-Schwyzer, Schäppi-Schweizer und Pünter & Cie., Ofenfabrik);

von **Silberarbeitern** und **Ziſeleuren** nach Hanau-Keſſelſtadt (Firma K. Kurz).

von **Ziſeleuren** nach Stuttgart (Haſis & Hahn) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte ſind Streikgebiete, **die überhaupt zu meiden ſind**; v. St. heißt: Streik in Ausſicht; L.: Lohnbewegung; A.: Ausſperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißſtände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anläſſe in Betracht kommen, werden die Mitglieder erſucht, ſich ſtets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geſchäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einſchlägigen Verhältniſſe zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsſtelle beſteht, wolle man ſich an den Vorſtand wenden.

Bekanntmachung.

Nach voraufgegangener Verhandlung und Zeugenvernehmung vor dem unterzeichneten, durch den Kollegen A. Schlicke, als Vertreter des Verbandsvorſtandes beantragten und auf Grund des § 26 des Statuts des Deutſchen Metallarbeiter-Verbandes gegen den Kollegen Karl Oſter eingeſetzten und von beiden Parteien ausdrücklich anerkannten Schiedsgericht, beſtehend aus den Genoſſen Otto Näther, Aug. Lauſt, Adolf Koch, Guſtav Eckhardt, Albert Weigel und Paul Apelt, kam ein Vergleich der Parteien zuſtande durch folgende Erklärung des Kollegen Karl Oſter:

Erklärung:

„Die von mir in einer Verſammlung des Sozialdemokratiſchen Vereins Stuttgart am 16. Auguſt 1905 gemachte und auf der am 18. und 19. Auguſt 1905 in Stuttgart ſtattgefundenen Konferenz der Deutſchen Gold- und Silberarbeiter dem Sinne nach bekräftigte Äußerung: „Der Vorſtand des Deutſchen Metallarbeiter-Verbandes hindere ſeine Angeſtellten an der Ausübung ihrer Tätigkeit für die ſozialdemokratiſche Partei", nehme ich hiermit zurück, da mir bewieſen wurde, daß die mir gewordenen Informationen falſch waren.

Karl Oſter."

Das Schiedsgericht hat dieſe Erklärung in der Schwäbiſchen Tagwacht und in der Metallarbeiter-Zeitung bekannt zu machen.

Stuttgart, den 29. Januar 1906.

Das Schiedsgericht:
Otto Näther, Vorſitzender.

Korreſpondenzen.

Feilenhauer.

Kopenhagen. Der Fachverein der Feilenhauer vom 1. April 1883. Zur Beleuchtung der hieſigen Arbeitsverhältniſſe in dieſem Fache ſei angeführt, daß zurzeit 25 Handfeilenhauer in fünf Werkſtätten arbeiten. Die Meiſter nehmen ſelbſt an der Arbeit teil; mit Lehrlingen wird nicht gearbeitet. Die Arbeit wird in Akkord oder nach feſtem Preiskurant pro Stück nach Zollmaß ausgeführt. Die Arbeitszeit iſt höchſtens neun Stunden und der Durchſchnittsverdienſt iſt zwiſchen 20 und 25 Kronen wöchentlich. Von Feilenfabriken, die neue Feilen herſtellen, haben wir eine in Kopenhagen; dieſe arbeitet mit ſieben Maſchinen, an denen im ganzen zehn Mann beſchäftigt ſind. Der Lohn dieſer Arbeiter beträgt 18 bis 25 Kronen. Es wird nicht in Akkord gearbeitet. Trotz der großen Konkurrenz der Maſchinen haben die Handhauer doch ihren Platz behauptet, ſie haben im Jahre 1904 eine Erhöhung des Preiskurants mit 7 Prozent und des Stundenlohns von 35 auf 37 Öre für das Umſchmieden von Meißeln erhalten, ferner 50 Öre die Stunde für Extraarbeit, die im Preiskurant nicht angeführt iſt. Von Feilenſchleifern haben wir hier in Kopenhagen ſieben, deren Durchſchnittsverdienſt 22 bis 30 Kronen wöchentlich iſt. Alle Feilenhauer müſſen Mitglieder des Fachverbandes ſein, um im Fach arbeiten zu dürfen. Meiſter, die Arbeitskräfte ſuchen, wenden ſich gewöhnlich an den

Fachverband. Zurzeit gehen unsere Bestrebungen darauf hinaus, durchzusetzen, daß nur Handhauer zur Bedienung der Maschinen zugelassen werden und daß für gute, sanitäre Verhältnisse auf den Arbeitsplätzen gesorgt wird.

Former.

Babenhausen i. Hessen. Die Firma Brückner & Fuchs, Herdfabrik und Eisengießerei, stellte durch ihre Berichtigung in Nr. 3 alles als unwahr hin, was wir in Nr. 1 über die Mißstände in ihrem Betriebe mitgeteilt haben. Wir halten aber alles aufrecht: 1. Es ist wahr, daß im Sommer Arbeiter mit Familie hergelockt und im Winter die Akkordpreise reduziert werden, wie es kurz vor Weihnachten wieder der Fall war. 2. Die Akkordpreise sind niedriger als bei der Konkurrenz mit gleicher Arbeitsmethode und maschineller Einrichtung. Entweder kennt Brückner die Akkordpreise der Konkurrenz nicht oder er stellt die Wahrheit direkt auf den Kopf. 3. Der betreffende Arbeiter hat 8 Tage vor Weihnachten die Arbeit nicht freiwillig verlassen; es ist dies am 25. Januar beim Amtsgericht Seligenstadt durch zwei Zeugen bestätigt worden, worauf die Verurteilung der Firma zur Zahlung des Lohnes für 14 Tage und die Kosten wegen kündigungsloser Entlassung erfolgte. 4. Es beruht auf Wahrheit, daß die Arbeiter Roth, Burkhart, Herr und Schroth gleichzeitig wegen erlittener Unfälle krank zu Hause lagen. Die zwei ersteren wegen Brandwunden, der dritte infolge Zerspringen einer Schmirgelscheibe, und der vierte hatte eine Verletzung am Auge. 5. Der Verbandskasten ist meistens leer, bei vorkommenden Unfällen wird Verbandszeug öfter in der Nachbarschaft geholt. Letzten Sommer ließ sich ein Arbeiter ein Fahrrad schicken, die Arbeiter der betreffenden Abteilung haben den Stoff, mit dem das Rad umwickelt war, aufbewahrt, um sich bei Verletzungen verbinden zu können. Einem Arbeiter, der beim Abwerfen des Riemens der Polierscheibe im letzten Sommer verunglückte, wurde zur Erholung eine Flasche gereicht, die die Etikette „Kognak" trug, sie enthielt aber — Essig! 6. Die Heizung und Beleuchtung ist sehr schlecht. In der Schlosserei steht ein Öfchen und ein Ofen, der aber meistens kalt ist. In der Putzerei und Gießerei stehen Kokskörbe, einige Schritte davon gefriert der Formsand. Zur Beleuchtung dienen Petroleumlampen, die in zu geringer Zahl vorhanden und in sehr schlechtem Zustand sind. Die Schlosser müssen, obwohl sie in Akkord arbeiten, die Lampen selbst füllen und putzen. Wenn ein Schlosser an der Bohrmaschine zu tun hat, so muß er dort ein Lämpchen, wie man es in Küchen auf dem Lande vorfindet, oder eine sogenannte Bergmannslampe anbringen, um arbeiten zu können. Ebenso sind alle anderen Mißstände in der Metallarbeiter-Zeitung der Wahrheit gemäß geschildert. Für die Firma Brückner & Fuchs wäre es besser, die Mißstände zu beseitigen, statt Berichtigungen einzusenden. Den dort beschäftigten Kollegen rufen wir aber zu: Tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, damit die traurigen Zustände beseitigt werden können. Die Schlosser, Schleifer, Former und Gießereihilfsarbeiter bitten wir, dieses Eldorado zu meiden, um nicht nach kurzer Beschäftigung Babenhausen mit Schulden verlassen zu müssen.

Kaiserslautern. In der Maschinenfabrik von Gebrüder Pfeiffer haben am 3. Februar alle Former und Kernmacher die Arbeit eingestellt. Ursache: Lohnabzüge, die bis zu 50 Prozent betragen, und das brutale Auftreten des Meisters Leidig. Herr Pfeiffer glaubt in dem Meister Leidig den rechten Mann gefunden zu haben und läßt lieber seine alten Arbeiter, die zum Teil schon 20 Jahre im Geschäft sind, gehen. In auswärtigen Zeitungen sucht die Firma fast ständig Arbeiter aller Berufe. Kollegen allerorts, ihr seid gewarnt!

Krefeld. Die traurigen Verhältnisse der Former bei der Firma Herm. Schroers (Maschinenfabrik und Eisengießerei) veranlassen uns, wieder einmal zu der Öffentlichkeit unsere Zuflucht zu nehmen. Wie in diesem Betrieb mit den Arbeitern umgesprungen wird, geht aus einer Bekanntmachung hervor, die den Formern jeden Morgen an ihre Akkordzettel geklebt wird. Dieser Wisch lautet: „Bekanntmachung! Ich mache hiermit bekannt, daß von heute ab für jedes Gußstück, welches trotz aller Vorschrift: Sauber zu frammen, genügend Luft und große Trichter mit Schlacken-Schaumtrichter vorzusehen, durch gleichgültige, ungeschickte und fahrlässige Handlungsweise wrack wird, als Schadenersatz pro Stück mindestens 10 Pf. erhoben und nötigenfalls erhöht wird. Ferner wird nochmals streng darauf hingewiesen, daß nach jedem Gießtage jeder seinen Platz zu räumen hat, die Formkasten herauszuschaffen und überflüssige Modelle abgeben muß. Krefeld, den 9. November 1905. Herm. Schroers Maschinenfabrik." — Man kann sich nun vorstellen, welche Löhne erzielt werden können, wenn man bedenkt, daß in der Gießerei Modelle vorhanden sind, wofür es pro Stück 2 Pf. und für 2 Stück 5 Pf. gibt. Ist einer ein rechter Unglücksvogel unter diesen Formern, so muß er am Lohntag noch den Beitrag für die Kranken- und Invaliditäts-Versicherung mitbringen. Ist es doch vorgekommen, daß ein Former ein Stück von 2,50 Mk. „wrack" goß und ihm dafür noch extra 50 Pf. Strafe abgezogen wurde. Er hatte also 3 Mk. zu zahlen — ein sehr rentables Geschäft für den Oberscharfmacher Krefelds! Die meisten älteren Former haben es auch vorgezogen, diesem Eldorado den Rücken zu kehren. Wie nötig Schroer's fortwährend Former braucht, kann man aus dem Deutschen Arbeitsmarkt erfahren, wo er anscheinend Abonnent im Annoncieren ist. Das Schönste leistet sich dieser sehr „christliche" Herr seit einigen Wochen. Er stellt Leute ein für die Arbeit an den Formmaschinen. Die Arbeiter müssen sich kontraktlich verpflichten, ein Jahr bei ihm zu arbeiten. Ihr Lohn beträgt 35 Pf. die Stunde in den ersten Wochen, dann arbeiten sie mit einem gelernten Maschinenformer zusammen im Akkord. Den so Angelernten wird jede Woche 1 Mk. am Lohn einbehalten, die sie am Jahresschluß zusammen ausbezahlt erhalten. Verläßt einer aber eher diese Bude, so ist er des Geldes verlustig. Außerdem bekommt jeder von seinem Lohne 15 Prozent abgezogen, die der gelernte Maschinenformer erhält. Haben dann die Beiden je 24 Mk. verdient, erhält der eine 19,40 Mk., der andere 27,60 Mk. In welch raffinierter Weise diese Firma zu Werke geht, geht auch daraus hervor: Ein Maschinenformer wollte die 15 Prozent von seinem Kollegen nicht haben, er wollte den Verdienst gleich geteilt wissen. Das gab es aber nicht, er bekam zwar nichts dazu, aber dem anderen wurde doch abgezogen. Um dieses System aufrecht erhalten zu können, zieht der „Kalkulator" Sonntags in den Wirtschaften herum und sucht Leute zu veranlassen, bei der Firma in Arbeit zu treten. Welche traurige Rolle der Formermeister Joachim in der Bude spielt, läßt sich schon daraus erkennen, daß er einem Former für ein Stück Arbeit, woran er 15 Stunden gearbeitet hatte, 3 Mk. bot. Ein richtiger Handlanger des Kapitals. An die Former dieser Bude muß dringend appelliert werden: Tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, damit dem System Schroers ein Ende bereitet werden kann.

Mannheim. Am 14. Januar hielten die Former und Gießereiarbeiter ihre Jahresversammlung ab. Nach dem Berichte war das verflossene Jahr ein sehr arbeitsreiches und in gewisser Hinsicht auch erfolgreiches. Sind wir doch von 439 im letzten Geschäftsjahr organisierten Kollegen auf nahezu das doppelte, 805, gestiegen. Daß die Arbeitsverhältnisse nicht die rosigsten sind, wird schon mancher Kollege, der von auswärts kam und hier in Arbeit trat, erfahren haben; es beweist dies auch die hohe Zahl der von hier wieder abgereisten Kollegen. Wann doch nicht weniger als 48 Budenversammlungen nötig, um auch nur einigermaßen annehmbare Zustände zu schaffen. Hatten wir vor Jahresfrist noch Buden, wo nicht ein einziger Kollege organisiert war und wo wir deshalb keinerlei Verbindung hatten, so können wir jetzt konstatieren, daß es auch nicht eine einzige Bude mehr gibt, wo wir keinen festen Fuß gefaßt haben. In den meisten Fällen gelang es uns, die Überstunden abzuschaffen oder einen Zuschlag von 25 Prozent zu erlangen. Auch in hygienischer Beziehung sind wir einen guten Schritt vorwärts gekommen, und es beweist auch hier wieder unsere Organisation, daß nur sie allein imstande ist, die Kollegen auf eine höhere Kulturstufe zu erheben. Leider hat uns die Erfahrung gelehrt, daß wir durch die Lauheit und Energielosigkeit von Kollegen so manches, was wir erreicht hatten, im Laufe des Jahres wieder verloren haben. Um dieses zu vermeiden, mögen die Kollegen in Zukunft mit noch weit größerer Energie als bisher an dem einmal Erreichten festhalten. Sind doch gerade einige größere Gießereien unsere Schmerzenskinder, indem es ein schweres Stück Arbeit kostet, die Maschinenformer als kampffähige Mitglieder zu erhalten. Und es herrschen doch hier noch Zustände, die man kaum für möglich halten sollte in der größten südwestdeutschen Industriemetropole. Jedoch haben wir die Hoffnung und die Aussicht, Remedur schaffen zu können. Daß die Löhne zum überwiegenden Teil nicht die besten sind, das beweisen die von uns im Mai und Dezember aufgenommenen Statistiken; was das heißt, bei einem so teueren Pflaster wie in Mannheim menschenwürdig leben zu können, weiß der am besten zu beurteilen, der schon hier gearbeitet hat. Und nun liegt es an unseren organisierten Kollegen selbst: wollen wir mit der Erhöhung der Lebensbedingungen gleichen Schritt halten, müssen alle mit Hand anlegen, um bis zum Schlusse dieses Jahres auch den letzten Mann in unsere Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, zu bringen. Sämtliche Agitationskomiter-Mitglieder wurden per Akklamation wiedergewählt.

Klempner.

Düsseldorf. Der Streik bei der Firma Ed. Dörries ist beendet. Die in Benrath arbeitenden Kollegen erhielten eine Lohnzulage von 50 Pf. pro Tag.

Metallarbeiter.

Aue i. Erzgeb. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schnitt- und Stanzenbranche. Im Schnitt- und Stanzenbau geht das Geschäft lebhaft. Dies geht auch daraus hervor, daß von Zeit zu Zeit nicht nur in den hiesigen, sondern auch in den Chemnitzer, Leipziger 2c. Zeitungen tüchtige Schnitt- und Stanzenbauer bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung, wie es da heißt, gesucht werden. Weiter ist ein Zeichen dafür, daß das Überstundenmachen in einigen Betrieben fast zur Regel geworden ist. Man sollte nun meinen, daß, wenn das Geschäft so gut geht und eine lebhafte Nachfrage nach tüchtigen Arbeitskräften ist, sich auch die Löhne in entsprechender Höhe bewegen sollten. Das ist jedoch nicht der Fall. Sie bewegen sich auf einer mehr als bescheidenen Höhe. Die Folgen davon sind, daß viele wirklich leistungsfähige Arbeiter der hiesigen Gegend den Rücken kehren, weil sie wissen, daß ihre Arbeitskraft anderswo besser bezahlt wird. Daher auch die Inserate nach „tüchtigen Schnitt- und Stanzenbauern". Würden die hiesigen Unternehmer ihre Leute besser bezahlen, dann hätten sie keine Not an tüchtigen Arbeitern. Eine unter den hiesigen Schnitt- und Stanzenarbeitern veranstaltete Umfrage ergab nun folgendes Bild über die Lohnverhältnisse und die Arbeitszeit in dieser Branche. Beantwortet wurden die Fragebogen von 50 Arbeitern (Schlossern und Drehern). Die Umfrage erstreckt sich auf eine Zeit bis zu acht Wochen, so daß das gewonnene Bild wohl Anspruch auf ziemliche Genauigkeit machen darf. Diese 50 Arbeiter verteilen sich auf vier Betriebe. Auf den größten Betrieb kommen 20 Arbeiter. Die Erzeugung von Schnitten bildet in diesem Betrieb die Unterabteilung einer großen Maschinenfabrik. Die von dieser Fabrik bezahlten Löhne sind als die höchsten der Branche in hiesiger Gegend zu bezeichnen. Aber trotzdem, zieht man in Betracht, daß es zum größten Teil ältere, also eingerichtete Leute sind — 15 sind mehr als fünf Jahre im Betrieb tätig — so ist der bezahlte Stundenlohn immer noch sehr bescheiden zu nennen, zumal vom Schnittmacher in erster Linie ein exaktes Arbeiten verlangt wird. Von den in Frage stehenden 20 Mann befinden sich nur zwei im Alter unter 25 Jahren, diese verdienen 28 und 29 Pf. die Stunde. Neun sind im Alter zwischen 25 und 30 Jahren und haben Stundenlöhne von 29 bis 39 Pf., neun sind über 30 Jahre alt, ihr Stundenlohn beträgt 31, 32, 33, 34, 39, 40 und 45 Pf. Der Höchstlohn von 45 Pf. wird nur von zwei Arbeitern erreicht, diese sind 33 und 34 Jahre alt und je 15 Jahre im Betrieb tätig. Die normale Arbeitszeit war 130 Stunden in 14 Tagen. Was also durch zu niedrige Stundenlöhne nicht erreicht wird, versucht man durch lange Arbeitszeit wettzumachen. — Der zweite befragte Betrieb ist eine Spezialwerkstatt für Schnitt- und Stanzenbau. Beantwortet wurden die Fragebogen von 19 Kollegen, die über 43 Lohnfrage Aufschluß gaben. Von den 19 Arbeitern sind fünf noch nicht 20 Jahre alt, zehn sind zwischen 20 bis 25 Jahre, zwei zwischen 25 und 30 Jahre, zwei über 30 Jahre alt. Von den fünf jüngsten erhalten je zwei 22 und 25 Pf. Stundenlohn, der fünfte 29 Pf., von den zehn im Alter zwischen 20 bis 25 Jahren erhalten vier 25, zwei 26 und je einer 27, 28 und 29 Pf., die zwei im Alter zwischen 25 und 30 Jahren 31 und 35 Pf. und die zwei über 30 Jahre 30 und 38 Pf. Stundenlohn. Also nur ein einziger von diesen 19 Arbeitern erhält mehr als 30 Pf. Stundenlohn. Da kann von „gutlohnender" Arbeit nicht die Rede sein. Da nun aber ein gewisses Lohnminimum erreicht werden muß, um leben zu können, so wird die Arbeitszeit ausgedehnt, die zahlreich vorliegenden Aufträge bieten die beste Gelegenheit dazu, um dann mit „hohen" Löhnen prahlen zu können. Aber in welcher Arbeitszeit werden sie erreicht? 130 Stunden in 14 Tagen ist das Minimum, die längste Arbeitszeit, die aus einem vorliegenden Fragebogen ersichtlich ist, beträgt 167 Stunden in 12 Arbeitstagen. Von 43 Fragebogen weisen 15 eine Arbeitszeit von mehr als 130 Stunden in 14 Tagen auf (12 Arbeitstage) und trotzdem wurde der Lohn von 50 Mk. in 14 Tagen nur von einem Arbeiter ganz unbedeutend überschritten. Zehn Arbeiter erzielten einen Lohn von weniger als 30 Mk. und 27 von 30 bis 40 Mk. Daraus geht deutlich hervor, daß lange Arbeitszeit nicht auch hohen Lohn bringt. — Im dritten Betrieb haben sieben Arbeiter im Alter zwischen 21 und 29 Jahren die Fragebogen ausgefüllt. Der Stundenlohn beträgt bei drei Mann je 24 Pf., der Lohn der anderen ist 27, 29, 32 und 35 Pf. Trotz der ungeheuerlich langen Arbeitszeit von 157 Stunden in 12 Arbeitstagen beträgt der Höchstlohn nur 45,50 Mk. — Der vierte Betrieb ist ebenfalls nur die Unterabteilung einer Maschinenfabrik. Hier wurden 11 Fragebogen ausgefüllt. Der Stundenlohn schwankt zwischen 26 und 36 Pf., der Verdienst in 14 Tagen zwischen 32,13 Mk. und 61,20 Mk. Der letztere wurde allerdings bei einer Arbeitszeit von 170 Stunden in 12 Arbeitstagen erreicht. Auf den 11 Fragebogen war achtmal eine längere Arbeitszeit als 130 Stunden in 12 Arbeitstagen angegeben. Also, wer „dauernde" Arbeit haben will, der komme nach dem Erzgebirge. — Das angeführte dürfte wohl den Arbeitern der Schnitt- und Stanzenbranche in Aue ein Spiegel sein, aus dem sie ihr eigenes Lohn- und Arbeitsverhältnis ersehen können. Ein schönes Bild zeigt sich ihnen ja gerade nicht. Den auswärtigen Arbeitern dieser Branche aber dürfte es eine Mahnung sein, bei Annahme von Arbeitsangeboten nach hiesiger Gegend recht vorsichtig zu sein, um sich vor Enttäuschung und Schaden zu bewahren. An die Auer Schnittbauer aber, die sich gewissermaßen noch immer als so eine Art Aristokratie unter den Metallarbeitern dünken, ergeht die dringende Mahnung: laßt den falschen Stolz fallen und schließt euch eurer Berufsorganisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bis auf den letzten Mann an!

Bautzen. Aus was für fragwürdigen Elementen mitunter die Arbeitswilligen bestehen, zeigt folgendes: Als vor zirka 2 Jahren die Former in der hiesigen Waggonfabrik wegen Differenzen ausgesperrt wurden, fand sich auch ein Arbeitswilliger namens Lehmann. Obwohl er nur Rostäbe formen konnte, erhielt er doch einen Stundenlohn von 40 Pf., hätte er in Akkord arbeiten müssen, würde sein Wochenverdienst höchstens 10 bis 12 Mk. betragen haben. Dieses Arbeitswilligen wegen mußte seinerzeit ein Kollege zwei Tage Gefängnis wegen „Belästigung" verbüßen, weil er Lehmann auf das Verwerfliche seines Tuns aufmerksam machte. Lehmann hat inzwischen das ihm von der Fabrik geschenkte Vertrauen mißbraucht, er konnte es nicht unterlassen, die Fabrik zu bestehlen. Es ist es wiederholt vorgekommen, daß in der Gelbgießerei Rotgußtiegüsse und Kupfer abhanden kamen. Der Täter war aber lange nicht zu ermitteln. Dadurch sicher gemacht, unternahm Lehmann gleich etwas „Großes", er stahl in der Nacht vom 12. zum 13. Januar aus dem Schmelztiegel 65 Kilogramm Kupfer. Als er das Kupfer an den Mann bringen wollte, wurde Lehmann gleich festgenommen. Da er den Diebstahl eingestand, wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Lehmann fragte darauf bei Direktor Busch, ob er bis zu seiner Verurteilung weiterarbeiten könne. Dieses wurde aber abgelehnt. Ob die Firma daraus die Lehre zieht, sich in Zukunft solcher „Ausreißer" nicht mehr zu bedienen?!

Bochum. Im Walzwerk III der Westfälischen Stahlwerke sind 30 Walzer in den Streik getreten wegen Einführung von Akkordarbeit. Zuzug ist fernzuhalten.

Brandenburg a. H. Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen ist von hier gänzlich fernzuhalten, da bei Gebrüder Reichstein ein Streik ausgebrochen ist.

Colmar. Wir sind in der Lage zu berichten, daß hier in vier größeren Werkstätten die 10stündige und in einer die 10½stündige Arbeitszeit eingeführt worden ist. Dieses Entgegenkommen der fünf Unternehmer ist an sich lobenswert, wir bezweifeln aber, daß es einem reinen Humanitätsgefühl entsprossen ist, es soll wohl auch dazu dienen, den Eifer unserer Kollegen für die Kräftigung der Organisation am Orte zu lähmen und die uns noch fernstehenden Kollegen vom Eintritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband abzuhalten. Wir hoffen aber, daß die übrigen Unternehmer, die noch 11 und 11½ Stunden täglich arbeiten lassen, dem Beispiel bald folgen und auch eine bessere Entlohnung der Arbeiter im allgemeinen eintreten lassen werden. Daß die hiesigen Lohnverhältnisse zu der gegenwärtigen Lebensmittelteuerung in keinem Verhältnis stehen, muß jeder Mensch begreifen. Gibts hier doch Fälle, wo ausgelernte Arbeiter von ihrem Lehrmeister mit 1,40 Mk. bis 1,60 Mk. entlohnt werden. Was die Mißstände und die Behandlung der Arbeiter betrifft, so wollen wir vorläufig die einzelnen Werkstätten nicht unter die Lupe nehmen, wenn aber keine besseren Verhältnisse eintreten, werden wir darüber noch Betrachtungen anstellen. — Kollegen, laßt euch ja nicht einschläfern, sondern agitiert kräftig für den Deutschen Metallarbeiter-Verband. E. R.

Eberswalde. Die Arbeiter der Radiatorenwerke haben die Arbeit eingestellt. Zuzug ist fernzuhalten.

Finsterwalde. Über die hiesige Fahrradfabrik von Prochnow & Bergemann, „Marke Blücher", sind schon zu wiederholten Malen Klagen über Lohnabzüge eingegangen. Im Oktober vorigen Jahres hat der Chef einen größeren Lohnabzug vorgenommen mit der üblichen Ausrede, sonst nicht konkurrenzfähig zu sein. Die Arbeiter haben dies stillschweigend über sich ergehen lassen und nur eine Faust in der Tasche gemacht. Und wiederum ist jetzt der Chef an die Arbeiter der Montierung mit einem Lohnabzug herangetreten. Auch die tägliche Arbeitszeit ist eine viel zu lange, sie beträgt 11½ Stunden. Dies ist die längste Arbeitszeit an unserem Orte. Daß die Arbeiter gegen diese Arbeitszeit nicht schon längst Front gemacht haben, ist nicht zu begreifen. Sogar die Textilarbeiter, die bisher eine elfstündige Arbeitszeit hatten, sind in eine Bewegung zur Erreichung der zehnstündigen Arbeitszeit eingetreten. Bei dieser überlangen Arbeitszeit, die noch durch Überstunden verlängert wird, muß der Arbeiter ja dem Siechtum verfallen. Wer etwa glaubt, daß bei dieser überlangen Arbeitszeit jetzt etwas ordentliches verdient wird, der ist ordentlich im Irrtum. Die gelernten Arbeiter gehen die Woche mit 15 bis 22 Mk. zu Hause, selten daß einer etwas höher kommt. Wenn die Frauen hier nicht mit verdienen würden, mit diesem Lohne wäre unmöglich auszukommen. Der Stundenlohn für ungelernte Arbeiter beträgt 20 Pf. Fängt ein ungelernter Arbeiter in dieser Fabrik an, so erhält er gleich Arbeit in Akkord und kann die ersten paar Wochen mit 7 bis 12 Mk. zu Hause gehen. Auch kann man in der Fabrik nicht von arbeiten reden, sondern nur von schuften. Das Schmarotzertum ist auch in voller Blüte. Den auswärtigen Kollegen raten wir, vor Arbeitsannahme an unserem Orte sich erst an die Ortsverwaltung zu wenden. Den hiesigen Kollegen aber rufen wir zu, besser wie bisher zu agitieren und die Mitgliederversammlungen zu besuchen. — Nachschrift. Die Arbeiter sind inzwischen in den Ausstand getreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Klingenberg a. M. Den Zuständen in der Reparaturwerkstätte der Tonindustrie Klingenberg a. M., Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Albertwerke), müssen wir einige Worte widmen. Ganz besonders ist es der technische Beamte, der, wie man sich in die Ohren raunt, früher selbst den blauen Kittel getragen hat, mit dem die Arbeiter unzufrieden sind. Seine Anordnungen können keinem Schlosser Respekt einflößen, weil sie von einer auffallenden Unkenntnis in technischen Dingen zeugen. So hat er vor kurzem auch einem Kollegen eine Arbeit aufgetragen, die absolut nicht auszuführen war. Und als der Kollege dem Herren darüber Vorhalt machte, äußerte dieser: „Ich glaube, ich habe einen Ochsen oder ein Kamel vor mir stehen." Dem Herren ist nach dieser Leistung die Anschaffung und das Studium von Knigges Umgang mit Menschen dringend zu empfehlen. — Die Lohnverhältnisse in diesem Betrieb lassen auch viel zu wünschen übrig. So hat der beste Schlosser nur einen Stundenlohn von 37 Pf., dann folgen drei Mann mit je 32 Pf. und vier Mann mit je 30 Pf. Das Durchschnittsalter aller dieser Arbeiter ist 28½ Jahre. Die Kollegen hoffen, daß es unter dem Regime des neu eintretenden Direktors besser werden wird.

Ludwigshafen a. Rh. Bis diese Zeilen im Druck erscheinen, hat das „große Ereignis" seinen Abschluß schon gefunden, nämlich der schon kurz gemeldete Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Auch der größte Optimist hätte vor kurzer Zeit wohl nicht daran gedacht, daß auch in diesem Betrieb die Arbeiter gegen die unerhörte, seit Jahren geübte Unterdrückung Front machen würden. Und doch geschah es. Dabei darf man sich nicht verhehlen, daß es eigentlich von Anfang an ein wilder Streik war. Erst durch das Eingreifen der Organisationsvertreter und des Genossen Ehrhart gelang es, die wild schäumende Bewegung in geordnete Bahnen zu lenken und mit einem nennenswerten Erfolg für die Arbeiter zu beenden. Wundern darf man sich freilich darüber nicht, daß den Arbeitern die Galle einmal überlief. Diese Vetternwirtschaft, dies mit aller Raffinesse großgezogene Günstlingssystem, verbunden mit brutaler Unterdrückung jeder auch nur halbwegs freien Meinungsäußerung, hatte schon längst eine Stimmung bei einem Teile der Arbeiter erzeugt, die vermuten ließ, daß über kurz oder lang Differenzen ausbrechen werden. Als Beispiel für die hier herrschende Stimmung mag Folgendes dienen. Als die Fabrik wegen Gasmangel von der Stadt Gas beziehen wollte und die Ventile der städtischen Leitung geöffnet wurden, um an die Anschlußleitung der Fabrik Gas abzugeben, legten sofort die städtischen Gasarbeiter die Arbeit nieder und nahmen die Arbeit erst dann wieder auf, als in Gegenwart des Polizeiinspektors und des Reichstagsabgeordneten Genossen Ehrhart die Ventile wieder geschlossen und plombiert wurden. Kurz und gut, die jahrelang angesammelte Unzufriedenheit gegen die „Große", wie die Fabrik hier genannt wird, kam überall zum Vorschein und nahm zu, als sich das Gerücht verbreitete, daß die Direktion keine Zugeständnisse machen wolle, sondern versuchen werde, die Abteilungen, deren Arbeiter streikten, durch Arbeiter anderer Abteilungen in Betrieb zu halten. Doch dies mißlang völlig. Jeder der zur Streikarbeit befohlenen weigerte sich, zum Verräter zu werden, weder Drohungen noch Versprechungen nützten, sondern Abteilung um Abteilung „putzte die Platte". Da erreiste der erste Direktor und Generaldirektor von Brunk wurde telegraphisch aus Italien herbeizitiert. Es scheint, daß dieser Herr schon bisher weniger den Scharfmacherstandpunkt vertrat. Mit ihm wurde verhandelt, und wenn auch kein voller Erfolg, so wurden dann doch wesentliche Zugeständnisse errungen. Alle Arbeiter erhalten eine Lohnaufbesserung von 10 Prozent. Die Überstunden werden künftig mit 25 Prozent, Sonntagsarbeit mit 25 bis 50 Prozent und die Arbeit an den drei hohen Festtagen mit 100 Prozent entlohnt. Das Wesentlichste ist jedoch, daß die sogenannten Prämien- und Gutmachgelder in Zukunft in Wegfall kommen, und dort, wo solche bezahlt wurden, in festen Lohnsatz umgewandelt und dem Lohne zugeschlagen werden. Gerade das System der Gutmachgelder 2c. hat die Korruption unter den Arbeitern so ungeheuer gefördert und diente so recht zur Verschleierung der bezahlten niederen Löhne. Für uns Metallarbeiter bedeutet der Verlauf der Bewegung ebenfalls einen wesentlichen Erfolg. Es arbeiten in diesem Riesenbetrieb, einschließlich zirka 200 Spengler, zirka 1200 Metallarbeiter. Die Zugeständnisse bedeuten auch für unsere Kollegen Aufbesserungen von 25 bis 60 Pf. pro Tag. Aber damit ist noch lange nicht allen sehr berechtigten Wünschen

unserer Kollegen Rechnung getragen. Die Lohnverhältnisse in diesem Betrieb sind ungeheuer verschieden. Arbeiter, die ganz genau gleiche Arbeit machen, erhalten oft Löhne, die um zehn und mehr Pfennig stündlich differieren. In sanitärer Hinsicht sieht es gerade bei den Metallarbeitern sehr traurig aus. Hoffentlich lernt die Direktion aus den Vorgängen der letzten Tage und kommt den Arbeitern künftig mehr entgegen wie bisher. Eines muß jedoch zugestanden werden: was wir mit aller Mühe bisher nicht fertig brachten, unsere dortigen Kollegen in ihrer Gesamtheit aufzurütteln, die Vorgänge der letzten Tage brachten es fertig. So sprach Kollege Vorhölzer am Montag den 28. Januar in einer Versammlung, in der wohl über 1000 Kollegen anwesend waren, und in einer Versammlung der Spengler des Werkes, die wohl auch vollzählig vertreten waren. Er setzte den Kollegen die Gefahr in aller Deutlichkeit auseinander, in der sie in den letzten Tagen sich befunden haben und wies auf das Gefährliche eines so planlosen Vorgehens hin, wie die ohne eigentliche Organisation inszenierte Bewegung war. In den Versammlungen herrschte ein mustergültiger Ernst und helle Freude darüber, daß es gelungen war, die Arbeiter von dem Nutzen einer gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen. Unsere Ortsverwaltung hatte in den letzten Tagen aus der „Großen" über 400 Aufnahmen zu verzeichnen, so daß wohl an 800 Kollegen dort jetzt organisiert sein dürften. Den Kollegen aber legen wir dringend ans Herz, der Organisation auch treu zu bleiben und nicht wieder in den alten Schlendrian zu verfallen. Die Organisation allein ist es, die dem Arbeiter helfen kann und hilft, dies haben die letzten Tage bewiesen. Zum Schlusse wollen wir eines noch erwähnen: die „Christlichen". Wie die reinsten Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes suchen diese Leute überall nach Beute. So auch hier. Obwohl sie keinen einzigen Mann bei der Bewegung beteiligt hatten, wagte es einer der christlichen „Führer", ein gewisser Scheerer aus Offenbach, in der einen Versammlung, die vom Hilfsarbeiterverband einberufen war, für seine Organisation (den christlichen Metallarbeiter-Verband) Stimmung zu machen und ihn den Arbeitern zu empfehlen. Er wurde aber verdientermaßen gründlich ausgelacht. Diese Leutchen, die keinen Finger krumm gemacht hatten, die auf die ganze Bewegung und ihren Verlauf so einflußlos waren wie nur etwas, suchen sich, als die Sache gut verlaufen, als die „Retter des Kapitols" (denen sie ja vielleicht, was Verstand anbelangt, nicht viel nachstehen) hinzustellen. Man durchschaut sie jedoch und jeder denkende Arbeiter in Ludwigshaven wird auch die Überzeugung gewonnen haben, daß es nur die freien Gewerkschaften sind, die die Interessen der Arbeiter vertreten. Für die Ausbreitung der freien Gewerkschaften zu sorgen, ist deshalb verdammte Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Kollegen. — Im Anschluß hieran sei noch erwähnt, daß die Beamten der Fabrik vor einiger Zeit um eine Teuerungszulage nachsuchten. Sie wurden aber ziemlich barsch abgewiesen. Möge ihnen das eine Mahnung sein, sich auch zu organisieren. Gelegenheit dazu ist ihnen jetzt gegeben durch das Bestreben des Verbandes der technisch-industriellen Beamten (Sitz Berlin).

Mannheim. Wie in No. 4 dieser Zeitung berichtet ist, haben die Arbeiter des Stahlwerks Mannheim geringfügige Forderungen gestellt. Um diese durchzudrücken, wurden alle Überstunden rundweg verweigert. Die Direktion suchte die Sache hinauszuziehen, um willige Arbeitskräfte herbeiholen zu können. Es erfolgten auch mehrere Neueinstellungen. Dadurch spitzte sich die Sache zu und es folgten Maßregelungen, worauf am Dienstag den 23. Januar die Arbeit niedergelegt wurde. Die Unterhandlungen mit der Direktion verliefen zuerst erfolglos; jedoch gelang es schließlich, vor dem Gewerbegericht am 27. Januar eine Einigung zustande zu bringen. Die Vereinbarung lautet: „1. Der Wunsch der Arbeiter auf Erstellung von Heizungsöfen findet folgende Erledigung: In der Dreherei sind solche Oefen bereits vorhanden; im Martinwerk sind sie nicht erforderlich; in der Gießerei und Formerei ist die Direktion bereit, 5 bis 6 Oefen aufzustellen, vorausgesetzt, daß die Verhandlungskommission respektive der Arbeiterausschuß ihr geeignete Plätze bezeichnet, an denen die Aufstellung erfolgen kann. Es dürfen auch die bereits vorhandenen Oefen verwendet werden, soweit sie ohne allgemeine Rauchbelästigung dazu verwendbar sind; das zeitweilige Rauchen während des Anfeuerns und Frischauflegens ist nicht zu beanstanden. 2. Jedem Gießereiarbeiter wird, soweit dies nicht jetzt schon der Fall, ein Wassereimer zur Verfügung gestellt, in dem er sich das kalte Wasser zum Waschen an geeigneten Stellen (auf den glühenden Gußstücken beziehungsweise Blöcken) anwärmen kann. Die Dreharbeiter können zum Anwärmen in den Oefen glühend gemachte Eisen verwenden. Sofern derartige Wärmkörper nicht vorhanden sind, steht den Arbeitern im Badehause warmes Wasser zur Verfügung, und zwar wird die Direktion dafür Sorge tragen, daß solches stets zur Mittagszeit und zur Zeit des Schichtwechsels bereit gehalten wird. 3. Bezüglich der Materialbeschaffung erklärt sich die Verhandlungskommission durch die heutigen Ausführungen des Direktors zufriedengestellt; die Direktion versichert, daß sie auch künftig stets, wenn ein Materialmangel ihr zur Kenntnis gebracht wird, sofort für Abhilfe sorgen wird. 4. Was die Behandlung der Arbeiter durch die Vorgesetzten angeht, so erklärt die Direktion, daß sie stets auf korrekte Behandlung der Arbeiter achten wird, daß sie aber auch ihrerseits verlangen muß, daß die Arbeiter den Betriebsleitern und Meistern gegenüber sich nicht ungehörig benehmen. 5. Künftig werden am 15. und 30. jeden Monats Abschlagszahlungen, am 23. und 8. jeden Monats Vollzahltage stattfinden; für die nächsten Wochen sind geringfügige Verschiebungen nicht ausgeschlossen. Die Direktion wird im Verein mit der Betriebsleitung in Erwägung ziehen, ob es sich ermöglichen läßt, für die Abschlagszahlungen und Vollzahltage bestimmte Wochentage festzusetzen; ein Versprechen in dieser Beziehung kann die Direktion nicht abgeben. 6. Für Überstundenarbeit wird in der Zeit von abends [illegible] Uhr bis 9 Uhr ein Zuschlag von 15 Prozent, für die Zeit nach 9 Uhr ein Zuschlag von 30 Prozent bezahlt. Fängt ein Arbeiter morgens vor Beginn der regelmäßigen Arbeitszeit an, so beginnt für ihn die Bezahlung der Überstunden abends entsprechend früher. Beträgt die Überarbeit nicht mindestens eine volle Stunde, so fällt die Zahlung des Zuschlages weg. Überstunden sind tunlichst zu vermeiden; die Zahlung des obigen Zuschlags kann nur dann verlangt werden, wenn die Überarbeit auf Anordnung der Betriebsleitung oder des Meisters erfolgt ist. 7. Die Ausständigen werden alle wieder eingestellt; über die Zeit und den fortschreitenden Vollzug der Wiederaufnahme der Arbeit bleibt weitere Verständigung zwischen der Direktion und der Kommission vorbehalten. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, während andererseits die Ausständigen sich verpflichten, alle Belästigungen der im Betrieb verbliebenen Arbeitswilligen zu unterlassen." Diesen Vereinbarungen stimmte die Arbeiterschaft zu. Für die Arbeiter des Stahlwerks ergibt auch diese Bewegung wieder die so alte, aber immer wieder unbeachtete Lehre, daß es erste Erfordernis für einen Arbeiter ist, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, denn nur diese ist imstande, dem Unternehmertum mit Erfolg entgegenzutreten.

M.-Gladbach. Das Schiedsgericht in Sachen Zimmer contra Bücken in M.-Gladbach erkannte nach eingehender Beratung wie folgt: Dem Kollegen Bücken wird in Betracht, daß ihm mildernde Umstände zugebilligt werden, eine Rüge erteilt, weil er, entgegen dem [illegible] [illegible] die Verbandsinteressen [illegible] zu lassen, zur Selbsthilfe gegriffen [illegible] und Kollegen [illegible]. Die Handlungsweise der Kollegen, die wegen Bücken aufgehört haben, konnte das Schiedsgericht nicht für korrekt ansehen. Für das Schiedsgericht: [illegible], Vorsitzender.

Oelde i. W. Die meisten hiesigen Arbeiter hatten die Hand in der Tasche und schimpften über die [illegible]. Aber trotz aller Mühe, die sich die organisierten Arbeiter gaben, sie darüber zu belehren, daß ohne eine starke Organisation eine Verbesserung der Verhältnisse unmöglich ist, gehen sie mit Hohnlachen darüber hinweg, ja sie arbeiten sogar mit allen möglichen Mitteln dem Deutschen Metallarbeiter-Verband entgegen. Sie gehen so weit, für den katholischen Arbeiterverein Propaganda zu machen, dessen Präses ein Geistlicher ist und der kein Mittel scheut, die Arbeiter vor dem Verband und der Sozialdemokratie graulich zu machen. In nächster Zeit soll hier auch ein christlicher Gewerkverein gegründet werden. Um „tüchtige" Verbandsmitglieder zu erhalten, werden jetzt schon Unterrichtskurse abgehalten, in denen hauptsächlich über die Bekämpfung der Sozialdemokratie und deren Anhänger gelehrt wird. Den Unternehmern ist es allerdings sehr recht, daß die Geistlichkeit die Arbeiterbewegung in Oelde zu spalten verstanden hat, wissen sie doch ganz genau, daß sie deshalb ihren Profit sicher einstreichen und den Arbeitern immer mehr abzwacken können. Wegen des Murrens und Fäusteballens brauchen sie sich unter diesen Umständen keine grauen Haare wachsen zu lassen. Die Konjunktur ist hier zurzeit sehr günstig, stellenweise wird Tag und Nacht gearbeitet. Es werden auch in den Zeitungen Arbeiter (Schlosser und Dreher) gesucht. Arbeiter, die sich unbeliebt gemacht, werden aufs Pflaster geworfen. Die Löhne schwanken hier von 2,30 Mk. bis 3,50 Mk., aber die Lebensverhältnisse und Wohnungsmieten sind denen anderer Städte gleich. Viele Arbeiter treiben hier allerdings noch etwas Ackerwirtschaft und Viehzucht, sie meinen, dabei einen riesigen Verdienst zu haben, vergessen aber, daß sie im Sommer jeden Tag fast regelmäßig um 3 oder 4 Uhr morgens aufstehen und abends bis 10 Uhr auf dem Lande arbeiten. Außerdem muß die Frau die meiste Zeit auf die Landarbeit verwenden, für den Haushalt und die Kindererziehung ist nur sehr wenig Zeit vorhanden. — Die organisierten Kollegen ersuchen wir, mit allen Kräften für unsere Sache zu agitieren, dann wird es auch in Oelde möglich sein, bessere Verhältnisse zu schaffen. Nur durch Einigkeit können wir in dem schweren Kampfe siegreich sein. Hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Stettin. Die hiesige Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hielt am 28. Januar ihre Hauptversammlung ab. Zunächst erstattete Kollege Faber den Jahresbericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung und über die Ereignisse in der Organisation. Auch über die verschiedenen Bewegungen, die der Verband in Stettin im Laufe des Jahres zu verzeichnen hatte, wurde ausführlich berichtet. Am Schlusse des ersten Quartals rechnete der Verband mit 1154 Mitgliedern, 13514 Wochenbeiträgen und für die Lokalkasse mit 1634,98 Mk. Schulden ab. Das 2. Quartal brachte am Schlusse 1239 Mitglieder mit 13616 Beiträgen und für die Lokalkasse die Deckung sämtlicher Schulden. Im 3. Quartal wurden 1424 Mitglieder mit 17211 Wochenbeiträgen verrechnet, während die Lokalkasse einen Überschuß von 539,04 Mk. aufwies. Das 4. Quartal endlich zeigte einen Mitgliederbestand von 1663 mit 18833 Beiträgen. Für die Lokalkasse verblieb ein Überschuß von 1373,43 Mk. Demnach ist ein Mitgliederzuwachs von 580 im letzten Jahre zu verzeichnen, wobei ausdrücklich bemerkt sei, daß die 1663 Mitglieder mit 12½ Wochenbeitrag im letzten Quartal in Anrechnung kamen. Die Gesamteinnahme für die Hauptkasse pro 1905 inklusive Bestand beträgt 45655,75 Mk. und für die Lokalkasse 12879,69 Mk. Die Ausgaben für die Hauptkasse an Unterstützungen betragen 9738,57 Mk., die Lokalkasse zahlte an Unterstützungen auch noch 5740,49 Mk. Für das Gewerkschaftskartell und das Arbeitersekretariat wurden 787,50 Mk. gezahlt. Zur Erzielung dieses Resultats habe nicht zum wenigsten die geregelte Geschäftsführung beigetragen, die erst möglich war mit der Anstellung des besoldeten Beamten, der nun noch eine weitere Anstellung folgte. Kollege Happich erstattete darauf den Kassenbericht vom 4. Quartal für die Haupt- und Lokalkasse. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit beider Berichte, worauf die Wahlen der Ortsverwaltung, der Turkontrolleure, der Karteldelegierten vorgenommen und andere lokale Angelegenheiten geregelt wurden.

Schmiede.

Stuttgart. In den Reihen der organisierten Schmiede fanden in letzter Zeit in Versammlungen, sowie in einer Reihe von Artikeln in der Schmiedezeitung Diskussionen darüber statt, welche Organisationsform: Industrie- oder Branchen-Verband, die vorteilhafteste für die Schmiede sei. Wir wollen diese Diskussion nicht stören. Allein, da in Nr. 2 der Schmiedezeitung auch der Kollege Braun aus Stuttgart sein Licht leuchten läßt, müssen wir darauf antworten. Braun schiebt die Schuld an den Grenzstreitigkeiten einigen Personen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu. Dann verweist er auf die Zunahme der Mitglieder des Zentralverbandes in Stuttgart, während die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes abgenommen hätten. Die Ursachen dafür werden aber nicht richtig angegeben. Dem Kollegen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der die Branchenleitung der Schmiede führte, waren die Streitigkeiten, die in fast jeder Versammlung mit dem Kollegen Braun sich abspielten, zu dumm geworden, er ließ deshalb die Agitation ruhen. Bei dem großen Wechsel der Kollegen in Stuttgart ist es leicht erklärlich, daß unter solchen Umständen mit niedrigen Beiträgen für etwas Neues leicht Mitglieder gewonnen werden konnten, während von den unseren sehr viele abreisten. Bei jeder Gelegenheit wird auch der Erfolg der Branchenorganisation bei Abschluß des Tarifvertrags in Stuttgart hervorgehoben. Wie steht es mit diesem Erfolg, welche Organisation hat die Interessen der Kollegen am nachhaltigsten vertreten? Bei den Verhandlungen mit der Innung sah sich die Kommission veranlaßt, von den aufgestellten Lohnsätzen je 2 Pf. zurückzugehen, so daß für Jungschmiede der Mindestlohn von 30 Pf. pro Stunde sein sollte. Dieses war notwendig, um eine Einigung herbeizuführen. Trotzdem von der Kommission ein Vorschlag des Gauleiters Ritter vom Schmiede-Verband: für Jungschmiede ein halbes Jahr nach beendigter Lehrzeit 28 Pf. Stundenlohn festzusetzen, abgelehnt wurde, machte Ritter den Meistern dennoch diesen Vorschlag. Die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mußten nicht bloß die Meister überzeugen, daß 3 Mk. pro Tag das mindeste sei zum Leben, sondern vor den Augen der Meister mußte dieses auch dem Gauleiter Ritter beigebracht werden. In der darauf folgenden öffentlichen Versammlung versuchte Ritter es nochmals, den Kollegen die 28 Pf. schmackhaft zu machen. So sah hier die so vielgepriesene Vertretung der Interessen durch einen Branchenangehörigen aus. Auch in verschiedenen anderen Punkten bei den Verhandlungen mußten die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegen Verschlechterungen durch Ritter ankämpfen. Ja, als das [illegible] Benehmen einiger Meister zurückgewiesen wurde, beschönigte Ritter dieses noch. Also von Erfolgen der Branchenorganisation im Interesse aller Kollegen kann hier keine Rede sein. Die von der [illegible] erzielten Erfolge sind anderer Natur und sollen bei dieser Gelegenheit mit erwähnt werden. Vor der Bewegung, als wir auf die Zersplitterung hinwiesen, da berief man sich auf das Schlagwort: „Wenn wir auch getrennt marschieren, vereinigt wollen wir schlagen." In der Kommission, in der der Schmiede-Verband die Mehrheit hatte, wurde vereinbart, jede Stellungnahme zur Lohnbewegung gemeinschaftlich zu treffen. Von den Mitgliedern des Schmiede-Verbandes wurde ein Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zum Ausarbeiten des Tarifs nebst Begründung und als Referent für die öffentliche Versammlung vorgeschlagen und gewählt. Als das der Zentralvorstand in Hamburg erfuhr, erschien die [illegible]: die Metallarbeiter dürfen die Bewegung nicht leiten. Gleich darauf berief der Zentralverband eine öffentliche Versammlung ein und bestimmte den Gauleiter Ritter als Berichterstatter über die Verhandlungen. In einer Kommissionssitzung über das eigenmächtige Vorgehen zur Rede gestellt, versprach man, daß so etwas nicht wieder vorkommen solle. Kaum vierzehn Tage später, bevor die Verhandlungen stattfanden, über die berichtet werden sollte, wurden von Ritter [illegible] zur öffentlichen Versammlung mit dem Referenten Braun [illegible]. Anstatt in der Kommission den Anspruch auf einen Referenten ebenfalls durchzusetzen, hintertrieb man die [illegible], die alles kaum gewagt hätten, wirkliche Erfolge herauszuschlagen. Diese Haltung [illegible] Ritter der Innung die Unterzeichnung der Tarifverträge für die Werkstätten auf Kosten der Organisation. Solche „gemeinschaftlichen" Arbeiten führen zu Unzuträglichkeiten, und die Folge ist heute in Stuttgart die Zersplitterung, so daß es schwer hält, den Tarif, der in vielen Werkstätten durchbrochen wird, aufrecht zu erhalten. Braun führt in seinem Artikel auch in bezug auf mich aus, ich hätte in einer Versammlung in Cannstatt versucht, die Kollegen zum Deutschen Metallarbeiter-Verband herüberzuholen. Das ist unwahr. In jener Versammlung — Braun war nicht anwesend — machte ich auf die Unzuträglichkeiten infolge des Bestehens zweier Organisationen aufmerksam und betonte ausdrücklich, es solle niemand aus meinen Ausführungen annehmen, ich wolle sie dem Schmiede-Verband abwendig machen, jeder solle seiner Organisation treu bleiben. Eine weitere Äußerung: „Die Beamten des Schmiede-Verbandes fressen das meiste Geld weg", ist in jener Versammlung nicht gefallen, sie ist direkt erfunden. Ich hatte der Redaktion der Schmiedezeitung eine diesbezügliche Richtigstellung eingesandt, sie wurde aber nicht aufgenommen. Einem Unternehmer gegenüber versicherte aber kürzlich die Schmiedezeitung, sie besitze einen scharf ausgeprägten Gerechtigkeitssinn. — Also mit solchen Sachen wird für den Branchenverband operiert. Die Entwickelung wird auch hier ihren Lauf nehmen, besser wäre es aber, vorher zur Einsicht zu kommen. Die Unternehmer hätten dem Schmiede-Verband schon lange das Lebenslicht ausgeblasen, wenn sie nicht wüßten, daß die Schmiede dann geschlossen im Deutschen Metallarbeiter-Verband eine größere Macht repräsentieren würden, als es jetzt der Fall ist. Otto Hofenthien.

Werftarbeiter.

Wilhelmshaven. Neue Massendemonstration kaiserlicher Arbeiter. Mittwoch den 31. Januar tagte wiederum eine von etwa 3000 Personen besuchte Versammlung von Arbeitern der Kaiserlichen Werft. Von dem Vorsitzenden Kollegen Andreas wurde das Antwortschreiben der Werftdirektion auf die in der Versammlung am 17. Januar angenommene Resolution mitgeteilt. Es lautet:

Wilhelmshaven, 21. Januar 1906.

Auf die Zuschrift vom 18. Januar 1906 wird Ihnen mitgeteilt, daß der Weg für die Anbringung von Wünschen und Beschwerden der Arbeiter der Kaiserlichen Werft im Paragraph 8, Absatz 2, Ziffer 1 der Arbeitsordnung vorgeschrieben ist. Wodrig.

Diese Antwort erregte allgemeines Lachen. Der als Referent erschienene Kollege Cohen aus Berlin erklärte, daß die Hoffnung weiter Kreise jetzt dahin sei. An Stelle eines gefüllten Portemonnaies hätten sie ein ausgeblasenes Ei erhalten. Es zeige sich, daß auch hier die Arbeiter der Kaiserlichen Werft, wenn es nicht anders gehe, den Mut finden müßten, ihr Wünschen und untertänigstes Bitten zu lassen und mit allem Nachdruck ihre Forderungen zu stellen. Sie könnten dabei höchstens Gefahr laufen, ihre Arbeitsstelle zu verlieren, wie dies Privatarbeitern beim Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen auch geschehe. In 99 von 100 Fällen könnten sich die Arbeiter der Werft aber dabei verbessern, da Privatbetriebe bessere Löhne zahlen als Staatsbetriebe. Da die Marinebehörden das Geld nicht aus eigener Tasche zu zahlen hätten, sollte man annehmen, daß sie eher geneigt seien, den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen, schon um sich zufriedene Arbeiter zu schaffen. Daß dies nicht so ist, hat seinen Grund darin, daß die Großindustriellen, die auch die Klinke der Gesetzgebung in der Hand haben, die Marinebehörden beeinflussen, daß diese keine höheren Löhne zahlen sollen, damit die Privatindustrie dadurch nicht auch gezwungen wird, höhere Löhne zu zahlen. Solange die Arbeiter nicht dazu übergehen, die Langmut und Ängstlichkeit abzulegen und sich nicht getrauen, den Schritt vom Wünschen zum Fordern zu machen, werden sie noch lange auf die Abänderung der Mißstände warten müssen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Glaube niemand, die Werftdirektion wisse nicht, wie ängstlich und schwach die Werftarbeiter sich noch fühlen. Mögen die Resolutionen noch so einstimmig angenommen und die Versammlungen noch so zahlreich besucht werden; solange die Werftdirektion weiß, daß, wenn die Versammlungen vorüber sind, auch der dort herrschende Geist verschwunden ist, und solange nur papierne Resolutionen angenommen werden, für deren Durchführung sich nur wenige Personen ins Zeug legen, ebenso lange wird es mit der Erfüllung der gerechten Forderungen und Wünsche der Werftarbeiter gute Weile haben. Um aber auch den letzten Werftarbeiter von der Richtigkeit dieser Behauptung zu überzeugen, möge auch noch der Weg beschritten werden, den die Werftdirektion verlangt. Es solle sich aber niemand der Illusionen darüber hingeben, daß dabei etwas herausspringen werde. Das habe man schon in Kiel sehen können. Worte habe man immer genug für die Arbeiter gehabt, aber an Taten habe es stets gemangelt. Besser wird es nur, wenn die Arbeiter vernünftiger werden. Den Beweis dafür, daß sie vernünftiger werden, bringen sie aber nicht durch die bloße Annahme einer Resolution, sondern dadurch, daß sie diese auch zur Durchführung bringen. Sie erkennen in der Resolution, die in der letzten Versammlung angenommen worden ist, an, daß die einzige Möglichkeit, die Lage zu verbessern, in der Stärkung der Organisation liegt. Wenn man annimmt, daß die Arbeiter auch ein Mann von Wort sein wollen und sollen, so kann mit Recht verlangt werden, daß bis zur nächsten Versammlung jeder der Anwesenden sein Mitgliedsbuch in der Hand hat. Wenn übrigens die Arbeiter ihren Teil der von ihnen angenommenen Resolution nicht erfüllen, wie können sie sich dann als moralisch berechtigt halten, die Erfüllung des anderen Teiles von der Werftdirektion zu verlangen? Sobald alle zusammenstehen, kann auch keine Maßregelung einzelner vorgenommen werden. Die Vorgesetzten wissen, daß sie die Arbeit nicht allein machen können. Sie werden dann auch die Provokation zu einem Konflikt unterlassen. Die besten Waffen des Arbeiters sind starke Organisation und Einigkeit. Werden dann die Werftarbeiter einmal gezwungen, dem Marinefiskus ihre Arbeitskraft vorzuenthalten, dann wird die gesamte Arbeiterschaft um so mehr auf ihrer Seite stehen, als ja der Kultur hierdurch nicht geschadet würde, wenn die Mordinstrumente, die Kriegsschiffe, einige Wochen später fertig würden. Doch hierzu gehört mehr, als nur eine Resolution annehmen. Möge aber auch die Arbeiterschaft sich nicht zur Bildung einer Unternehmerschutztruppe gebrauchen lassen, wie ein solches Muster der preußische Landrat von Blumenthal gegründet hat. Alle möglichen Vergünstigungen erhalten diese Arbeiter, wenn sie nur das eine tun: Streikbrecher spielen! Jeder Arbeiter mit Ehrgefühl muß ein solches Ansinnen mit Entrüstung zurückweisen. (Lebhaftes Bravo!) Es sind ernste Zeiten, denen wir entgegengehen. Um so mehr hat die Arbeiterschaft von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Die Arbeiterschaft, die dies nicht tut, ist gar nicht wert, daß sie das Koalitionsrecht besitzt. (Lebhafter Beifall.) Geschäftsführer Meyer empfahl die Wahl einer dreigliedrigen Kommission und forderte ebenfalls recht dringend die Unorganisierten auf, sich einer Organisation anzuschließen und die Worte des Referenten zu beherzigen. Nachdem noch der Vorsitzende eingehend auf die eventuellen Konsequenzen aufmerksam gemacht und angefragt hatte, ob die Versammlung gewillt sei, bei einer etwaigen Maßregelung von Kommissionsmitgliedern auch samt und sonders hinter ihnen zu stehen, was mit einem allgemeinen Jawohl beantwortet wurde, erfolgte die Wahl der Kommission. Etwa ein Dutzend Mann kamen durch Zuruf auf die Liste. Die Abstimmung erfolgte nach der Liste, einer von oben und einer von unten. Gewählt wurden einstimmig Schiffszimmermann H. Müller, Torpedoschlosser Becker, Tischler Freudenberg. Hierauf nahm nochmals der Kollege Cohen das Wort und warnte vor dem Prämienlohnsystem. Mit dem Ersuchen des Vorsitzenden, es nicht nur bei dem gespendeten Beifall bewenden zu lassen, sondern aus dem Gehörten auch die nötige Lehre zu ziehen im eigenen und dem Interesse der Familie, eingedenk des Wortes: „Allein sind wir nichts, vereint aber alles", und mit dem Wunsche, zur nächsten Versammlung, wo die Kommission Bericht erstatten wird, ebenso zahlreich zu erscheinen, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Rundschau.

Reichstag.

Der Reichstag steht nunmehr im Zeichen der Sozialpolitik. Allerdings mehr der „Sozialpolitik" in Gänsefüßchen! Am Montag und Dienstag der letzten Woche verhandelte man zunächst über eine Novelle zum Gesetz über den Unterstützungswohnsitz und sodann über das Gesetz über die Hilfskassen. Gegen beide Gesetzentwürfe hat die Arbeiterschaft zahlreiche und wichtige Einwände zu

erheben. So sehr sie von der Notwendigkeit einer großzügigen Reform der deutschen Armengesetzgebung und der Arbeiterversicherungsgesetzgebung überzeugt ist, so kann sie doch unmöglich ihre Hand zu flagranten Verschlechterungen des bestehenden Zustandes bieten. Die aber werden ihr in den beiden Gesetzentwürfen angesonnen. Die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz läuft darauf hinaus, die ländliche Armenpflege zu entlasten. Dieses Bestreben könnte an sich gebilligt werden, denn es steht fest, daß einmal viele ländliche Gemeinden gar nicht in der Lage sind, eine ordentliche Armenpflege zu betreiben und daß andererseits noch mehr Gemeinden nicht den guten Willen dazu haben. Aber wenn schon eine Reform durchgeführt werden soll, so ist die erste Pflicht, die Person des Armen zu berücksichtigen, das heißt leistungsfähige und gut kontrollierte Armenpflegkörperschaften zu bilden. Im Regierungsentwurf steht aber die Sorge um die Entlastung der Agrarier im Vordergrund, nicht der Arme selbst: es wird vorgeschlagen, die Frist für den Verlust des Unterstützungswohnsitzes zu beschränken und das Alter für seine Erwerbung herabzusetzen. Dadurch werden die Armen zwar von einem Armenverband — dem ländlichen — mehr als bisher abgedrängt; aber eine Gewähr dafür, daß ihr neuer Armenverband leistungsfähiger sein würde, ist damit offenbar noch nicht gegeben. Darauf aber käme es doch an.

Das sozialdemokratische Parteiprogramm fordert eine weitgehende und tiefgreifende Reform des ganzen Armenwesens. Und die organisierte Arbeiterschaft hat dazu ein um so größeres Recht, als sie, und zwar sie ganz allein und im Kampfe gegen eine ganze Welt, die heutige Armenpflege vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt hat! Was wäre unsere Armenpflege in Stadt und Land, wenn nicht die Gewerkschaften seit Jahrzehnten ihre machtvolle prophylaktische Tätigkeit gegen die Verarmung betrieben hätten. Sie sind es, die den Lebensstand der Massen gehoben haben; sie sind es, die die Wirkung der Krisen abschwächten; sie sind es, die den Arbeitslosen vor dem Absturz in das bodenlose Nichts völliger Verarmung bewahren!

Und was die Arbeiterschaft durch ihre gewerkschaftliche Organisation anstrebte, das suchte sie auf anderen Wegen auch vielfach durch freie Hilfskassen zu erreichen. Freilich sind diese ihre Anstrengungen auch von Schwindlern häufig nachgeahmt worden, denen es nur darauf ankam, den Proletariern die sauer verdienten Groschen abzujagen, indem sie ihnen in der gemeinsten Weise allerhand Vorteile vorspiegelten. Kein Tag vergeht, ohne daß man von dem Zusammenbruch einer oder der anderen Schwindelkasse liest. Diesem Krebsschaden der Schwindelkassen abzuhelfen, ist gewiß eine dankenswerte Aufgabe. Aber die Regierung will in ihrem Gesetzentwurf nicht etwa den Schwindlern an den Kragen, sondern will ein Stück Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter rauben. Sie gleicht dem Fabeltiere, das von der Nase des schlafenden Herrn eine Fliege verjagen will und sich dazu eines Felsblockes bedient, der — — dem Schläfer den Schädel zerschmettert! Die Redner des Zentrums, der bürgerlichen Linken und vor allem der Sozialdemokratie kennzeichneten diesen dreisten Versuch sozialpolitischer Reaktion nach Gebühr. Aber die Gefahr ist noch nicht abgewendet. Man muß auf die Gestaltung der Dinge in der Kommission ein wachsames Auge haben!

Über den wiederholten Versuch des Zentrums, mit dem Rufe nach Toleranz über die pfäffische Intoleranz hinwegzutäuschen, brauchen wir nach früheren Berichten nicht mehr ausführlich zu sprechen. Unsere grundsätzliche Toleranz steht fest.

In der am Schlusse der Woche eröffneten allgemeinen sozialpolitischen Debatte zum Etat des Reichsamtes des Innern entrollte der Abgeordnete Richard Fischer in großen Zügen ein Bild des Stillstandes in der Sozialpolitik, auf das wir unsere Leser ausdrücklich verweisen. Die Rede war ebenso scharf in ihrer Kritik, wie weitausgreifend in ihrem programmatischen Teile. Was will es besagen, wenn danach der unentwegt freisinnige Herr Mugdan unter dem Jubelgeheul der Rechten zwei Stunden gegen die Sozialdemokrate tobte? Dieser ehrgeizige Mann möchte sich gerne sein Mandätchen retten und glaubt es auf diese Weise am besten zu können. Wenn man seinen fettigen Kapuzinaden beiwohnen muß, dann empfindet man eine brennende Sehnsucht nach einem wirklichen, ehrlichen und aufrichtigen Kritiker der sozialdemokratischen Politik. Denn Kritik ist gut, nützlich und notwendig; aber schmähsüchtige Schwafeleien von Mandatjägern lösen lediglich einen intensiven Brechreiz aus.

Gewerkschaftliches.

Auch der Textilarbeiter-Verband macht erfreuliche Fortschritte. Die Nr. 4 des Textilarbeiters, seines Organs, ist in einer Auflage von 75000 Exemplaren erschienen.

Zu welchen unleidlichen Zuständen die in Berlin leider noch immer in besonders hohem Maße vorhandene Lokalisierei führt, zeigt folgender Vorgang: Zwischen dem im Zentralverband der Maurer organisierten Fliesenlegern und dem Verein der Arbeitgeber im Fliesenlegergewerbe bestand ein Tarifvertrag, der bis zum 1. Januar 1906 Gültigkeit hatte. Ohne Rücksicht darauf und trotz des Protestes der im Maurerverband organisierten Kollegen schlossen die lokalorganisierten Fliesenleger am 1. Oktober 1905 einen eigenen Tarifvertrag ab. Am 30. Januar beschloß eine Versammlung der zentralorganisierten Fliesenleger, den Tarif nicht anzuerkennen, sondern den Unternehmern einen eigenen Tarif zu unterbreiten, der folgende Hauptforderungen enthält: „Der Stundenlohn beträgt mindestens 82½ Pf. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden. Arbeiter, die zu dem Fliesenlegergewerbe übertreten, erhalten in den ersten drei Monaten den Lohn nach freier Vereinbarung, jedoch nicht weniger als den Maurerlohn. Bei Arbeiten außerhalb des Vorortverkehrs wird außer den Stundenlöhnen eine Entschädigung von 3 Mk. pro Tag, falls Kost und Logis gewährt werden, von 1 Mk. pro Tag gezahlt. Überstunden und Sonntagsarbeit sind zu vermeiden und dürfen nicht ausgeführt werden, solange noch arbeitslose Fliesenleger nachgewiesen werden können. Bei Streitigkeiten entscheidet die Schlichtungskommission. Überstunden sollen, wenn sie nicht zu vermeiden sind, bis 9 Uhr abends mit 25 Prozent, Nachtarbeit von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens und Sonntagsarbeit mit 100 Prozent Zuschlag bezahlt werden. Akkord wird nicht gearbeitet. Der Vertrag soll vom 1. Februar bis zum 1. Oktober 1906 Gültigkeit haben."

Wie die Allgemeine Steinsetzer-Zeitung berichtet, haben am 10. Januar Verhandlungen zwischen dem Verband der Pflastermeister von Rheinland und Westfalen und dem Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands in Köln stattgefunden, die den Zweck hatten, einen für Rheinland und Westfalen geltenden kollektiven Arbeitsvertrag herbeizuführen. Dazu kam es aber in dieser Sitzung noch nicht, wohl aber gelang es, eine Einigung über die folgenden „allgemeinen Grundzüge" zu erzielen, mit deren Hilfe ein allgemeiner Tarif für Rheinland und Westfalen herbeigeführt werden soll:

1. Es hat spätestens bis zum 1. April 1910 für den Bereich des Verbandes der Pflastermeister von Rheinland-Westfalen eine einheitliche Regelung der Lohnfrage mit dem Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands zu erfolgen. — 2. Bis zur einheitlichen Regelung der Lohnfrage durch die genannten Organisationen sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Sektionen des Arbeitgeber-Verbandes gesondert zu regeln. Jedoch bedürfen auch diese Verträge der Sanktion der beiderseitigen Organisationsleitungen. Sonderverträge irgend welcher Art sind ausgeschlossen und sind, soweit solche bis zum Abschluß dieser Sektionsverträge bestanden haben, aufgehoben. — 3. Bei Abschluß der Sektionsverträge sind folgende Grundzüge zu beachten: a) Es hat bis zur definitiven Festsetzung der in den bis jetzt geltenden Tarifen vorgesehenen Maximallöhne innerhalb der Vertragsdauer alljährlich eine relative Steigerung der Stundenlohnzusätze stattzufinden. (Beispiel: Wo die Spannung (Differenz) zwischen den jetzt gezahlten und den vorgesehenen Maximallohnsätzen 15 Pf. beträgt, hat — bei dreijähriger Dauer des Tarifs — jährlich eine Lohnerhöhung um 5 Pf. pro Stunde stattzufinden.) b) In den Bezirken, wo bereits Tarife bestehen, sind dieselben als Grundlagen für die ferneren Tariffestsetzungen zu benutzen. — 4. Vollständige Aktionsfreiheit gegenüber nichttaristreuen Arbeitgebern, sofern dieselben nicht dem Verband der Arbeitgeber (Pflasterermeister von Rheinland) angehören. Die an Streiks für Durchführung des Tarifs beteiligten Arbeitnehmer sind von den taristreuen Arbeitgebern bei Mangel an Arbeitskräften vorzugsweise einzustellen. — 5. Entlassungen (Maßregelungen) von Arbeitnehmern wegen ihrer Tätigkeit in der Organisation beziehungsweise für Durchführung und Aufrechterhaltung des Tarifs sind unzulässig. — 6. Bei Arbeiten in fremden Tarifbezirken treten die in diesen üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen in Kraft. Der Arbeitgeber hat diese Bestimmungen vor Beginn der Arbeit (vor der Abreise) zur Kenntnis zu geben. Weigerung der Arbeitnehmer, in einem fremden Tarifbezirk zu arbeiten, ist nicht als Tarifbruch anzusehen. — 7. Es wird in jeder Sektion eine Kommission, bestehend aus vier Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern gewählt, welche bei vorkommenden Differenzen von beiden Parteien angerufen, sofort eingreifen muß. Es darf auf keinen Fall eine Arbeitseinstellung oder Aussperrung bei Mitgliedern des Arbeitgeber-Verbandes stattfinden, ehe diese Kommission versucht hat, die Parteien zu einigen.

Der außerordentliche Tabakarbeiterkongreß,

der zu dem Zwecke einberufen worden war, den Tabakarbeitern eine Stellungnahme zu der von der Regierung geplanten Steuererhöhung auf Tabak und Tabakfabrikate zu ermöglichen, tagte in Berlin vom 29. bis 31. Januar. Anwesend waren 191 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands. Der einzige Punkt der Tagesordnung lautete: „Die Tabaksteuervorlage der Regierung und die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter". Der als Referent bestellte Reichstagsabgeordnete Molkenbuhr entrollte in seinem Referat ein Bild von dem Bestreben der Regierung, die Kosten ihrer „Weltpolitik" durch immer weiter gehende Erhöhung der indirekten Steuern zu decken. In erster Linie sollte es wiederum der Tabak sein, der dem Volke noch mehr verteuert werden sollte, als er es jetzt schon ist. Die schlimmsten Leidtragenden würden aber die 200000 Tabakarbeiter in Deutschland sein. Von diesen würden sicher 28000 arbeitslos werden, wenn die Regierungsvorlage Gesetz werde. Diese werde eine allgemeine Einschränkung des Tabakkonsums herbeiführen. In der Diskussion kamen Delegierte aus allen Bezirken der Tabakindustrie Deutschlands und von verschiedenen Richtungen zum Worte. Es wurden recht oft wahrhaft erschütternde Ausführungen von dem Elend gemacht, in dem ein sehr großer Teil der Tabakarbeiter schmachtet. Ein Teil der Redner wußte entsetzliche Einzelheiten aus ihrem eigenen Leben zu berichten. Große Freude herrschte auf dem Kongreß, als der Reichstagsabgeordnete von Elm berichtete, daß die Reichstagskommission die Erhöhung der Tabaksteuer trotz der schönen Reden der Regierungsvertreter einstimmig abgelehnt habe. Am dritten Tage wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der am 29. Januar und folgende Tage in Berlin tagende von 194 Delegierten aus 575 Orten beschickte Kongreß der Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen Deutschlands protestiert auf das entschiedenste gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, des Tabakzolles, sowie gegen jede Art der weiteren Besteuerung der Tabakfabrikate und verurteilt aufs schärfste, daß die Reichsregierung es unterließ, Regierungsvertreter behufs näherer Information über die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen, sowie über die Verhältnisse des ganzen Tabakgewerbes zu dem Kongreß zu entsenden. Der Tabak, welcher, wie die Begründung zu den Gesetzesvorlagen betreffend die Erhöhung des Tabakzolles und der Tabaksteuer, sowie des Entwurfes einer Zigarettensteuer angibt, für den Konsumenten ein entbehrliches Genußmittel sein soll, ist für die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der unentbehrlichste Rohstoff des Gewerbes. Steuererhöhungen, die eine Verteuerung dieses Genußmittels unzweifelhaft herbeiführen, haben eine Herabdrückung des Konsums zur Folge und bringen daher für die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerben Beschäftigten: Arbeitslosigkeit und unberechenbare Lohnabzüge. Die Tabakarbeiter glauben um so mehr berechtigt zu sein zu einem Protest gegen jede weitere Steuererhöhung,

1. weil in der Tabakindustrie sehr viele schwächliche und verkrüppelte Arbeiter Unterschlupf gefunden haben, die in keiner anderen Industrie sich zu ernähren imstande sind und bei der durch die Steuererhöhung bewirkten Arbeitslosigkeit nur den Gemeinden zur Last fallen würden;

2. weil durch den am 1. März 1906 in Kraft tretenden Zolltarif eine weitere Herabdrückung der elenden Lebenshaltung der Tabakarbeiter bewirkt wird;

3. weil die jetzige Steuergesetzgebung für die Tabakindustrie zur Folge hatte, daß die Tabakarbeiter, die vor dem Jahre 1879 mit zu den besser entlohnten Arbeitern gehörten, jetzt nach der Lohnstatistik der Berufsgenossenschaften mit ihrem Jahresverdienst um 404 Mk. unter dem Durchschnittsverdienst der gegen Unfall versicherten Arbeiter stehen. Die alljährlichen enormen Einnahmen, welche das Reich durch die im Jahre 1879 erfolgte Erhöhung des Tabakzolles und der Tabaksteuer hat, werden hauptsächlich getragen durch die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerben beschäftigten Arbeiter, in Form der damals in großem Umfang vorgenommenen Lohnreduktionen, die sie über sich ergehen lassen mußten auf Grund der durch das Sozialistengesetz herbeigeführten Wehrlosmachung der Arbeiter und durch die in erheblichem Maße betriebene Verlegung der Fabrikation aufs flache Land.

Nennenswerte Lohnaufbesserungen konnten bis heute nicht errungen werden, weil durch die immer wiederkehrende Beunruhigungen der Industrie, durch neue Steuerprojekte solche Störungen verursacht wurden, die jeden ernsthaften Versuch, Lohnaufbesserungen zu erstreben, unmöglich machten. Eine neue Steuererhöhung würde eine weitere Verschlechterung der Lage der Tabakarbeiter herbeiführen. Da die Tabakarbeiter in 300 Arbeitstagen jetzt einen Durchschnittsverdienst von 543 Mk. erzielen, würden sie durch vermehrte Arbeitslosigkeit und Lohnverschlechterungen zum Hungern verurteilt sein. Der Kongreß protestiert besonders gegen die geplante beispiellos hohe Zigarettensteuer. Durch Annahme dieser Steuer würden zweifellos Tausende weiblicher Tabakarbeiter brotlos werden und dem Hunger preisgegeben oder der Prostitution in die Arme getrieben. Eine Steuer, die in manchen Fällen höher ist als der gegenwärtige Verkaufspreis der Zigaretten, wird eine völlige Revolution in der Zigarettenindustrie erzeugen. Die Zigarettenindustrie wird aus den Großstädten, wo sie jetzt ihre Fabriken hat, verlegt werden nach Gegenden mit billigeren Arbeitskräften und die arbeitslos gewordenen Arbeiterinnen in den Großstädten in hilfloser Lage zurücklassen. Um zu verhindern, daß Tausende weiblicher Arbeiter dem Hunger oder der Prostitution preisgegeben werden, fordert der Kongreß von dem hohen Reichstag, dem Gesetzentwurf betreffend die Einführung einer Zigarettensteuer seine Zustimmung zu versagen. Der Kongreß erwartet, daß die Regierung, nachdem die Steuerkommissionen des Reichstags einstimmig die Gesetzesvorlage wegen Änderung des Tabaksteuergesetzes abgelehnt hat, schleunigst die Gesetzentwürfe zu höherer Belastung des Tabaks zurückzieht und bei künftigen Steuervorlagen die höhere Belastung des Tabaks ganz außer Frage läßt. Sollte dies nicht eintreten, so erwartet der Kongreß, daß der Reichstag ebenso einstimmig wie seine Kommission in erster Lesung das Schicksal der Vorlage durch ein ablehnendes Votum besiegeln wird."

Vom Willen des Gesetzgebers.

Daß die deutsche „Recht"sprechung ein gar merkwürdiges Ding ist, wissen wir schon lange, daß aber der eingangs erwähnte Grundsatz in einem Gerichtsaal offen ausgesprochen wurde, ist doch wohl trotz alledem bisher noch nicht dagewesen. In Breslau aber geschah das Merkwürdige. Vor einiger Zeit war der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kollege Schlegel, auf Grund des § 153 zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil er einen Unternehmer mit einem Streik „gedroht" haben sollte. Er legte gegen das Urteil Berufung ein, über die kürzlich vor der Strafkammer verhandelt wurde. Die Verhandlung, die, beiläufig bemerkt, mit der Verwerfung der Berufung endete, bot einen recht bemerkenswerten Zwischenfall. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon, plädierte auf Freisprechung, wobei er unter anderem auf die Vorgeschichte des § 153 verwies und darlegte, daß die Auslegung, die der Paragraph durch den Vorderrichter erfahren, mit dem Willen des Gesetzgebers nicht übereinstimme. Der Staatsanwalt antwortete hierauf, der Wille des Gesetzgebers, das heißt was bei der Beratung der Vorlage zur Begründung eines Gesetzes vorgebracht worden sei, komme für die praktische Rechtsprechung nicht so in Betracht, wie sein Wortlaut und seine Auslegung durch das Reichsgericht erfahren habe. Bisher galt es in der Rechtspflege als Grundsatz, in zweifelhaften Fällen die Begründungen der Gesetze und die Verhandlungen der gesetzgebenden Körperschaften zu Rate zu ziehen, um daraus zu erkennen, in welcher Weise der betreffende Gesetzesparagraph „nach dem Willen des Gesetzgebers" anzuwenden ist. Aber, wie gesagt, man kann auch anders. Bald so, bald so, wie's trefft.

Wer begnadigt wird.

In Konstanz hatten einige Baumeister sich während des letzten Maurerstreiks wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung eine eintägige Gefängnisstrafe zugezogen. Diese Strafe ist ihnen im Gnadenwege in eine Geldstrafe von je 40 Mk. umgewandelt worden.

Hamburger Polizei- und Scharfmacherwirtschaft.

Unsern Lesern ist der famose Ukas der Hamburger Scharfmacher bekannt, wonach alle Arbeiter, die am 17. Januar die Arbeit ruhen ließen, um sich an den Demonstrationen gegen die Wahlentrechtung beteiligen zu können, drei Tage lang ausgesperrt bleiben sollten. Einige der Hauptscharfmacher haben diesen Ukas auch in die Tat umgesetzt. Eine ganze Anzahl von Unternehmern kümmerte sich jedoch nicht darum. Die Reiherstieg-Schiffswerft, deren Leitung ebenso vernünftig verfahren wollte, wurde durch die Oberscharfmacher gezwungen, nachträglich doch noch auszusperren. Das war natürlich kein Terrorismus im hamburgisch-„polizeitechnischen" Sinne. Wie nicht anders zu erwarten, hat dieses brutale Vorgehen auch bei so manchem Mißstimmung hervorgerufen, der bisher von der Arbeiterbewegung noch nichts wissen wollte. Interessante Streiflichter auf die Situation in Hamburg werfen folgende Ausführungen, die ein „gutgesinnter Arbeiter" in einem Hamburger Blatt macht: „Durch die Aussperrungen werden die Gegensätze immer mehr verschärft. Die letzte Aussperrung wurde zwar nicht strikte durchgeführt, zum Beispiel die Reiherstieg-Werft wollte human vorgehen und ließ am Donnerstag Morgen sämtliche erschienenen Arbeiter an die Arbeit gehen und schickte den übrigen Arbeitern Ordre ins Haus, zur Arbeit zu kommen, so daß zum Mittag sich noch zahlreiche Arbeiter einfanden, aber kurz vor Feierabend wurde den Arbeitern erklärt, sämtliche Leute, die ohne genügende Entschuldigung am Mittwoch gefehlt oder die Arbeit verlassen hätten, dürften am Freitag nicht wieder kommen, da sich die anderen Werften beschwert hätten. Die Folge war, daß auch die Entschuldigten, welche die vorherige Nacht gearbeitet hatten, nicht weiterarbeiten konnten. Dieses Vorgehen der Eisenindustriellen ist nun meines Dafürhaltens grundfalsch, da sämtliche Arbeiter davon betroffen werden, ob Sozialdemokrat oder nicht. Man hätte die Leute ruhig demonstrieren lassen sollen. Statt dieser Aussperrungen hätte man nach meiner Meinung lieber den Kaisergeburtstag als Festtag freigeben sollen, dann hätte man die „Einen", nämlich die der Sozialdemokratie Nachlaufenden, geärgert, während man die „Andern", welche ihre Pflicht als Arbeitnehmer nicht verletzt haben, erfreut hätte, indem man ihnen Gelegenheit gegeben, an den Kriegervereinsfestlichkeiten teilnehmen zu können." Die Hamburger Behörden mögen nur so weiter wirtschaften. Sie werden dann die wenigen Arbeiter in Hamburg, die, wie der Verfasser dieser Zuschrift, noch nicht der Sozialdemokratie angehören, zum Klassenbewußtsein erwecken.

Wahlrechtsraub in Hamburg.

Am 31. Januar hat die Bürgerschaft, das Parlament Hamburgs, beschlossen, ein Dreiklassenwahlrecht einzuführen. Die Hamburger Plutokratie hat in ihrer Angst, daß durch das Eindringen von Arbeitervertretern in der Bürgerschaft diese dazu gezwungen werden könne, Maßnahmen zum Besten des Kulturfortschrittes zu treffen, die geeignet sind, den Profit ein wenig zu schmälern, sich der Reaktion mit Haut und Haar verkauft. Das Hamburger Echo bemerkt dazu:

Dank dem vollständigen Mangel an Gerechtigkeitsgefühl, dank der kurzsichtigen politischen Verblendung der großen Mehrheit seiner Gesetzgeber, dank der alten Macht längst überlebter politischer Privilegien, wird Hamburg in Zukunft den zweifelhaften „Ruhm" genießen, eines der schlechtesten und das komplizierteste aller Wahlrechte zu besitzen. Es mag aus seinem alten Namen „Freie und Hansestadt" nur ruhig das Wort „frei" streichen. War es bisher schon mit der Freiheit in Hamburg sehr traurig bestellt, da die Freiheit nur wohnt, wo wenigstens politische Gleichheit herrscht, nicht aber, wo keine Koterien schwerwiegende Vorrechte genießen, so wird das neue Geldsackprivileg der Klassenwahl den Rest von Freiheit ertöten, wie es die Rechtsgleichheit auch aus ihrem letzten Schlupfwinkel bei den allgemeinen Wahlen vertrieben hat.

Das Wahlrecht der russischen Arbeiter.

Bekanntlich hat „Väterchen" Nikolaus zwei Ukase erlassen, worin das Wahlrecht zur russischen Reichsduma „geregelt" worden ist. Wie vorauszusehen war, läuft die ganze Geschichte auf einen höchst gemeinen Schwindel aus. Die größten Pessimisten müssen sich vor den Kopf schlagen und gestehen, daß ihre schlimmsten Erwartungen übertroffen worden sind. Selbst die ultramontane Kölnische Volkszeitung scheint Mitleid mit den russischen Arbeitern zu fühlen. Sie schreibt in ihrer Nr. 93:

So gut wie gar kein Stimmrecht haben die Arbeiter nach dem Wahlreglement zur Reichsduma. Diese Auffassung (in Nr. 79 der Kölnischen Volkszeitung) wird dadurch erhärtet, daß im ganzen Zarenreich 226 Wahlmänner der Arbeiter gewählt werden. Auf Warschau zum Beispiel treffen in Stadt und Gouvernement ganze sieben Wahlmänner für die sehr starke Arbeiterbevölkerung. Im Gouvernement Moskau (ohne Stadt) wählen 102500 wahlberechtigte Arbeiter 296 Bevollmächtigte und diese ganze 14 Wahlmänner. Die Arbeiter Odessas wählen vereint mit jenen des Gouvernements Cherson im ganzen sechs Wahlmänner. Der Gesetzgeber hat übrigens jedoch nicht vergessen — wie in Nr. 79 ausgeführt — für die Arbeiter ein Wahlalter festzusetzen. In Abs. V Ziff. 12 des Ukases vom 24. Dezember werden ausdrücklich 25 Jahre verlangt.

Sehr ehrenwert von dem Zentrumsblatt. Es gibt aber in Preußen noch ein Wahlrecht, wodurch die Arbeiter trotz ihrer bisherigen Anstrengungen noch immer von der Vertretung im Parlament ausgeschlossen sind. Bis jetzt haben wir aber noch nichts davon gehört, daß das Zentrum irgend welche ernsthafte Anstrengung gemacht hätte, diesem Unrecht abzuhelfen. Einige da oder dort gefallene schöne Worte machen den Kohl nicht fett.

Scharfmacherei überall.

Wenn die politischen und die wirtschaftlichen Machthaber sich in holder Eintracht zusammenfinden, um den Arbeitern die Ausübung ihrer politischen Rechte zu erschweren, dürfen die Thüringischen Textilprotzen natürlich nicht fehlen. Die Ortsgruppe Gera des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien veröffentlichte folgenden Ukas:

„Es ist uns bekannt geworden, daß von einigen Unruhestiftern aufgefordert worden ist, durch willkürliche Verlängerung der Früh- und Vesperpausen heute eine politische Demonstration zu veranstalten.

Da wir derartige Zuwiderhandlungen gegen die Fabrikordnung nicht dulden können, so warnen wir die Arbeiter hiermit, diesen

Aufreizungen Gehör zu schenken, die nur die Absicht haben, die friedliche Arbeit zu stören, und weisen auf die Folgen solcher Vorkommnisse hin.

Gera, den 22. Januar 1906. Ortsgruppe Gera. Eugen Ruckdeschel.

Bei diesen Herren ist die durch das böse Gewissen verursachte **Angst schon ins** Groteske umgeschlagen.

Patriotischer Landfriedensbruch.

Es ist unseren Kollegen und Lesern hinreichend bekannt, daß man fast in ganz Deutschland am 21. und 22. Januar die ganze Polizeimacht und einen ziemlich beträchtlichen Teil des Militärs aufgeboten hat, um einem eventuellen „Aufruhr" zu begegnen. Allerdings haben diese „Hüter der Ordnung" zum Leidwesen der Scharfmacher nirgends Gelegenheit gefunden, die erwünschte ordnungserhaltende Tätigkeit ausüben zu können. Man sah sich deswegen veranlaßt, schleunigst wieder „abzurüsten". Dies war nun wieder recht voreilig, denn einige Tage später feierte man den Geburtstag von Wilhelm II. Anläßlich dieses Ereignisses haben an verschiedenen Orten die von Patriotismus oder Alkohol in Begeisterung geratenen Hurrapatrioten untereinander **solenne Keilereien** veranstaltet. Da hätte die „bewaffnete Macht" allen Grund gehabt, „Ruhe zu stiften". Oder ist **diese nur auf friedlich demonstrierende Arbeiter dressiert?**

Wegen Unterschlagung

sind in letzter Zeit einige gerichtliche Verurteilungen gegen Unterkassierer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erfolgt. Der frühere Unterkassier **Blick** in **Altena** wurde in Hagen wegen Unterschlagung von 100 Beitragsmarken am 20. Januar zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, zwei Monate wurde für die Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. Es waren sechs Monate beantragt. Die Strafe wurde so hoch, weil Blick auch 100 Mk. Sammelgelder für die Bergarbeiter veruntreut und es abzustreiten versuchte, daß er die Marken unterschlagen. — Der Unterkassier **Petersen** in Altena erhielt 14 Tage Gefängnis wegen Unterschlagung von 59,60 Mk. — Der Unterkassier **Heineshoff** in **Krefeld** ist wegen Unterschlagung von 168 Beitragsmarken zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden.

Ein christlicher „Wahrheits"apostel.

Daß die christlichen Gewerkschaftsführer sehr oft ganz verzweifelte Mittel anwenden, um für sich und ihre Organisationen Propaganda zu machen, dürfte wohl den meisten unserer Kollegen mehr als hinlänglich bekannt sein. Zu dieser Spezies gehört auch der satfsam bekannte **Emil Kollofrath**, Bezirksleiter des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes. Wenn wir an dieser Stelle uns mit diesem Herrn beschäftigen, so nicht deshalb, weil uns seine Persönlichkeit so viel wert erscheint, sondern damit unsere Kollegen dem Herrn die gebührende Achtung entgegenbringen können, wenn er sich irgend wo mausig machen will.

Anläßlich der Bewegung der Gold- und Silberarbeiter in **Schwäb. Gmünd** hat dieser Herr es für notwendig erachtet, sich in der **Presse** mit unserem Bezirksleiter **Vorhölzer** zu beschäftigen, wo er Ausführungen, die dieser in einer Versammlung über die christlichen Gewerkschaften machte, zu entkräften suchte. In die Versammlung zu kommen, getraute sich Kollofrath nicht, dazu fehlte ihm der Mut. **Vorhölzer** erließ nun eine Erklärung gegen **Kollofrath**, die folgendermaßen beginnt:

> „An die Adresse des Herrn Emil Kollofrath, Bezirksleiter des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes. In Nr. 16 der Rems-Zeitung vom 20. Januar 1906 fühlt sich dieser Herr, wohl auf Drängen seiner Mitglieder, veranlaßt, ein Sammelsurium von Behauptungen aufzustellen, die meine gegen ihn gerichteten Angriffe in der Versammlung auf der Wilhelmshöhe am 13. Januar 1906 entkräften sollen. Demgegenüber stelle ich fest, daß er mit keinem Wort erwähnt und bestreitet, daß ich behauptete: „Er (Kollofrath) habe in bezug auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband und den Deutschen Holzarbeiter-Verband **gemein gelogen und gewissenlos verleumdet**, und daß ich erwarte, er werde mir Gelegenheit geben, diese Behauptungen **vor Gericht** zu beweisen."

Darauf erwiderte **Kollofrath** in **Nr. 24 der Rems-Zeitung** folgendes:

> Infolge einer größeren Tour kam mir heute erst die Erklärung des Bezirksleiters Vorhölzer zu Gesicht. Aus dieser Erklärung entnehme ich, daß Vorhölzer seinem Grundsatz getreu abermals die Wahrheit auf den Kopf stellt. Solcher Art halte ich es für überflüssig, mit jemandem zu polemisieren, und anständiger Männer für unwürdig. Die Gelegenheit, mit mir anderwärts abzurechnen, war Vorhölzer in Furtwangen gegeben am 21. Januar, doch wer fern blieb, war der mutige Bezirksleiter Vorhölzer. Fühlt sich der Herr durch mein Flugblatt beleidigt, nebst seinem — wie sozialen Holzarbeiter-Verband, so bleibt es diesen Herren wie Verbänden ungenommen unbenommen, das Gericht anzurufen, um die Ehre wieder zu retten. Ich habe keine Ursache dazu. Damit für mich Schluß.
>
> Freiburg i. B., 29. Januar 1906. E. Kollofrath.

Kollofrath läßt also den Vorwurf auf sich sitzen, daß **er gemein gelogen und gewissenlos verleumdet** hat. Fürwahr, ein sauberer Herr. Wenn also dieser Held wieder einmal mit seinen bekannten Mätzchen gegen die freien Gewerkschaften loszieht, so mögen unsere Kollegen ihm die Achtung entgegenbringen, die einem Menschen zukommt, **der gemein gelogen und gewissenlos verleumdet hat.**

Vom Ausland.

Österreich.

Zu der in Nr. 3 enthaltenen Notiz über die Kladnoer Hüttenwerksarbeiter erhalten wir von einem Kollegen in Böhmen folgende Zuschrift:

Der Bericht der Frankfurter Zeitung über die Versammlung der Kladnoer Hüttenwerksarbeiter ist unrichtig. Die Versammlung wurde abgehalten, um Stellung zu nehmen zur Maßregelung der Vertrauensmänner aus Anlaß der Wahlrechtsbewegung. Bei dieser Bewegung feierten die Hüttenarbeiter am 10. September und 28. November und wurden schon damals teilweise ausgesperrt. Darüber wuchs die Organisation, die bis dahin sehr schwach war, sehr stark an. Die Hüttenverwaltung wollte nun die Organisation im Keime ersticken und begann die Vertrauensmänner nach und nach zu entlassen. Dagegen wurde in einer Versammlung Stellung genommen und beschlossen, den einen Streik abzuwehren, weil die Organisation noch zu schwach sei. Die Versammlung hat den Plan der Scharfmacher durchkreuzt, die es gerne gesehen hätten, wenn ein Streik ausgebrochen wäre. Also, es ist ganz und gar falsch, daß man eine Frist bestimmt habe, zu der gestreikt werden soll.

England.

Die britische Admiralität stellt Erwägungen darüber an, auf allen Staatswerften den **Achtstundentag** einzuführen. Zu dem Arsenal zu Woolwich besteht dieser bekanntlich schon seit einigen Jahren. Die Admiralität scheint also gute Erfahrungen damit gemacht zu haben. Wie denkt das **deutsche Reichsmarineamt** über diesen Fall?

Der **Verband der Britischen Stahlschmelzer, Walzwerk-, Eisen- und Weißblecharbeiter** (British Steel Smelters, Mill, Iron and Tinplate Workers) hat nach seiner letzten Rechnungslegung das Jahr 1905 mit einer Mitgliedschaft von 12249 abgeschlossen. Der Verband hat das ganze Jahr hindurch keinen einzigen größeren **Streik** gehabt. In einer Anzahl von Stahlwerken, deren Namen im Bericht genannt werden, ist der **Achtstundentag** eingeführt. Der Generalsekretär, **Mr. Macpherson**, ist bei den letzten Wahlen zum [illegible] gewählt worden.

Literarisches.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, herausgegeben von Dr. **Albert Südekum**. In der neuesten Nummer der Kommunalen Praxis gibt ein Mitglied der Hamburgischen „Bürgerschaft", Genosse Emil Fischer, ein zusammenfassendes Bild der großen Wahlrechtsdemonstrationen vom 17. Januar, die zweifellos in der Geschichte der reaktionären Bestrebungen und ihrer Abwehr noch lange ihre Bedeutung bewahren werden. Aus dem sonstigen Inhalt der Zeitschrift, die unter anderem viel brauchbares Material gegen das preußische Schulgesetz zusammenstellt, heben wir einen interessanten Artikel von Dr. Beger über die Hygiene des Unterrichts hervor. Probenummern der Zeitschrift kann man ganz kostenlos vom Verlag der Kommunalen Praxis in Berlin W. 15 beziehen.

Rußland und die Revolution. Unter diesem Titel hat die Fränkische Verlagsanstalt in Nürnberg eine drei Bogen starke Broschüre herausgegeben. Soweit es in dem Rahmen einer kleinen Broschüre möglich ist, hat der Verfasser, Dr. A. Braun, alles Wissenswerte über die Revolution in Rußland in dieser Arbeit zusammengetragen. Die Geschichte der revolutionären Bewegung, Der politische Terrorismus, Kaiserliche Versprechen und Taten, Die Bedeutung der Revolution, Die Lage der Bauern, Die Lage der Industriearbeiter, Nationalitäten und Nationalitätenfrage, Die Judenverfolgungen, werden in besonderen Kapiteln behandelt. Preis der Broschüre 30 Pf.

Franz Diederich, Die Hämmer dröhnen. 112 Seiten, 8°. Preis 1 Mk. Verlag von Kaden & Co., Dresden.

Daß unsere Besprechung etwas reichlich post festum kommt, hat seinen guten Grund. Wir haben die Gedichte, die Franz Diederich in diesem Buche bietet, so genossen, wie man Gedichte genießen soll, indem wir von Zeit zu Zeit immer nur einige lasen. Aber fast jedesmal, wenn wir das Buch aus der Hand legten, geschah es in dem angenehmen Bewußtsein, etwas Gutes genossen zu haben. Recht verschiedenartig sind die Töne, die der Dichter anschlägt. Szenen aus dem Arbeiterleben, Trauer um die Opfer des Kampfes ums Dasein, zornsprühende Aufmunterungen zum Kampfe gegen Unterdrückung jeglicher Art und jauchzende Ausbrüche der Hoffnung auf die bessere Zukunft sind die Grundtöne, auf die die Gedichte gestimmt sind. Franz Diederich versucht vielfach, der Sprache neue Ausdrücke abzugewinnen. Oft gelingt es ihm; mitunter kommen indessen Worte vor, die uns etwas fremdartig anmuten. Für diese minder gut gelungenen Gedichte wird man aber durch andere, bessere vollauf entschädigt. Besonders hat uns folgendes formvollendetes Sonett gefallen, das wir unsern Lesern als Probe bieten:

Wetterwild.

Durch schwarze Nacht hinrast mit gellen Pfiffen
Der Sturm und prasselt an die Häuserwände,
Es führt des Blitzes Schwert in blauer Blende
Durchs Wolkenwirren zauberscharf geschliffen.

Aufleuchtend jagen sich die Wetterbrände:
Und licht umher mit tausend Giebelriffen
Tritt jeder Blitz die Stadt hervor, als griffen
Begreifend an das Dunkel Riesenhände.

O zuckt, ihr Lichter! Ströme nieder, Regen!
Naturgewalten, die den Mut erfrischen,
Hand an die Finsternis der Welt zu legen!

Wie dieser Himmelsblitze helles Zücken
Möcht' ich des Wissens Flammen niederjegen
Und sturmwild alle Geisteshaft verwischen!

Meyers Großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens. Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage. Mehr als 148000 Artikel und Verweisungen auf über 18240 Seiten Text mit mehr als 11000 Abbildungen, Karten und Plänen im Text und auf über 1400 Illustrationstafeln (darunter etwa 190 Farbendrucktafeln und 300 selbständige Kartenbeilagen) sowie 130 Textbeilagen. 20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mk. oder in Prachtband zu je 12 Mk. (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.) — Daß Meyers Großes Konversations-Lexikon auf dem Gebiet der Naturwissenschaften und Technik stets nur Vorzügliches leistet, ist sattsam bekannt. Es wäre deshalb nicht notwendig, für den soeben erschienenen XII. Band diese Vorzüge wieder hervorzuheben, wenn nicht die prächtigen technischen Tafeln, die gerade diesen Band wieder besonders auszeichnen, einen Hinweis verdienten. Sie sind fast sämtlich durch Aufnahme von einer ganzen Reihe neuer Typenbilder derartig verändert worden, daß sie fast als neue gelten können. Vor allem sind es die Tafeln „Lokomobilen", „Lokomotiven", „Leuchttürme", „Luftschiffe", „Elektrische Lichtapparate", „Luftpumpen" und „Luftschiffahrt". Von naturwissenschaftlichen Artikeln sind die meteorologischen über „Luft", „Luftelektrizität", „Luftdruck", „Lufttemperatur", sowie über „Licht", „Lichtelektrische Erscheinungen", der geologische über „Löß", die botanischen über „Leitbündel", „Lärche", „Linde", mit schönen Tafeln, sowie die „Laubhölzer" bemerkenswert. Für den Geologen gibt die Beilage „Landesaufnahme in den wichtigsten Ländern" eine sehr gut geordnete Übersicht der veröffentlichten wichtigsten Kartenwerke des topographischen Bureaus; dieser Artikel wird glücklich ergänzt durch die „Landkartendarstellung", die in Wort und Bild die bei dem Kartenentwurf maßgebenden Prinzipien erklärt. Landwirtschaftliche Betriebe aller Art, Maschinen etc. kommen in den vielen, die Landwirtschaft betreffenden Artikeln zur Besprechung, die beiden Chromos „Landwirtschaftliche Schädlinge" beweisen in ihrer mustergültigen Sachlichkeit, mit welcher peinlichen Sorgfalt die Herstellung der Tafeln betrieben wird. Von neuen Karten seien noch die von England sowie die neuen Pläne von Leipzig und Lübeck erwähnt. Nicht nur literarhistorisches Interesse haben die vier Porträttafeln von Klassikern der Weltliteratur. Der Band enthält 54 schwarze und 4 Farbentafeln sowie 14 Karten und Pläne, ein schöner, reicher Schmuck für das gehaltvolle Werk.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)

Samstag, 10. Februar:

Altenburg. [illegible], halb 9 Uhr.
Baden-Baden. [illegible], 9.
Emmendingen. [illegible], halb 9 Uhr.
Hall. Schwäb. [illegible], 8 Uhr.
Heidenheim. [illegible], 8 Uhr.
Krefeld. [illegible], 9.
Lechhausen. Zur [illegible].
Metzingen. [illegible], halb 9 Uhr.
Neumarkt (Oberpf.). [illegible].
Offenburg. Zum Schützen, 8 Uhr.
Schmiedeberg. [illegible], halb 9.

Sonntag, 11. Februar:

Berlin (Elektromonteure Charlottenburg). [illegible], n. 10.
Essen (Stoppenberg). [illegible], vorm. 11.
Essen-Altendorf. [illegible].
Essen-Borbeck. [illegible].
Hameln. Gewerkschaftshaus, [illegible].
Hannover-Linden. [illegible], 10.
Hannover. [illegible], 10.
Stendal. [illegible].
Tangerhütte. [illegible].
Weinheim. [illegible], nachm. 4 Uhr.

Montag, 12. Februar:

Berlin (Former u. Berufsgen.) Gewerkschaftshaus, Gr. Saal, [illegible] Uhr.
Hanau (Schlosser u.). [illegible].
Hanau-Großauheim. [illegible].
Karlsruhe. [illegible].
Offenbach a. M. Gewerkschaftsh., ½9.
Stendal. [illegible].
Tangerhütte. [illegible].

Mittwoch, 14. Februar:

Lübeck. [illegible], halb 9 Uhr.
Rombach. [illegible], 8 Uhr.
Stettin I. Gewerkschaftshaus, halb 9.
Wismar. [illegible], 8 Uhr.

Donnerstag, 15. Februar:

Blankenburg. [illegible], halb 9.
Rathenow ([illegible]) Kristallpalast, ½9.
Stettin IV. [illegible] Schützenh., ½9.

Freitag, 16. Februar:

Tuttlingen. [illegible], ½9.
Essen-Altenessen. [illegible], 8 Uhr.
Hanau (Gold- u. Silberarb.). [illegible], 9.
Pinneberg. [illegible], halb 9 Uhr.
Wetzlar. Glocke, 8 Uhr.

Samstag, 17. Februar:

Aachen. [illegible], ½9 Uhr.
Aschaffenburg. [illegible] Hof, halb 9.
Altenstadt. [illegible], halb 9 Uhr.
Augsburg. Drei König, 8 Uhr.
Bamberg. [illegible], 8 Uhr.
Bayreuth. [illegible] 13, 8 Uhr.
Biberach a. d. R. [illegible], halb 9.
Bonn a. Rh. [illegible], 9 Uhr.
Bremen ([illegible]) [illegible], 9.
Bunzlau. Drei Kronen, halb 9 Uhr.
Coburg i. E. Goldener Adler, halb 9.
Delmenhorst. [illegible], halb 9 Uhr.
Dessau. [illegible], ½9.
Dortmund. [illegible], halb 9 Uhr.
Driesen. [illegible], 8 Uhr.
Emden. [illegible], halb 9 Uhr.
Erfurt. [illegible], halb 9 Uhr.
Eschwege. [illegible], 9 Uhr.
Finsterwalde. [illegible], halb 9 Uhr.
Freiburg i. B. Stadt Belfort, halb 9.
Furtwangen. Enzmann, 8 Uhr.
Greiz. Scharfe Eck, halb 9 Uhr.
Guben. Friedensallee, halb 9 Uhr.
Güstrow. Wiese, halb 9 Uhr.
Haan. Ramus, halb 9 Uhr.
Heidelberg. Goldener Römer, halb 9.
Hörde b. Dortmund. Westfäl. Hof, ½9.
Kaiserslautern. Zur Burg, halb 9.
Kelsterbach. Schmiedt, 9 Uhr.
Kirchheim u. Teck. Schützen, 8 Uhr.
Leer in Ostfriesland. Fischer, halb 9.
Ludwigsburg. Krone, halb 9 Uhr.
Ludwigshafen. Neue Post, halb 9.
Lüdenscheid. Rüggeberg, halb 9 Uhr.
Marburg. Daniel Jeßberg, halb 9.
Metz. Uhlemann, Karlstraße, 8 Uhr.
Minden. Zentralhalle, 8 Uhr.
Mühlhausen i. Th. Gewerkschh., ½9.
Neustadt a. d. H. B. Krug, halb 9.
Neustadt i. S. Gesellschaftshaus, ½9.
Nordhausen. Hirsch, halb 9 Uhr.
Oberursel. Kühler Grund, 9 Uhr.
Ohrdruf. Topfs Rest., halb 9 Uhr.
Reutlingen. Link, Rathausstr., 8 Uhr.
Rostock. Warnowhalle, halb 9 Uhr.
Straßburg i. E. Warenbörse, halb 9.
Zeitz. Kämpfe, Schützenstr. 8, halb 9.
Zuffenhausen. Kirchtal, halb 9 Uhr.

Sonntag, 18. Februar:

Bochum. Schäfer, Ringstr., nachm. ½4.
Coburg. Himmelsleiter, vorm. halb 10.
Dortmund (Kesselschm.) Martin, v. 11.
Dülken. Fr. Seidel, vorm. halb 11.
Grimma i. S. Jägerhof, nachm. ½3.
Koblenz. Goldener Ring, vorm. 10.
Merseburg. Funkenburg, vorm. 10.
Mülhausen i. E. Sonne, vorm. 9.
Mülh. a. Ruhr-Oberh. Hermanns 11.
Mülh. a. R.-Styrum. Antrop, n. ½3.
Neuwied. Lindenhof, Heddersd., n. 3.
Rathenow (Klempn.) Refeld, vorm. 10.
Stettin. Grabower Schützenhaus, n. 2.
Suhl. Dombergsansicht, nachm. 3.
Wetzlar-Gießen-Lollar. Glocke, m. 1.
Witten. Kaase, Oberstr., vorm. 10.
Wolfenbüttel. Blauer Engel, 11 Uhr.

Montag, 19. Februar:

Rathenow. Kristallpalast, halb 9.

Dienstag, 20. Februar:

Solingen Messerschlg. Gewerkschftsh.

Mittwoch, 21. Februar:

Bremen-Gröpelingen. Klatte, ½9.
Vegesack (Former). Schäfer, halb 9.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Bant-Wilhelmshaven. Das Bureau der Verwaltungsstelle befindet sich seit dem 28. Januar im **Gewerkschaftshaus Friedrichshof. Eingang Mitscherlichstraße.**

Braunschweig. Für die hiesige Ortsverwaltung wird ein **zweiter Geschäftsführer** gesucht. Derselbe muß zur hiesigen Verwaltungsstelle gehören u. mindestens 5 Jahre Mitglied des Verbandes sein. Den schriftlichen Bewerbungen sind beizufügen: Die Art der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bewegung, ferner eine Arbeit über die Aufgaben eines Geschäftsführers. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlung. Offerten mit der Aufschrift: „Geschäftsführer" sind bis zum 17. Februar einzusenden an **Karl Hohndorf**, Kastanienallee 39.

Düsseldorf. Für die neu zu errichtende Geschäftsstelle in **Duisburg** wird zum 1. April ein **Geschäftsführer** gesucht. Die Anstellungsbedingungen richten sich nach den Beschlüssen der Generalversammlung. Zugelassen zu der Bewerbung sind nur Kollegen, die 5 Jahre ununterbrochen dem Verband als Mitglied angehören. Die Bewerber müssen rednerisch gewandt sein, genaue Kenntnis des Kassenwesens besitzen und bei Differenzfällen mit den Unternehmern verhandeln können. Den Bewerbungen muß eine Probearbeit beigefügt werden über die Aufgaben eines Geschäftsführers, unter besonderer Berücksichtigung der am 1. Juli 1906 in Kraft tretenden Unterstützungseinrichtungen. Ferner muß aus der Bewerbung Alter, Beruf und seitherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein. Die Bewerbungsschreiben sind mit der Aufschrift „Bewerbung" an den Bezirksleiter **Rud. Wallbrecht, Düsseldorf, Weiherstr. 8**, bis zum 25. Februar einzusenden.

Essen. Der Schlosser **Richard Forster**, geb. 26. Sept. 1886 zu Merseburg, wird aufgefordert, **seine** Adresse an die **Ortsverwaltung** Essen einzusenden.

Frankfurt a. M. Für die hiesige Verwaltungsstelle wird zum baldigen Antritt ein **dritter Beamter** gesucht. Bewerber müssen **mindestens** drei Jahre lang dem **Deutschen** Metallarbeiter-Verband **angehören**, in Verwaltungsarbeiten Erfahrung haben und über Rebetalent **verfügen**. Die Anstellung erfolgt **gemäß** den Beschlüssen der **letzten** Generalversammlung. Die **Bewerbungen** müssen eine **kurze Übersicht** über den bisherigen **Lebenslauf** und die Tätigkeit in der **Arbeiterbewegung** enthalten. Auf **Wunsch** ist eine Probearbeit über die **Aufgaben** eines Beamten **zu liefern**. Die Bewerbungen sind **mit der** Aufschrift: „Bewerbung" **versehen** bis zum 17. Februar an **Robert Dißmann**, Frankfurt **am Main**, Stoltzestr. 15, zu senden.

Hanau a. M. Der Former **Adam Ziegler**, geb. 26. Dez. 1862 **zu** Neckarau, wird ersucht, seine **jetzige** Adresse umgehend der Verwaltung Hanau, Mühlstraße 2, mitzuteilen. An die Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, wird das gleiche **Ersuchen** gerichtet.

Lägerdorf. Der Schlosser **Bernh. Sieber** aus Nauheim **wird** ersucht, bis spätestens 15. März seine Adresse an den Bevollmächtigten der Filiale Lägerdorf **Fritz Hansen**, Münsterdorf bei Itzehoe, senden **zu** wollen. Falls keine Meldung erfolgt, wird der von ihm eingezahlte Betrag der Lokalkasse überwiesen.

München (**Feilenhauer**). **Der** Arbeitsnachweis ist bei Engelbert **Ira, Rotherstr. 3, 1** (nicht Stokherstraße, wie in Nr. 1 und 3 irrtümlich angegeben). **Mittags** von **12 bis 1 Uhr** und **abends** von **6 bis 7 Uhr. Umschauen ist strengstens** verboten.

Gestorben.

Leipzig. Hugo Heinrich Schwarz, Schlosser, 18 Jahre.

Privat-Anzeigen.

Hinterdreher auf Schneckenradfräser für Reinecker Hinterdrehbank gesucht. Dauernde gutbezahlte Stellung in Süddeutschl. Reisevergüt. Offert. erb. unt. **A. K. 562** a. d. Verl. d. Bl. [562

Einige tüchtige **Feilenhauer** finden gutlohnende dauernde Arbeit in der [566
Sächs. Feilenfabrik, Oelsnitz i. S.

Tücht. Drahtflechter, Siebmacher bevorz., sofort für dauernd gesucht.
Metallgeflechtefabr. K. Brückner, Hoflieferant, **Darmstadt.** [560

Jüngerer, tüchtig erfahrener [567
Dreher sowie **Schlosser** welche in Schnell- und Tiegeldruckpressenfabriken tätig waren, geg. guten Lohn in prakt. eingerichtete Schnellpressen-Reparaturwerkstätte der Schweiz gesucht. Offerten unter **S. W. 567** an den Verlag d. Bl.

Metallarbeiter, welche an ihrem Wohnort Beschäftigung übernehmen, gesucht. Auskunft kostenlos. [565
H. Wolf, Zwickau i. S., Elsäßerst. 40.

Dreher gesucht. [568
Steen & Kaufmann, Elmshorn
Eisengießerei und Maschinenfabrik.

Im Verlag von **Alexander Schlicke & Cie, Stuttgart,** Rötestr. 16b sind vorrätig:

Protokoll der 7. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungsstellen 35 Pf. Durch den Buchhandel bezogen 1,60 Mk. inkl. Porto. Versand bis 10 Exempl. nur gegen Voreinsendung des Betrags.

Protokoll über die in Leipzig abgehaltene Konferenz der Former und Giessereiarbeiter Deutschlands.

Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungsstellen 20 Pf. Durch den Buchhandel bezogen 55 Pf. inklusive Porto.

Die Gold- und Silberarbeiter, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nach stat. Erhebungen zusammengestellt u. herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungsstellen 50 Pf. Durch den Buchhandel bezogen 1,60 Mk. inkl. Porto. Einzelbestellungen werden nur zum Buchhändlerpreis und gegen Voreinsendung des angegebenen Betrags ausgeführt.

Folgende Werke können von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes **zu aussergewöhnlich billigem Preise** erworben werden:

Rogers – Die Geschichte der englischen Arbeit.

Sidney und Beatrice Webb – Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine (Band I und II).

Für Bibliotheken der Verwaltungsstellen unentbehrlich.

Auskunft über die Bezugsbedingungen erteilen und Bestellungen nehmen entgegen die Ortsverwaltungen und Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Die Lieferungen erfolgen nur gegen Voreinsendung des Betrags oder gegen Nachnahme.

Alexander Schlicke & Cie., Druckerei und Verlag, **Stuttgart**
Rötestrasse 16 b.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.